

Nr. **4** Dez. 2004
15. Jahrgang



DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS

Israelische Impressionen

Globalisierung und Ethik

Das Ringen um eine soziale
Geldordnung / Geldtheorien

Betrachtungen, Berichte, Ankündigungen

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE NETZWERK DREIGLIEDERUNG

Inhalt

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen S. 3

Israelische Impressionen

(Christoph Strawe) S. 4

Globalisierung und Ethik

(Wilhelm Neurohr) S. 10

Das Ringen um eine soziale Geldordnung im Spiegel der Geldtheorien (C.Strawe) .. S.15

Betrachtungen / Berichte

Die Demokratie der Zukunft (Alfred Groff) S. 24

Wohin fließt der Rationalisierungsgewinn? (Michael Rist) S. 25

Der Aufbau einer wirtschaftlichen Assoziation in der heutigen Zeit (Stefan Reeder) . S. 26

Offenburger Erklärung S. 28

Grundeinkommen statt Hartz IV S. 29

Europäisches Sozialforum S. 29

Wie weiter nach der Unterzeichnung der EU-Verfassung? (C. Strawe) S. 30

Dokumentation zur Auseinandersetzung um EU und EU-Verfassung: S. 31

European No Campaign (S. 31) // *Mehr Demokratie e.V.* (S. 32) // *BürgerKonvent für Europa* (S. 33) // *Bolkestein-Richtlinie* (S. 34)

Unser-Wasser-Hamburg S. 35

„Rettet den Volksentscheid“ Hamburg S. 35

Medien in Bewegung(en) (Interview mit C. Strawe) S. 36

Umdenken - Umlernen S. 37

Grüne Gentechnik S. 38

Literaturhinweise

L. Ravagli: *Unter Hammer und Hakenkreuz* // D. Spitta: *Die Staatsidee Wilhelm von Humboldts* S. 39

Ankündigungen / Initiativen

Der anthroposophische Sozialimpuls - 100 Jahre nach Rudolf Steiners Aufsätzen 1905/06 (Achberger Auftakttagung, Achberger Ostertagung u.a.) S. 41

Verschiedene Veranstaltungen S. 43

Aufruf zum Kostenausgleich S. 45

Fortbildungsseminare „Individualität und soziale Verantwortung“ 2005 S. 47

Impressum

Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 / 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1619-1900. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang August und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Ein neues Jahr steht vor der Tür, das neue Aufgaben und Erfahrungen bringen wird. Unsere Arbeit findet in schwieriger Zeitlage statt. Die Wiederwahl von George W. Bush war auch für viele Amerikaner ein Schock, - und die seither getroffenen Personalentscheidungen innerhalb der US-Regierung zeigen, dass mit einem Kurswechsel nicht zu rechnen ist. Die Verfechter einer neoliberalen Globalisierung haben nach dem Juli-Arrangement in der Welthandelsorganisation wieder Hoffnung, den WTO-Prozess - wenn auch mit manchen Abstrichen - weitertreiben zu können. In Europa wurde eine Verfassung unterzeichnet, die im Gegensatz zum deutschen Grundgesetz keine wirtschaftsordnungspolitische Neutralität aufweist. Dahinter steht letztlich die „Lissabon-Strategie“, die der Europäische Rat im März 2000 verabschiedet hatte und mit deren Hilfe man die EU binnen zehn Jahren zur „weltweit dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaft“ machen will. Dabei ist man offenbar in hohem Maße bereit, den sozialstaatlichen Konsens in Frage zu stellen, der Europa gegenüber Amerika lange ausgezeichnete.

Im letzten Jahr waren aber auch die zivilgesellschaftlichen Gegenkräfte einer solchen Entwicklung nicht untätig. An großen Manifestationen hat es nicht gemangelt. Und das Ende Januar in Brasilien geplante Weltsozialforum verspricht das größte zu werden, das es bisher gegeben hat. Allerdings zeigt sich auch an vielen Stellen, dass der zivilgesellschaftliche Dialog über Alternativen ein noch höheres Niveau erreichen muss, wenn die Zivilgesellschaft zum wirklichen Träger einer grundlegenden sozialen Erneuerung werden will. Glücklicherweise fängt die Konsensbildung nicht bei Null an. Bei allen Unterschieden: der Gedanke der Menschenrechte und der Gedanke der Nachhaltigkeit, wie sie für die ganze Welt durch die UNO-Deklaration der Menschenrechte von 1948 und die Rio-Konferenz 1992 bekräftigt wurden, sind Grundkonsens. Beides hat, wie in dieser Zeitschrift immer wieder aufgewiesen wurde, viel mit sozialer Dreigliederung zu tun, - wenn auch dieser Arbeitsansatz noch immer viel zu wenig bekannt ist.

Das International Forum on Globalization hat versucht, mit seinem Bericht „Eine bessere Welt ist möglich“, die zivilgesellschaftliche Grundkonsensbildung weiter anzuregen. Erfreulich, dass im Dezember in Stuttgart jenes Gespräch mit dem IFG gelang, von dem Ulrich Morgenthaler in diesem Heft berichtet. Auch das Dialog-Seminar über eine soziale Geldordnung, das der Ausgangspunkt des Geldartikels im Heft war, war ein wichtiger Beitrag in diese Richtung. Erquicklicher als das Licht sei das Gespräch, heißt es in Goethes Märchen. In der Tat: Gute Gespräche führen oftmals nicht nur dazu, die Gedanken des anderen, sondern - durch dessen Beiträge - auch die eigenen Gedanken und Bestrebungen besser und tiefer zu verstehen.

Die Initiative Netzwerk Dreigliederung stellt sich mit ihren Beiträgen in die großen sozialen Auseinandersetzungen unserer Zeit hinein. Wir arbeiten dabei mit immer mehr anderen Menschen und Gruppen zusammen, die sich für soziale Erneuerung einsetzen. Auch

innerhalb der Dreigliederungsszene, wo es viele Initiativen, Arbeitsrichtungen und Vernetzungen gibt, haben wir immer versucht, zur Verständigung, Netzwerkbildung und darüber hinaus zur „Vernetzung von Netzwerken“ beizutragen. Letzteres gelingt uns beispielsweise mit dem Global Network for Social Threefolding (GN3), wie erneut der Bericht aus Israel zeigt.

Wie an jedem Jahresende erbitte ich auch dieses Jahr wieder Ihre Unterstützung, die wir brauchen, um in der eingeschlagenen Richtung weiterarbeiten zu können. Das Budget des nächsten Jahres und den Aufruf zum Kostenausgleich finden Sie auf S. 45 im Heft.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich ruhige Feiertage und alles Gute für das neue Jahr 2005.

Ihr



Notiert: Aus dem Zeitgeschehen*

Bei den Landtagswahlen in Sachsen verliert die CDU ihre absolute Mehrheit und muss schließlich eine Koalition mit der SPD eingehen, die nach der PDS drittstärkste Kraft wird. Die neonazistische NPD zieht mit ca. 9 Prozent in den Landtag ein. In Brandenburg bleibt die SPD trotz Verlusten stärkste Partei. Auch hier gelangt mit der DVU eine rechtsextreme Partei in das Parlament +++ Im Irak werden von der Gruppe um Abu al-Sarkawi weitere Geiseln ermordet +++ Außenminister Fischer fordert vor der UNO-Vollversammlung einen ständigen Platz Deutschlands im Sicherheitsrat +++ Griechenland hat mit falschen Zahlen Verstöße gegen den EU-Stabilitätspakt verschleiert und damit die Teilnahme an der Euro-Einführung erschlichen +++ Der Börsengang der Deutschen Bahn muss verschoben werden +++ Ein Wirbelsturm fordert in der Karibik Tausende Tote +++ Nach langer Weigerung spricht die Bundesregierung jetzt davon, doch die gesetzlichen Grundlagen für ein Referendum über die EU-Verfassung schaffen zu wollen. Eine entsprechende Initiative verkoppelt diese Frage mit einer generellen Regelung für Bürgerentscheide auf Bundesebene. Kritiker werfen der Regierung vor, der Entwurf sehe keine wirklichen fairen Modalitäten vor; außerdem rechne die Regierung in Wirklichkeit mit dem Scheitern der Initiative im Bundestag +++ Bei den Kommunalwahlen in NRW erleidet die CDU Verluste, die SPD befindet sich zwar im größten Tief ihrer Geschichte in NRW, sieht aber dennoch den Abwärtstrend gebrochen +++ Der Vorschlag von Innenminister Schily, Flüchtlingslager in Nordafrika einzurichten, stößt bei Menschenrechtsorganisationen weiter auf Widerstand +++ Der ehemalige Greenpeace-Chef und heutige Geschäftsführer von Foodwatch, Thilo Bode, fordert, die Proteste gegen die Agenda 2010 nicht losgelöst von ökologischen Fragestellungen zu sehen. Die Umweltverbände dürften sich nicht länger von der Regierung instrumentalisieren lassen +++ Die Innenminister der 25 EU-Staaten einigen sich darauf, dass die Bürger für neue Reisepässe bald ihren Fingerabdruck abgeben

müssen +++ Bei den Wahlen in Afghanistan wird erwartungsgemäß Hamid Karsai Präsident +++ Die EU-Kommission empfiehlt den Regierungen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Eine ursprüngliche geplante Unterschriftenaktion gegen den EU-Beitritt der Türkei wird von der CDU-Spitze nach Protesten gestoppt +++ Waffeninspekteur Duelfer erklärt in einem Bericht, dass im Irak keine Massenvernichtungswaffen gefunden worden seien +++ Ein Bombenanschlag auf ein ägyptisches Feriengebiet fordert zahlreiche Menschenleben +++ Innenminister Schily legt einen Plan zur Reform des Beamtenrechts vor, der mit der Gewerkschaft ver.di und dem Deutschen Beamtenbund zusammen ausgearbeitet wurde. Danach soll das Laufbahnprinzip zugunsten des Leistungsprinzips zurückgedrängt werden. Kritiker bezeichnen die Reform als halbherzig +++ Wangari Maathai, eine Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin aus Kenia, erhält den Friedensnobelpreis +++ Stellenabbau bei den in die Krise geratenen Unternehmen Opel und Karstadt-Quelle. Der Opel-Mutterkonzern will in Europa bis zu 12.000 Arbeitsplätze beseitigen, Karstadt will zahlreiche Filialen schließen +++ Der „Kalif von Köln“, ein Islamistenprediger, wird in die Türkei abgeschoben +++ Die EU klagt gegen das VW-Gesetz, das den Konzern vor Übernahme schützen soll +++ Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz gibt nach Reibungen mit CDU-Chefin Merkel alle Spitzenämter auf +++ Streit zwischen den Unionsparteien über die von der CDU im Rahmen der Gesundheitsreform geforderte einheitliche Prämie. Die Auseinandersetzung endet mit einem von zahlreichen Gesundheitsexperten kritisierten Kompromiss. Der CSU-Politiker Seehofer, der die Lösung nicht mitträgt, tritt schließlich von seinen Ämtern zurück +++ Der französische Philosoph Jacques Derrida ist tot +++ Besuch von Bundeskanzler Schröder in Libyen +++ Das Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute erwartet für 2005 wieder für Deutschland das geringste Wirtschaftswachstum in der EU +++ Internationale Wahlbeobachter äußern Zweifel am amtlichen Resultat der Wahlen in Weißrussland +++ Die Duma, das russische Parlament, ratifiziert das Welt-Klimaschutz-Abkommen von Kyoto, das damit auch ohne Einverständnis der USA in Kraft treten kann +++ Um eine Niederlage im Europaparlament zu vermeiden, muss der künftige EU-Kommissionspräsident Barroso seinen Vorschlag für die Besetzung der EU-Kommission zurückziehen. Erst im zweiten Anlauf gelingt der Konsens mit dem Parlament +++ Am 29. Oktober unterzeichnen die Staats- und Regierungschefs Europas in Rom die EU-Verfassung. Die Verfassung muss nun von den Mitgliedsländern ratifiziert werden. Am gleichen Tag gründet sich eine „European No Campaign“, die die Kräfte gegen die vorliegende Verfassung koordinieren soll. In 11 Ländern wird ein Referendum über die Verfassung entscheiden +++ Das israelische Parlament billigt den von Regierungschef Scharon eingebrachten Plan des Abzugs aus dem Gaza-Streifen +++ Der kranke Jassir Arafat wird zur Behandlung von Ramallah nach Paris ausgeflogen, wo er nach längerem Koma schließlich stirbt. Gleichzeitig beginnt die Diskussion über seine Nachfolge +++ Der niederländische Filmemacher Theo van Gogh wird von einem islamischen Extremisten ermordet. In der Fol-

* Bis 10. Dezember 2004

ge kommt es zu Brandanschlägen auf Moscheen +++ Der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel kündigt seinen Rückzug an. Ob ihm Annette Schavan oder Günther Oettinger als Landeschef nachfolgen wird, soll durch eine CDU-Mitgliederbefragung ermittelt werden. Diese entscheidet schließlich für Oettinger +++ Für 2005 wird in Deutschland eine weitere Nullrunde bei den Renten befürchtet +++ Präsident Ibrahim Rugova gewinnt deutlich die Parlamentswahlen im Kosovo +++ George W. Bush gewinnt die Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten gegen den Demokraten John Kerry. Auch im Kongress gewinnen die Republikaner hinzu +++ Verteidigungsminister Struck kündigt die Schließung von 105 Bundeswehrstandorten an +++ Für den Volkswagen-Konzern wird ein Tarifkompromiss geschlossen, der auf dem Prinzip Lohnverzicht gegen Beschäftigungsgarantien beruht +++ Die britische Königin weilt zu einem dreitägigen Besuch in Deutschland +++ Debatte um die Verlegung des Tags der Deutschen Einheit aus Einsparungsgründen auf einen Sonntag. Ein entsprechender Plan scheitert an heftiger Kritik +++ Im Irak beginnt ein Großangriff auf die Widerstandshochburg Falludscha. Die Stadt wird weitgehend zerstört. Es wird mit einer großen Zahl ziviler Opfer gerechnet, offizielle Zahlen darüber gibt es nicht +++ Kämpfe in der westafrikanischen Elfenbeinküste. Französische Truppen greifen ein. Der UNO-Sicherheitsrat verhängt ein Waffenembargo gegen den westafrikanischen Staat +++ Protest gegen den Castor-Transport, ein Demonstrant wird von einem Zug überrollt und kommt ums Leben +++ Die Leiterin der Hilfsorganisation Care im Irak wird entführt und ermordet +++ US-Außenminister Powell kündigt seinen Rücktritt an. Als Nachfolgerin wird die bisherige Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice nominiert +++ Entspannung im Streit um das iranische Atomprogramm, nachdem Teheran erklärt, es werde auf die Anreicherung von Uran verzichten +++ Heftige Auseinandersetzungen um den Ausgang der Wahlen in der Ukraine. Der Oppositionsführer Juschtschenko sieht sich durch Manipulationen

um den Sieg gebracht und erkennt das amtliche Ergebnis nicht an. In der Folge kommt es zu Massendemonstrationen. Das Parlament erklärt das Wahlergebnis für ungültig. Auch das oberste Gericht urteilt in gleicher Weise. Nach schwierigen Auseinandersetzungen setzt sich die Opposition mit der Forderung nach Wiederholung der Stichwahl schließlich durch +++ In der Bundeswehr ist es offenbar bei Übungen zu Misshandlungen von Soldaten gekommen +++ Der vom Bundestag verabschiedete Haushalt 2005 sieht Ausgaben in Höhe von gut 350 Milliarden Euro vor, die Neuverschuldung liegt bei 22 Milliarden Euro +++ Die Kommission zur Föderalismus-Reform ringt weiter um eine Neubestimmung des Verhältnisses von Bund und Ländern +++ Nach der Veröffentlichung der Studie Pisa II kommt es zu einer erneuten Debatte über den Reformbedarf des Schulwesens in Deutschland, insbesondere über die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems +++ Die Justizminister der Länder einigen sich auf Grundzüge für eine große Justizreform, bei der Instanzenzug verkürzt und Rechtsmittel beschränkt werden sollen. Kritiker warnen vor einer Überlagerung rechtlicher durch ökonomische Gesichtspunkte +++ Die israelische Regierungskoalition zerbricht am Streit um den Staatshaushalt, Ministerpräsidenten Sharon will nun Gespräche über die Bildung einer großen Koalition aufnehmen +++ Beim Parteitag der CDU wird die Vorsitzende Angela Merkel wiedergewählt +++ Asienreise von Bundeskanzler Schröder. In China werden Wirtschaftsverträge in der Größenordnung von eineinhalb Milliarden EUR unterzeichnet, Schröder spricht sich für die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China aus. In Japan fordern Schröder und der japanische Ministerpräsident Kozumi einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat für ihre Länder, der mit einem Vetorecht verbunden sein müsse +++ Der italienische Regierungschef Berlusconi wird in Mailand in einem Fall vom Vorwurf der Bestechung freigesprochen, in einem anderen Fall wird er wegen Verjährung der Sache nicht verurteilt +++

Israelische Impressionen

Christoph Strawe

Vom 3. bis 9. Oktober fand in Israel das Jahrestreffen des Global Network for Social Threefolding (GN3) statt. Als Mitglied und Sprecher des „research node“, unserer Forschungsgruppe des Netzwerks, hatte ich die Gelegenheit, an diesem Treffen teilzunehmen. Aus USA, Japan, den Philippinen und verschiedenen europäischen Ländern waren Freunde gekommen.¹ Die israelischen Veranstalter, die Regionalgruppe (regional node) „Aktivisten für eine israelische Zivilgesellschaft“ (ICS)² hatten das Treffen so ausgerichtet, dass die knapp 30 TeilnehmerInnen nicht nur Raum für die Besprechung der mit der Entwicklung und Arbeit von GN3 zusammenhängenden Fragen hatten, sondern vor allem auch die Arbeit der israelischen Freunde und das Land kennen lernen konnten. Viele dieser Freunde kommen aus dem Kibbutz Harduf, dem wichtigsten Ort anthroposophischen

Lebens in Israel. So ist es naheliegend, dass das Treffen in seiner Nähe stattfindet: in Nazareth.

Meine Maschine landet auf dem Ben-Gurion-Flughafen. Dort kommen alle Auslandsflüge an, und von dort aus gelangt man mit dem Auto oder Bus nach Tel Aviv, Jerusalem oder eben nach Nazareth. Der Fahrer wartet schon mit einem Schild auf mich. Bis Nazareth sind es gut eineinhalb Stunden. Sharon Baraket, Journalist und genialer ICS-Organisator, hat ein lokales Bus- und Taxiunternehmen engagiert, das nicht nur den Shuttle zum Airport übernimmt, sondern auch den Bus stellt, der uns an verschiedene Punkte des Landes bringt. Mohammed heißt unser allzeit sicherer Busfahrer. Es ist ein Land der kurzen Distanzen: Erst wenn man dort ist, wird einem richtig klar, wie klein es flächenmäßig ist - und wie groß dagegen seine geschichtliche Bedeutung. (Vergl. Zeittafel S. 9)

Jahrestreffen des Global Network for Social Threefolding in Nazareth

In Nazareth, das einen hohen christlichen Bevölkerungsanteil hat, logieren und tagen wir im Sankt Gabriels Hotel, einer Anlage, in die eine Kirche integriert ist. Aus meinem Zimmer schaue ich auf die Stadt, am Horizont sieht man den Tabor, den Berg der Verklärung. Gewöhnungsbedürftig ist am Anfang, dass nachts um vier von einer naheliegenden Moschee der Muezzin mit durch gewaltige Lautsprecher verstärkter Stimme die Gläubigen zum Gebet ruft, - ein Vorgang, der sich dann zu allen weiteren der fünf Gebetszeiten am Tag wiederholt. Dem Schlaf ist es abträglich, aber zugleich ist es ein eindrucksvoller Beweis dafür, dass diese Land wirklich multikulturell ist und dass es keine Zukunft hat ohne friedliche Koexistenz von Juden, Christen und Muslimen. In den Diskussionen der Meetings geht es unter anderem auch darum, welche Bedeutung die israelische Erfahrung nicht nur für Israel, sondern für die ganze Welt und den weltweiten Kampf der Zivilgesellschaft hat und wie wir sie deshalb noch besser unterstützen können.

Das Meeting beginnt Samstags. Am Abend zuvor spricht Nicanor Perlas vor den Mitarbeitern und Bewohnern von Harduf. Unter anderem geht es darum, wie das, was vor Ort in einer solchen Einrichtung geschieht, sich stärker und bewusster in das globale Ringen um eine gerechte Welt eingliedern kann. Die Zuhörer sind beeindruckt, dem Vortrag schließt sich noch ein langes Gespräch an.

Nicanor spricht auch über die Bedeutung Israels für die Weltentwicklung. Hier in Israel verknäueln sich die Widersprüche der Epoche. Wenn diese Wunde geheilt werden könnte, dann würde die Menschheit ein Stück gesunden können.

Eine Wunde der Menschheit

Ende des 19. Jahrhunderts entwickelt der in Frankreich lebende Journalist Theodor Herzl, ursprünglich ein Befürworter der Assimilation der Juden, unter dem Eindruck des Prozesses gegen den jüdischen Offizier Alfred Dreyfus und den damit verbundenen antisemitischen Ausschreitungen, die Idee einer organisierten jüdischen Emigration in einen eigenständigen Staat. 1917 verspricht die Balfour Declaration Juden und Palästinensern jeweils einen eigenen Staat im Heiligen Land. Die Idee der Staatlichkeit überblendet die eigentliche Frage: Wie auf demselben Territorium Juden und Palästinenser auf der Basis gleicher individueller Menschenrechte friedlich zusammenleben könnten. Nach dem Sieg des Widermenschlichen in Deutschland und der Vernichtung der europäischen Juden in den Gaskammern wird die zionistische Idee des eigenen Staates zugleich zum Inbegriff der Hoffnung, niemals mehr wehrlos dem Vernichtungswillen eines entmenschten Antisemitismus ausgesetzt zu sein.

Doch die Verdrängung der Frage nach den Bedingungen der Koexistenz mit den Palästinensern rächt sich blutig, nachdem 1947 die UN-Vollversammlung die Teilung des britischen Mandatsgebietes Palästina und die Schaffung eines Staates Israel beschlossen hat. Seine

Souveränität und Unabhängigkeit wird 1948 proklamiert, aber er wird von Ägypten, Irak, Libanon, Syrien, und Transjordanien angegriffen. Die Situation ist verworren. Zwar sind in der Unabhängigkeitserklärung allen Bürgern des Landes die gleichen Menschenrechte versprochen, doch kommt es zu Vertreibungen der Bewohner arabischer Dörfer. Die Kunde von Massakern wie in dem Dorf Deir Jassin verbreitet sich wie ein Lauffeuer und veranlasst die Menschen, aus ihren Dörfern zu fliehen, sobald die israelische Armee näherrückt. Die allermeisten dürfen bis heute nicht zurückkehren. Zwar haben sich manche an anderen Stellen ansiedeln können, doch ein großer Teil lebt bis heute in Lagern jenseits der Grenzen, eine immerwährende Ursache der Erbitterung und der Grund für Leid und Blutvergießen bis heute. Wir lernen arabische Israelis kennen, die zusammen mit jüdischen Israelis begonnen haben, das Tabu zu durchbrechen, das bisher verhindert hat, über das Leid der jeweils anderen auch nur zu sprechen. Ein alter Araber erzählt uns, wie es 1948 war. Ein jüngerer berichtet, dass er die Dokumente aus der osmanischen Zeit, die das Eigentum garantieren, das man ihnen 1948 nahm, noch immer in einem Koffer verwahrt.

Ein Problem der jüdischen Siedlungen existiert also nicht nur in den besetzten Gebieten, sondern im israelischen Kernland selbst. Es gibt ein „Institut“, das den Siedlern Land zur Verfügung stellt, eine Art Nutzungseigentum ohne Verkäuflichkeit des Bodens. Eigentlich etwas, was in die richtige Richtung geht, wäre da nicht der weitgehende Ausschluss der israelischen Araber von dieser Landverteilung . . . Ohne staatliche Anerkennung bleiben Ansiedlungen von der öffentlichen Infrastruktur abgeschnitten und sind immer wieder in ihrem Bestand gefährdet. So geht es leider vielen Beduinendörfern im Land.

Fast jeder fünfte Israeli ist ein Araber. Araber leben als muslimische, christliche oder drusische Minderheit im Staat Israel. Die arabische Bevölkerung wächst schneller als die jüdische. Wenn die Israelis die besetzten Gebiete nicht endlich irgendwann räumen und damit einen eigenen Palästinenserstaat ermöglichen, werden sie schließlich eine Minderheit in ihrem eigenen Land darstellen. Ein Argument, das selbst konservativen Kräften einleuchtet und ihnen zeigt, dass eine Lösung gefunden werden muss...

Mediation im Landschaftsschutzgebiet

Wir fahren in das Landschaftsschutzgebiet Nahal Tsalmon. Die Temperaturen sind warm, es ist trocken. Man wartet auf den Herbstregen, der das Grün aus der Erde hervorlocken wird. Wir treffen Arik Raz und Mustafa Anan. Sie sind für die Einhaltung der Landschaftsschutzgesetze verantwortlich, darunter auch dafür, dass nichtgenehmigte Gebäude verschwinden. Gewöhnlich wird in Israel der Landschaftsschutz ohne Feingefühl durchgesetzt, weshalb die Beamten besonders bei der arabischen Bevölkerung zu den bestgehassten Personen gehören. Unsere Gesprächspartner versuchen es anders zu machen. Sie haben einen Mediationsprozess in Gang gesetzt, wollen die Menschen überzeugen,

wollen gemeinsam mit ihnen Lösungen finden. Ein bewundernswerte Initiative. Und wie schwierig diese Arbeit ist, macht ein LKW deutlich, der während des Vortrags im Hintergrund Müll abkippt.

Die Mauer

Am nächsten Tag fahren wir nach Neve Shalom (Wahat al-Salam, „Oase des Friedens“) - eine 1972 begründete Dorfkooperative, in der jüdische und palästinensische Bürger Israels miteinander leben. Unter anderem gibt es dort eine Kinderkrippe und eine zweisprachige Schule, in der Hebräisch und Arabisch gesprochen und unterrichtet wird und die auch von vielen Kindern aus dem Umland besucht wird. (Siehe Kasten Seite 7)

Auf der Fahrt über die Autobahn taucht plötzlich „die Mauer“ vor unseren Augen auf, die Israel von der Westbank abschotten soll. Ein Wachturm ragt empor, es sind Bilder wie wir sie aus Deutschland kennen, dem Deutschland vor der Wende von 1989. Ein erschreckender Anblick. Bereits einige Monate vor meiner Israel-Reise hatte mich Harry Finkbeiner in Stuttgart besucht. Er wohnt in Harduf und gehört einer Organisation an, die Schweigemärsche für den Frieden diesseits und jenseits der Mauer durchführt. Er hat mir schon von den verheerenden Auswirkungen dieser Mauer berichtet, die einzelne Dörfer zerschneidet, ja hier und da Grundstücke zerteilt. Der Weg zur Schule wird zur Tortur, stundenlanges Warten an den Grenzübergängen, Schikanen durch die Soldaten. Das Krankenhaus, in das man gewohnt war zu gehen, ist plötzlich fast unerreichbar. Einige Wochen nach unserem Besuch wird ein 13-jähriges Mädchen von israelischen Soldaten an der Grenze erschossen - dadurch kommt es endlich zu einer Diskussion des Problems in einer breiteren israelischen Öffentlichkeit.

Neve Shalom und der Aufschwung der israelischen zivilgesellschaftlichen Bewegung

In Neve Shalom findet ein Studientag der israelischen Zivilgesellschaft statt, zu dem ICS eingeladen hat. Das große Echo unterstreicht, dass die Arbeit von ICS inzwischen große Ausstrahlungskraft erlangt hat. Zuerst gibt es Snacks und Möglichkeiten zum Warmwerden miteinander im Gespräch, „Schmusing“ nennt Michal Fox von ICS diesen Programmteil. Den offiziellen Teil eröffnet Michael Melchior, Parlamentsabgeordneter der religiösen Partei der Mitte, die mit der Arbeiterpartei in der Knesseth eine Fraktionsgemeinschaft bildet. Er ist in Dänemark geboren, mit unserm dänischen Freund Niels Johan unterhält er sich in der Muttersprache. Melchior hat erkannt, dass die Politik versagt hat und dass Hoffnung nur im Erstarken der Zivilgesellschaft liegt, die er daher kräftig zu fördern versucht. Er wendet sich vehement gegen die Doktrin vom Kampf der Kulturen: Koexistenz der Kulturen sei nötig. Seine Aussage wiegt um so schwerer, als er einer Partei angehört, die religiös engagiert ist. Die Frontlinie verlaufe nicht zwischen „jüdisch-christlicher Zivilisation“ hier, „islamischem Fundamentalismus“ da. Nicanor Perlas hält einen Vortrag über die Gestaltung der Globalisierung, Zivilgesellschaft, Kultur-

kraft und Dreigliederung, der mit großem Beifall aufgenommen wird.

Beeindruckend die Statements einer Reihe von „key players“ („Schlüsselpersonlichkeiten“) der israelischen Zivilgesellschaft bei dem von Michal Fox moderierten Symposium. Umweltinitiativen werden vorgestellt, Initiativen für eine freie Universität. Ricky Tesler von der Ben-Gurion University beeindruckt mich besonders. Sie spricht über das „Negev Citizen Council“, den Bürgerrat des Negev-Wüstengebietes, einer vernachlässigten Region, in der es nur aufwärts gehen könne, wenn die Menschen nicht auf die politische Klasse warten, sondern selber solidarisch aktiv werden. Ricky Tesler plädiert - in ganz individueller und origineller Weise - für „Dreigliederung“: Zivilgesellschaft wird selbständig aktiv - und gewinnt Verbündete in Politik und Geschäftswelt.

In kleinen Gruppen sprechen wir über „regionale Zusammenschlüsse und regionale Bürgerräte: Bedeutung, Rolle und Wege ihrer Realisierung“. In meiner Gruppe ist eine Palästinenserin, die sich besonders für Bildungsfragen engagiert und in dieser Sache auch schon Deutschland besucht hat. Nächstes Mal muss sie auch die deutschen Waldorfschulen besichtigen, sage ich zu ihr. Inshalla - so Gott will, antwortet sie.

Yeshayahu Ben Aharon von ICS fasst die Ergebnisse der Konferenz zusammen. Er macht deutlich, wie der Dreigliederungsansatz aus dem Dualismus und dem heillosen Entweder-Oder-Konflikt herausführt, wobei er das Motiv von Michael Melchior aufnimmt: Je tiefer die eigene kulturelle Identität verstanden wird, umso mehr wächst die Fähigkeit, in der anderen Kultur etwas Bereicherndes zu sehen, um dessen Verständnis man sich ebenfalls bemüht. Koexistenz verlangt nicht die Preisgabe der eigenen Identität, ganz im Gegenteil. Sie verlangt aber, sich mit dem eigenen Schatten auseinander zu setzen, mit dem jeweils eigenen Fundamentalismus-Problem. Dann wird der Fundamentalismus schließlich überwunden werden, weil er keine Nahrung mehr findet.

Jerusalem

Sharon hat es geschafft, doch noch eine Kurzvisite in Jerusalem im dichtgepackten Programm unterzubringen. Im Nachtdunkel stehen wir auf der Höhe und blicken aus der Ferne auf die Stadt hinab. Es geht die Sage, dass auf dieser Anhöhe Abraham Esel und Tross stehen ließ, um mit Isaak hinab zu schreiten zu dem Opfer, das ihm dann erspart wird. Die Kuppel des Felsendoms schimmert golden, die Klagemauer ist angestrahlt. Yeshayahu spricht über die Bedeutung Jerusalems als heilige Stadt für alle drei Religionen. Ali Ayub, Muslim und wie Yeshayahu führendes Mitglied der „Aktivisten für eine israelische Zivilgesellschaft“, erzählt von Mohammeds Himmelfahrt, die hier vonstatten gegangen ist. Er stieg hinauf zu Allah, von dem er Gebete empfing, und auf dem Weg abwärts trifft er mehrfach Moses und Jesus, die ihn wieder hinaufschicken: zu viele Gebete seien es für die Menschen. Zum Schluss bleiben die fünf übrig, zu denen der Muezzin heute ruft. Moses

und Jesus beteiligt an der Ausgestaltung des Islam: Welch mächtiger Anstoß zu einer Koexistenz der drei großen Religionen! - Aus solchen und ähnlichen Erlebnissen keimt schließlich der Gedanke, dass letztlich eine neue Art des Tourismus ins Heilige Land möglich sein müsste, bei der die Besucher gerade diese Art von Informationen bekommen. Nicanor ist von der Idee auch deshalb besonders begeistert, weil bei ihm in den mehrheitlich katholisch-christlichen Philippinen viele Menschen sehnlichst das „heilige Land“ kennen lernen wollen.

Heiliges Land

Wir fahren zum See Genezareth. Zum ersten Mal sehe ich die Landschaft, die mir doch seit meiner Kindheit eigenfremdlich vertraut ist durch das Wissen um Jesu Wirken. Der See und der Jordangraben

liegen unterhalb des Meeresspiegels, ich hatte es vergessen. In Serpentinaugen arbeitet sich unser Bus dann auf die Höhen des Golan. Überall Schilder, die vor Minen warnen: Zaun und Todesstreifen trennen Israel und Jordanien - und das obwohl gerade diese Grenze als die noch am wenigstens gefährdete gilt. Wir blicken vom Golan herunter auf den See Genezareth. Am Ufer unter uns Bananenplantagen. Die Syrer waren vor dem Sechs-Tage-Krieg nur wenige Hunderte Meter von den Plantagen entfernt und nahmen sie immer wieder unter Feuer. Kein Wunder, dass sie zum Symbol israelischen Überlebenswillens wurden, aber auch kein Wunder, dass das Sicherheitsdenken vieler Israelis so extrem ist, dass es heute geradezu selbst zum Sicherheitsrisiko geworden ist. Im Jom-Kippur-Krieg wäre Galiläa wohl überannt worden, wenn die feindlichen Truppen nicht den Befehl gehabt hätten, so viel als möglich Gelände zu gewinnen und dann stehen zu bleiben und es zu verteidigen. Niemand konnte sich vorstellen, wie schwach die israelischen Abwehrkräfte waren. Die Israelis konnten so Nachschub heranzuführen und in blutigen Kämpfen das Gelände schließlich behaupten. Die Rückfahrt führt uns auf den Berg der Seligpreisungen. Wir erleben einen wunderbaren Sonnenuntergang, und wir erinnern

NEVE SHALOM: „OASE DES FRIEDENS“

„Oase des Friedens“: Neve Shalom - Wahat al-Salam (NS/WS) ist eine 1972 gegründete Dorfkooperative, in der jüdische und palästinensische Bürger Israels miteinander leben. Sie liegt gleichweit entfernt von Tel Aviv, Jerusalem und Ramallah. Die erste Familie zog 1977 auf den Hügel; bis 2001 ist das Dorf auf ca. 40 Familien angewachsen. NS/WS setzt diese Idee in verschiedenen Bereichen in praktische Arbeit um:

Kinderkrippe, Kindergarten und Schule: Eine binationale Kinderkrippe wurde eingerichtet und bald darauf ein Kindergarten und eine Grundschule, die einige Jahre später auch für Kinder von außerhalb des Dorfes geöffnet wurde. Heute gehen über 300 Kinder in die Schule und den Kindergarten; 90% von ihnen kommen aus umliegenden Ortschaften in einem Umkreis von 80 km. Die Schule von NS/WS ist in dieser Größe die einzige vollständig binationale, zweisprachige, bireligiöse Schule für jüdische und palästinensische Kinder in ganz Israel. Bereits in der Kinderkrippe und im Kindergarten sprechen die in Kooperation arbeitenden jüdischen und arabischen Erzieher/Innen ausschließlich in ihrer eigenen Sprache mit den Kindern; in der Schule wird diese Arbeitsweise fortgesetzt. 1992 erhielt der Kindergarten die staatliche Anerkennung, 1993 die Schule - neun Jahre nach ihrer Eröffnung. 1997 hat das Erziehungsministerium der Grundschule den Status einer „Versuchsschule“ verliehen. Das Modell der binationalen, multikulturellen Erziehung wurde innerhalb von Israel an zwei neuen Schulen nachgeahmt. Auch in anderen Konfliktgebieten wie z. B. in Mazedonien wurden nach dem pädagogischen Modell und mit Beratung von NS/WS ein Kindergarten und eine Schule eingerichtet.

Die „**Friedensschule**“ trägt die Idee von Neve Shalom/Wahat al-Salam bereits seit 1979 nach außen. In verschiedenen Kursen und Seminaren arbeiten die Kursleiter mit speziellen Methoden daran, in den Gruppen ein Bewusstsein für die Komplexität des Konfliktes zwischen Juden und Palästinensern zu entwickeln und die Verständigung zwischen ihnen voranzutreiben.

Am Rande des Dorfes liegt das „**Haus des Schweigens**“, ein Ort zum Nachdenken, Meditieren und Beten, gleich welchen Glaubens die Betenden sind. Ein Gesprächskreis ist gegründet worden, um ein „Pluralistisches Spirituelles Zentrum“ aufzubauen.

Quelle: <http://nswas.com/IMG/pdf/G-Broch2002.pdf>

uns der Worte: Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen...

Shfara'am und der erste muslimische Waldorfindergarten

Wir fahren in die Stadt Shfara'am. Zuerst besuchen wir ein Zentrum der Pfadfinder, das Ali Ayub aufgebaut hat. Großartig, wie er es geschafft hat, mit Spenden und Eigenleistungen ein Gebäude zu erstellen, das ein Zentrum kulturellen Lebens und kultureller Verständigung darstellt. Ali hat sogar für das Amt des Bürgermeisters in Shfara'am kandidiert. Damit hat er - auch wenn er sich letztlich nicht gegen die finanzielle und politische Macht der bestimmenden politischen Gruppierungen durchsetzen konnte - ein Zeichen gesetzt: Die Zivilgesellschaft bringt frischen Wind auch in die kommunalen Verwaltungen, in die Politik. In der Stadt lernen wir weitere bemerkenswerte Initiativen kennen: ein Kunstmuseum, von der Palästinenserin Aziza Diab aufgebaut, gegen viele Widrigkeiten, auch gegen das herrschende traditionelle Rollenbild, das es Frauen schwer macht, gesellschaftlich aktiv zu werden. Dann besuchen wir den ersten muslimischen Waldorfindergarten in Israel. Das Interieur, vergleichbar mit Waldorfindergärten überall

auf der Welt, verrät nicht, welche besonderen Schwierigkeiten hier zu überwinden waren und sind. Mazin Ayub erzählt uns über die Arbeit, über die Probleme, in der traditionsbewussten arabischen Gesellschaft überhaupt Neues zu etablieren. So ist z.B. der Gedanke der Mitverantwortung der Eltern und die pädagogische Zusammenarbeit mit ihnen etwas geradezu Revolutionäres. Mit diplomatischem Geschick, Augenmaß und einem überwältigen Reichtum an Herzlichkeit und Initiativkraft gehen die Freunde diese Probleme an. Wir erleben Pioniere im wahrsten Sinne des Wortes.

In Harduf

Wir besichtigen das Kibbuz Harduf. Vor 20 Jahren noch standen dort, wo jetzt eine blühende Landschaft entstanden ist, ein oder zwei alte Bäume in der Öde. Bemerkenswert, was geschaffen wurde: das Ambulatorium, die biodynamische Landwirtschaft mit der Milchwirtschaft - die inzwischen institutionell ausgegliedert wurde -, die Heilpädagogik, die Waldorfschule, von der eine Reihe von Klassen noch provisorisch in Containern untergebracht sind. Es wird an einer Busstation gebaut, was die Anreise der Kinder aus der ganzen Umgegend vereinfachen und die Unfallgefahr vermindern wird. Am Abend soll ein Jugendmeeting stattfinden, bei dem Nicanor sprechen wird. Die jungen Leute kommen aus ganz Israel, und ihr Treffen soll zugleich ein internationales Treffen im August 2005 vorbereiten. Das Thema: „Wie kann die lokale und die globale Realität verändert werden?“ In einem Wäldchen gibt es einen zeltartig überdachten Festplatz, in dem wir uns auf Matratzen lagern. Nicanor spricht diesmal stark aus seinen eigenen biografischen Erfahrungen heraus, schildert, wie es Mut erforderte, sich mit der Marcos-Diktatur anzulegen. Am Ende entschließt er sich spontan, eine Gitarre zu ergreifen und „If I had a hammer“ anzustimmen, - die Darbietung gelingt ihm sehr gut. Es dämmt. Es bilden sich nun kleinen Gruppen, die Gespräche führen. Manche Jugendliche, die in die Armee eingezogen werden sollen, berichten von ihren Gewissenskonflikten.

Islamisches Totengebet für die in Auschwitz ermordeten Juden

Am Freitag treffen wir mit Pater Emile Shufani, einem katholischen Priester, und Ruth Bar-Shalev im Hotel zusammen. Sie waren mit einer Gruppe von 125 israelischen Arabern und 130 israelischen Juden vier Tage in Auschwitz. Diese von Shufani gegründete Gruppe hat sich den Namen „Durch die Erinnerung zum Frieden“ gegeben. „Bisher haben wir immer Ping-Pong gespielt“ sagt der Pater: „*ich* bin Opfer, *ich* bin aber auch Opfer. *Ich* kann mich rächen, *ich* kann mich aber genauso rächen“. Demgegenüber will Shufani zur Identifikation mit dem Leid der anderen kommen, sich der Erinnerung aussetzen, mitfühlen: das ist ein Weg zum Frieden. Das macht es möglich, den anderen wirklich zu verstehen. Die Teilnehmer dieser Reise waren Menschen, deren Meinung in ihrem jeweiligen sozialen Umfeld zählt. Was

sie gemeinsam in Auschwitz erlebt haben, ist wohl schwer mit Worten wiederzugeben. Gemeinsam Weinen Können um die Toten: das war ein Stück der Lösung. Ali, unser großherziger Freund, er hat dort das islamische Totengebet für die jüdischen Opfer der Shoa gesprochen. Das war seine Tat, eine, die undenkbar schien für viele Muslime. Die aber doch so selbstverständlich menschlich war, dass vor dieser Menschlichkeit der Hass dahinschmelzen muss, früher oder später.

Women's Voices

Der Tag klingt aus mit einer Feier in dem aus Natursteinen in Eigenarbeit errichteten Restaurant eines arabischen Freundes von Sharon. Er hat sich gemeinsam mit Sharon in schwierigen Situationen für Frieden und Verständigung eingesetzt. Die Feier ist ein „Gelage“ im Wortsinn, auf Matratzen, auf denen man sich die köstlichen orientalischen Speisen munden lässt. Geburtstagsständchen für unseren japanischen Freund Shiro. Dann improvisierte Darbietungen der Teilnehmer. Und schließlich: Auftritt von „Women's Voices“ einer Theater- und Kabarettgruppe, die mit ihren, höchst wirksamen Mitteln zivilgesellschaftliche Aufklärung leistet.

Bedingungen einer Friedenslösung

Am Samstag trifft sich die „Working Group“ von GN3 zu einer letzten Sitzung. Harry Finkbeiner ist am selben Tag mit einer Delegation seiner Friedensgruppe in Ramallah. Vor einigen Monaten schon haben sie sich mit Jassir Arafat getroffen und dessen Rückendeckung für Friedens-Schweigemärsche in den besetzten palästinensischen Gebieten erlangt. Jetzt will man über eine gemeinsame Resolution reden. Harry möchte mich am liebsten dabei haben. Jedoch kann ich ja keinesfalls für seine Gruppe sprechen.

So bleibt es schließlich bei einem Austausch über den Resolutionsentwurf, in den ich auch Nicanor einschalte. Unserer Meinung nach sollte eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts durchaus auf den bestehenden internationalen Resolutionen basieren, zugleich aber, das ist uns wichtig, auf einem offenen und echten partizipatorischen Prozess der Öffentlichkeit beider Seiten. - Eine Friedenslösung muss das Recht auf eine eigene Definition der jeweiligen Staatlichkeit beinhalten, allerdings - so betonen wir: „auf der Basis der individuellen Menschenrechte“. Verhandlungen zwischen gewählten Repräsentanten der Palästinenser und der Israelis soll es geben, aber - das ist uns wichtig - dabei muss ein ständiger Feedback und die Möglichkeit von Vorschlägen der Zivilgesellschaft und der Geschäftswelt beider Gesellschaften gewährleistet sein. Und natürlich, aber das ist in der Formulierung unstrittig, geht es um die wechselseitige Anerkennung des palästinensischen Rechts auf Unabhängigkeit und des israelischen Rechts auf Existenz in Frieden und Sicherheit.

Nazareth und die Größe des Paradieses

Mein Flug ist einer der letzten. Wir haben schon Abschied genommen von Yeshayahu Ben-Aharon, Michal Fox, Eyal Ziegelman, Sharon Bareket und all den andern Freunden. Nun kann ich mit den letzten GN3-Mohikanern John Beck, Christian Heath und Niels Johan Juhl-Nielsen den Sonntag nutzen, um Nazareth anzuschauen. Die Verkündigungskirche: ein Prunkbau, der ebenso von der Macht Roms künden soll, wie das Domus Galilæae, das man beim Papstbesuch im Jahr 2000 oberhalb des Sees Genezareth erbaut hat. Atmosphärisch vermittelt am ehesten noch die griechisch-orthodoxe Kirche, wo gerade der Gottesdienst gefeiert wird, etwas von Verkündigungsstimmung. Wir kommen an einer Moschee vorbei. Man bittet uns hinein, als wir unser Interesse an einem Besuch bekunden. In der Moschee eine Runde im Gespräch vertiefter Männer, andere sitzen für sich, den Koran studierend. Wir setzen uns an der Wand auf den Boden, bemüht, mit unserem Verhalten nicht zu stören. Einige Besucher kommen zu uns, begrüßen uns freundlich, fragen, woher wir kommen. Einer sagt: alle Menschen stammen von Adam ab, alle Menschen sind Brüder. Er wünscht allen Menschen, dass sie ins Paradies eingehen. Groß sei das Paradies und habe für viele Platz... Er weiß es besser als Herr Huntington, der Erfinder der These vom Zusammenprall der Kulturen.

Mit Niels Johan besuche ich eine Markthalle. Das Terrain ist von Sicherheitszäunen umgeben, am Eingang werden wir nach Waffen abgetastet. Der Vorgang macht uns schlagartig wieder bewusst, dass jederzeit ein Selbstmordattentat geschehen kann. Wir hatten es fast vergessen... Wieder im Stadtzentrum angekommen, kaufen wir in einer offenbar gut gehenden Zuckerbäckerei von den köstlichen orientalischen Süßigkeiten. Danach haben wir kein Geld mehr für ein Taxi, aber ein christlicher Araber nimmt uns im Auto den langen Weg hoch zum Hotel mit. Einfach so.

„Shalom Israel“

Bei der Ausreise werde ich gleich doppelt kontrolliert: Vor der Flughafeneinfahrt hält ein Soldat mit Maschinenpistole unser Taxi an, offenbar weil der Fahrer Araber ist und auch so aussieht. In der Schlange in der Halle fragt mir eine junge israelische Sicherheitsbeamtin Löcher in den Bauch: Wo ich gewesen sei, wer ICS sei (nachdem ich die Einladung vorgelegt habe), ob ich bei dem Meeting eine Rede gehalten hätte, ob andere auch gesprochen hätten. Schließlich ist sie mit der Auskunft, dass sich nach meiner Wahrnehmung alle Teilnehmer an der Diskussion beteiligt hätten, aber doch

AUSGEWÄHLTE DATEN ZUR GESCHICHTE ISRAELS

3150 - 2200 v. Chr.	Frühe Bronzezeit
2200 - 1550 v. Chr.	Mittlere Bronzezeit (Patriarchen)
1550 - 1200 v. Chr.	Späte Bronzezeit (Moses und Josua)
1200 - 587 v. Chr.	Eisenzeit (Israeliten)
587 v. Chr.	Zerstörung des Ersten Tempels.
587 - 322 v. Chr.	Babylonische und Persische Herrschaft
322 - 167 v. Chr.	Hellenistische Periode
167 - 63 n. Chr.	Hasmonäerreich
63 v. Chr. - 324 n. Chr.	Römerherrschaft
70 n. Chr.	Zerstörung des Zweiten Tempels
324 - 640	Byzantinische Periode (Christentum)
614 - 628	Einfall der Perser
640 - 1099	Früharabische Periode
1099 - 1291	Kreuzfahrerreich
1292 - 1516	Mameluckenherrschaft (Moslemisch)
1516 - 1917	Osmanisches Reich (Türkisch)
1878 n. Chr.	Erste Jüdische Einwanderungswelle
1897 n. Chr.	Erster Zionistischer Kongress
1917 - 1948	Britisches Mandat
14. Mai 1948	Gründung des Staates Israel
1956	Sinai-Feldzug
1964	Gründung der PLO
1967	Sechstagekrieg
1973	Jom-Kippur-Krieg
1979	Israelisch-Ägyptischer Friedensvertrag
Juni 1982	Beginn des Libanonkriegs: israelische Invasion zur Zerschlagung der PLO
Dez. 1987 - 92	Erste Intifada (palästinensischer Volksaufstand gegen die israelische Besatzung der Westbank und des Gazastreifens)
Juli 1988	König Hussein von Jordanien verzichtet auf seinen Souveränitätsanspruch auf das Westjordanland
November 1988	Palästinensischer Nationalrat erklärt Gründung des Palästinensischen Staates in den (besetzten) palästinensischen Gebieten; gleichzeitig implizite Anerkennung des Staates Israel
Aug. - Sept. 1993	Unterzeichnung des Oslo-Abkommens zwischen Israel und der PLO
November 1995	Ermordung des Ministerpräsidenten Rabin durch jüdischen Extremisten
Juli 2000	Camp David (II) Verhandlungen zwischen Barak und Arafat unter Vermittlung von Präsident Clinton erfolglos abgebrochen
September 2000	Besuch von Sharon auf dem Tempelberg wird zum Beginn der zweiten Intifada
Februar 2001 ab April 2001	Ariel Sharon wird Ministerpräsident Israels Wiederbesetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel
Januar 2003	Wiederwahl Sharons als Ministerpräsident

zufrieden und ich kann passieren. Shalom - Friede: dieser Gruß wird inzwischen fast überall auf der Welt verstanden. Wie lange noch wird es dauern, bis im Land, wo er im Gebrauch ist, Frieden herrscht?

Anmerkungen

- 1 Infos über GN3 unter www.globenet3.org. Aus Deutschland nahmen an dem Treffen auch Carol Bergin, Johannes Lauterbach, Ulrich Morgenthaler, Ortrun Rehm und Elisabeth Wilde teil.
- 2 Informationen über die Arbeit von ICS findet man unter www.civilsociety.co.il/eng

Globalisierung und Ethik

Wilhelm Neurohr

Die soziale Frage als eine ethisch-moralische Frage

Die Ethik - die Lehre vom sittlichen Wollen und Handeln des Menschen - war zu Zeiten ihres Begründers Sokrates und dann vor allem bei Aristoteles eine philosophische Grunddisziplin, die im Mittelpunkt aller Betrachtungen und Bestrebungen stand. Durch Kant erfuhr die Ethik später eine Neubegründung. Als selbständige Disziplin ist die Sittenlehre aber in der Philosophie der Gegenwart fast völlig verschwunden. Maßgebliche philosophische Strömungen der Gegenwart lehnen jedes idealistische oder humanistische Menschenbild teilweise scharf ab.

Mit den unsozialen und unmenschlichen Auswirkungen der Globalisierung in ihrer neoliberalen Ausprägung wird mit Beginn des 21. Jahrhunderts wieder verstärkt der Ruf nach ethischem Handeln und ethischer Orientierung laut. Es regt sich allmählich die innere Stimme des Gewissens bei denjenigen, die als Zeitgenossen unter den Gegenwartsverhältnissen und deren Fortschreibung in die Zukunft leiden. Die soziale Frage steht als eine ethisch-moralische Frage auf der Tagesordnung für die gesamte Menschheit als Schicksalsgemeinschaft.

Die Beobachtung der Gegenwartsentwicklung verdeutlicht recht schmerzhaft, wie Moral und Ethik aufgrund des vorherrschenden sozialdarwinistischen Menschenbildes und des damit legitimierten Egoismus verdrängt werden. Die Marktfundamentalisten halten es für die normalste Sache der Welt, dass der Mensch wie ein Tier um Nahrung, Existenz und Überleben mit den anderen Menschen konkurrieren soll, statt mit ihnen zu kooperieren. Auf dem Schauplatz des globalen Geschäfts- und Wirtschaftslebens verlieren der Einzelne und ganze Gesellschaften die elementaren Bedürfnisse der Menschen und der Menschengemeinschaft aus den Augen - und damit auch den eigentlichen Sinn und Zweck des arbeitsteiligen und grenzenlosen Wirtschaftens selber. Die Wirtschaft wird zum Selbstzweck, statt den Menschen zu dienen.

Zudem verstehen sich die meisten Politiker inzwischen als Diener dieser Wirtschaft, - in dem ideologischen Irrglauben, damit das Wohl der Menschen zu mehren und Schaden von ihnen zu wenden. Unsere Art zu wirtschaften fügt in Wirklichkeit anderen und letztlich allen Menschen Schaden zu durch eigensüchtiges Leben und grenzenlose Gier nach Profit, ohne dass sich das innere Gewissen regt. Konkurrenzwirtschaft nach dem Motto „Jeder gegen jeden“ ist aber kein ethisches Prinzip. Dieses Motto führt gerade nicht zum brüderlichen Teilen des gemeinsam erwirtschafteten Wohlstandes und der weltweiten Ressourcen in der arbeitsteiligen Welt. Wir erleben eher globales Räubertum und Raubrittertum zugleich und sind damit auf bestem Wege in barbarische Verhältnisse. Wenn inzwischen über 800 Mio. Menschen auf der Erde hungern, die Armut einerseits und der Reichtum andererseits

extrem wachsen, dann kann dies wohl nicht als ethisch-moralisches Verhalten gerechtfertigt werden.

In den reicheren und „zivilisierten, fortgeschrittenen“ Ländern gilt inzwischen der bislang ausgleichende Sozialstaat als Quell allen Übels. Er gilt als Wachstums- und leistungsfeindlich, er lähmt angeblich die Eigeninitiative und gilt als viel zu teuer, weil „kein Geld mehr da“ sei. - In Wirklichkeit haben Unternehmen mit Rekordgewinnen Milliarden Summen an Steuern vom Staat zurückerstattet bekommen, um daraufhin Tausende Arbeitsplätze oder Lohnkosten einzusparen. Das Geld wird aber nicht in neue Arbeitsplätze oder Produktionsstätten investiert, sondern an den internationalen Finanzmärkten spekulativ eingesetzt. -

Wer an die Sozialstaatsklausel und an die Sozialverpflichtung des Eigentums im deutschen Grundgesetz erinnert oder eine solche für die Europäische Verfassung einfordert, wird zum Außenseiter gestempelt, der nicht mehr ernst zu nehmen ist.¹ Statt dessen findet eine Art Enteignung der Staates und des Volkes durch die Wirtschaft statt, an der sich die vom Volk gewählten Politiker beteiligen, wobei sie weder den eigentlichen Volkswillen vollziehen noch dem Rechts- und Unrechtsempfinden des Volkes Rechnung tragen. Die Tatsache der Verarmung ganzer Bevölkerungsschichten wird beiseite gewischt.

Eine grenzenlose Welt hebt geschlossene Wertegemeinschaften sowie nationalstaatliche, territoriale oder nationalökonomische Handlungsweisen auf

Im Zeitalter des grenzenlosen Kapital- und Warenverkehrs und der übermächtigen Weltkonzerne verlieren die alten, geschlossenen Wertegemeinschaften und die nationalstaatlichen Gebietsgrenzen ihre Bedeutung. Die moralisch-ethische Frage der sozialen Gerechtigkeit darf kaum mehr gestellt werden - obwohl sie inzwischen zu einer globalen Menschheitsfrage geworden ist.

Die Menschen machen die schmerzliche Erfahrung, dass das Globale und Lokale direkt und untrennbar durch alle scheinbar sicheren Staatsmauern und Rechtsverordnungen hindurch verbunden sind und „nationale“ Wirtschaftspolitik kaum noch etwas auszurichten vermag. Es hilft nicht weiter, im nationalen Blick zu verharren oder bei transnationalen Unternehmen patriotisches Verhalten in einer vernetzten Welt anzumachen.² Das global agierende Kapital und die global wandernden Arbeitsmärkte erfordern ganz neue Herangehensweisen, um die in der neuen Zivilgesellschaft weltweit nach ethischen Maßstäben gerungen wird.

Politiker, Wirtschaftsführer, Wirtschaftswissenschaftler und Journalisten sowie viele durch deren Meinungsführerschaft verunsicherte Menschen sind derweil einer für „alternativlos“ erklärten schädlichen Ideologie des Neoliberalismus verfallen, in der das Mitgefühl für die

Verlierer ausgeblendet wird. Heutzutage können Wirtschaftsentscheidungen in einem Land faktische Todesurteile für Menschen in anderen Ländern bedeuten, blickt man einmal auf die Krankheitsrate und die Lebenserwartung bei den Ärmsten. Die Verantwortlichen handeln jedoch in der Überzeugung, dem wirtschaftlichen und damit dem menschlichen Fortschritt zu dienen. Das Einfühlungsvermögen für die Abhängigkeiten der Betroffenen ist unterentwickelt, trotzdem es ausschlaggebend ist für Moral, Ethik und Kultur in der in der globalen Schicksalsgemeinschaft der Menschheit.

Soziale Gerechtigkeit war bislang eine kulturelle Er rungenschaft und ethischer Wertmaßstab politischen Handelns und Rechtsempfindens und damit ein Segen für das Gemeinschaftsleben. Mittlerweile wird der Begriff des „Sozialen“ schleichend umdefiniert, um unsoziales Handeln und Sozialabbau zu legitimieren. Die davon betroffenen Menschen sehen ihr ethisch-moralisches Wertesystem auf den Kopf gestellt, während die politische und wirtschaftliche „Elite“ die moralischen Bedenken und die Solidaritätsforderungen aus dem Volk als „Sozialromantik“ zur Seite schiebt.

Die Menschen als soziale Wesen sind jederzeit und überall aufeinander angewiesen

Aus diesen Gründen ist eine neue soziale Bewegung, ein globalisierungskritisches Netzwerk vieler Individuen mit Verantwortungsgefühl, Gerechtigkeitsempfinden und Mitleidsfähigkeit auf den Plan getreten. Sie fordert auch im Geschäfts- und Wirtschaftsleben wie im politisch-gesellschaftlichen Leben Respekt vor der Menschenwürde und die Einhaltung der Menschenrechte. Diese zivilgesellschaftliche Bewegung entfaltet eine große kulturelle und soziale Kraft. Sie ist hilfreich für andere und letztlich für alle Menschen, indem sich immer mehr Menschen vernetzen und individuell einbringen. Durch sie wird wieder ins Bewusstsein gerufen, dass die Menschen soziale Wesen sind, die jederzeit und an jedem Ort aufeinander angewiesen sind. Durch diese Erkenntnis kann individuelle Verantwortung entstehen für die Art und Weise der Globalisierung.

Armut und Elend von Hunderten Millionen Globalisierungsverlierern sind Grund und Anlass genug für Mitleidgefühl, das Solidarität und brüderliches Verhalten wachruft, das Interesse am anderen Menschen und seinem Wohlergehen. Denn nicht nur das eigene Tun, sondern auch das eigene Unterlassen wirkt sich auf andere aus. Anstatt sich der Verantwortung zu entziehen (z.B. auch durch Flucht in bloße Meditation, ohne die Früchte in die Gemeinschaft zu tragen), stellen sich immer mehr besorgte Menschen ihrer Verantwortung, indem sie sich mit klaren Zielen und Aussagen mit anderen zur Aktion zusammmentun und sich auch um eigene Verhaltensänderungen und ethische Zukunftsentwürfe bemühen.

Sie haben im Sinne des Dalai Lama³ erfasst, dass der Lebensstil in den wohlhabenden Ländern bescheidener werden muss, wenn auch die Menschen in armen Ländern Anteil an besseren Lebensverhältnissen erhalten sollen. Die globalen Fehlentwicklungen, mit der Erkrankung des Wirtschaftslebens und des sozialen Zusammenlebens, haben eine allgemeine Sensibilisierung

hervorgerufen, in deren Gefolge sich mittlerweile eine Ethik-Welle, ein wahrer Ethik-Boom herausgebildet hat. Das gibt zu Hoffnungen Anlass gibt - sofern nicht das Heil im Ruf nach Autoritäten, Regeln, Normen oder Religionsführern gesucht wird. Denn heute, im Zeitalter des ethischen Individualismus⁴, müssen die Menschen aus sich selber heraus, aus ihren Erkenntnissen, Lebensmotiven und Gewissensregungen sowie aus dem Spiegeln ihrer eigenen Handlungen in Menschenbegegnungen ihre ethische Orientierung finden und damit ihre soziale Gemeinschaftsfähigkeit entwickeln. Auf dem Wege zu diesem Ziel haben Normen und Moralgesetze einstweilen ihre Berechtigung. Es ist eine soziale Notwendigkeit, eine Besserung der sozialen Beziehungen sowohl mit den Mitteln der Politik als auch durch die Vervollkommnung des Individuums zu erzielen.

Das vielfältige Bemühen um globale Ethik am Beginn des 21. Jahrhunderts

Aus dem Bedürfnis nach ethischer Rückbesinnung und Umorientierung sind viele Projekte und Initiativen, die einen anderen Ansatz haben, in die Diskussion gelangt: Es gibt das Projekt „Weltethos“ des Theologen Hans Küng und anderer, bei dem im Zusammenwirken aller Religionsführer die ethisch-moralischen Übereinstimmungen der Weltreligionen als ethische Orientierungshilfe für die Menschheit herausgearbeitet werden sollen. Die Gorbatschow-Stiftung hat ein „Parlament der Weisen“ ins Gespräch gebracht. Ähnliches schwebt dem Dalai Lama⁵ vor mit einem „Welttrat“ der Menschen, als einer Körperschaft aus Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Lebensbereichen kommen: Künstler, Bankiers, Umweltschützer, Anwälte, Dichter, Akademiker, Religionswissenschaftler, Schriftsteller sowie einfache Männer und Frauen mit gutem Ruf als Individuen, denen die ethisch-moralischen Grundwerte mit Blick auf die gesamte Menschheit am Herzen liegen. Diese unabhängige Instanz ohne politische Macht, die keiner Nation, keinem Staatenbund und keiner Ideologie verpflichtet wäre und den Gang der Ereignisse aus ethischer Sicht beobachten soll, könnte mit ihren unverbindlichen Erklärungen und Überlegungen als „moralische Autorität“ das „Weltgewissen“ repräsentieren, so die Vorstellung des Dalai Lama, der die Vereinten Nationen für diese Funktion für nicht so gut geeignet hält. Ähnliche Intentionen verfolgt auch der Stifter des alternativen Nobelpreises, Jakob von Uexküll, mit seiner Idee eines Weltzukunftsrats.

Es gibt überdies die „Weltbürgerstiftung“ auf der Basis der von Dag Hammarskjöld entworfenen Ethik - dem früheren spirituell orientierten UN-Generalsekretär, der einem Attentat zum Opfer fiel. Von vielen Prominenten unterstützt wird auch das Bemühen der „Global Marshall Plan“-Initiative⁶ im Zusammenwirken mit dem „Club of Rome“ und dem „Club of Budapest“. Aus ethischer Gesinnung sollen Hilfsgelder zugunsten der Menschen in den ärmeren Ländern beschafft und Projekte gefördert werden. Hierbei wird versucht, nicht nur die Staaten, die Zivilgesellschaft sowie viele engagierte Einzelpersonen und Gruppeninitiativen zu vernetzen und einzubeziehen, sondern auch die Weltkonzerne, die Weltbank und Welthandelsorganisation für die gemeinsame

Zielsetzung zu gewinnen und zum Zusammenwirken für diese große Menschheitsaufgabe zu bewegen.

Seit über 10 Jahren ist überdies die globale Bewegung für soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit im Rahmen der Agenda 21 aktiv, die sich seit der Rio-Konferenz um die Zukunft der gesamten Menschheit und nachfolgender Generationen bemüht, quasi als Gegenentwurf zur kurzfristigen neoliberalen Markt- und Wachstumsorientierung und zum Marktfundamentalismus.⁷ Ferner gibt es Vorbereitungen, eine Bewegung für „Menschenrechtsstädte“ weltweit ins Leben zu rufen. Seit längerem sind zivilgesellschaftliche Menschenrechtsorganisationen auf vielen Handlungsfeldern aktiv, in dem Bemühen, weltweit den Menschenrechten und der Menschenwürde zur Geltung zu verhelfen. Denn Menschenrechte sind allgemeine Prinzipien, die uns das Zusammenleben in einer globalisierten Welt ermöglichen, in der es keine homogenen Kulturkreise mehr gibt.

Und schließlich gibt es seit einiger Zeit die „Bewegung für Humanwirtschaft“ sowie das globale Netzwerk für soziale Dreigliederung, das Übungs- und Zukunftswege aufzeigt, wie dem Antisozialen im Wirtschaftsleben begegnet werden kann und welche Wege es gibt zu Gerechtigkeit und Menschenwürde im globalen Wirtschaftsleben. Um diese Fragen wird auch gerungen auf den zivilgesellschaftlichen Weltsozialforen, dem europäischen Sozialforum oder den regionalen und örtlichen Sozialforen, die sich den sozialen Zukunftsfragen auf der ethischen Ebene nähern, ebenso wie die international vernetzte Friedensbewegung. In vielen Zusammenhängen erleben wir eine Rückbesinnung auf die Menschenrechtscharta und -konvention.

Auch in den vorhandenen Institutionen, in Kirchen, Parteien und Hochschulen sowie Wirtschaftsunternehmen wird um ethische Entwicklung gerungen: In den politischen Parteien finden „Grundwerte-Diskussionen“ statt oder es werden ethische Leitbilder entworfen. Die Kirchen unterhalten eigene Institute für Sozialethik und haben hochkarätige Experten wie den bekannten Sozialethiker Friedhelm Hengsbach. An den Hochschulen, z.B. der Universität Münster werden berufsbegleitende und weiterbildende Studiengänge „Angewandte Ethik“ für Persönlichkeiten aus dem wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben sowie aus den Wissenschaftszweigen angeboten, die mit einem Master-Abschluss beendet werden können. Die gesamte Palette von der Medizin- und Bioethik über die Umweltethik und Wirtschaftsethik bis hin zur Wissenschafts- und Technik-Ethik und politischen Ethik wird dabei abgehandelt. Kirche und Wissenschaft wirken zusammen in der „Initiative Zukunft“, die auf Zukunftsforen ethische Gesellschaftsentwürfe erarbeiten will, wie wir morgen in der globalen Welt leben wollen. Und in einigen Unternehmen werden Fragen der Wirtschafts- und Unternehmensethik zumindest ansatzweise erörtert.

An den Schulen wird seit längerem Ethik-Unterricht als Ersatz für den rückläufigen Religionsunterricht oder zu seiner Ergänzung angeboten. Manche Schulen praktizieren angewandte Ethik durch Hilfsprojekte in der Dritten Welt unter dem Sichtwinkel der „Einen Welt“, um daran individuelle Sittlichkeit bei den Schülern zu er-

wecken. Und im Zuge der „aktiven Bürgergesellschaft“ und der Stiftungen für bürgerschaftliche Mitverantwortung wird an vielen Orten in den Kommunen ganz konkretes ethisches Handeln im Rahmen des gemeinnützigen Engagements alltäglich praktiziert.

Daneben gibt es eher zweifelhafte Einrichtungen wie die des nationalen Ethik-Rates der deutschen Bundesregierung, die der Kanzler wegen der allzu ethischen Orientierung der Enquete-Kommission des Bundestages zur Bio- und Gentechnik als „wissenschaftsfreundlicheren“ (sprich lebensfeindlicheren) Gegenpol eingerichtet hat, um ethische Bedenken auszuräumen und die Einwände des Bundestages zu neutralisieren. Auch die sogenannte „Bio-Ethik-Konvention“ ist eher ein Etikettenschwindel, mit dem der Ethik-Begriff missbräuchlich eingesetzt oder sogar ins Gegenteil verkehrt wird, indem er zweifelhafte Experimente mit der Natur und den Menschen aus materialistischer Gesinnung und Motiven des Profits für ethisch vertretbar erklärt.

Die Ethik als eine individuelle Herausforderung: Individualisierung der globalen Verantwortung

In der weltweiten Anthroposophischen Bewegung lebt der Grundgedanke des ethischen Individualismus, den Rudolf Steiner in seiner Philosophie der Freiheit von 1894 entwickelt hat. Ethischer Individualismus ist Ringen um die eigene innere sittliche Autonomie. Der freie Mensch handelt situationsgerecht, aus eigener Einsicht, d.h. aus „moralischer Intuition“. „Leben in der Liebe zum Handeln und Lebenlassen im Verständnisse des fremden Wollens ist die Grundmaxime der freien Menschen“, lesen wir im 9. Kapitel dieses Buches.

Normierte Ethik, also das pflichtgemäße Handeln nach sittlichen Normen, hat auf einer bestimmten Entwicklungsstufe des Menschen seine Berechtigung. Die Handlungen folgen dann einem System sittlicher Moralprinzipien durch Unterwerfung unter abstrakte sittliche Gebote oder sittliche Autoritäten. Letztlich ist aber das entwickelte menschliche Individuum die Quelle aller Sittlichkeit: Der freie Geist muss nicht erst sozialisiert werden. Ethischer Individualismus erwächst aus errungener geistiger Freiheit. Wenn nicht auf eine individuelle Gemeinschaftsfähigkeit gerechnet werden kann, nützen auch alle Verabredungen, Regeln, Vorschriften und Prinzipien nichts. Ein ethisches Gesetz kann gar nicht wirksam werden, wenn Einsicht, Phantasie und Verständnis des Einzelnen fehlen.

Der wirklich freie Mensch handelt aus sich selbst heraus mitmenschlich. Er handelt nicht auf äußeren Anlass quasi schablonenmäßig oder automatenhaft. Er verwirklicht seine intuitiv erfassten individuellen Sittlichkeitsziele und entwickelt sich selbst weiter und höher im Dienst am anderen. „Die sittlichen Ideale entspringen aus der moralischen Phantasie des Menschen. [...] Sie sind *seine* Intuitionen, die Triebfedern, die sein Geist spannt [...]“⁸ Es geht um die Fähigkeit der moralischen Intuition bei der individuellen Willenshandlung. Und es gilt zu begreifen, dass die Gesetzesregeln von Staat und Gesellschaft von Menschen erdacht und gemacht sind. Die sozialen Verhältnisse sind

letztlich Folge je-individuellen Verhaltens und wirken auf dieses wiederum zurück.⁹ Je mehr der Staat und die nationalen menschlichen Gesellschaften der Globalisierung ausgesetzt sind, umso mehr ist die individuelle Sozialfähigkeit und eigene globale Verantwortung gefragt.¹⁰ Die Individualisierung ist die notwendige Kehrseite der Globalisierung.

Das Soziale liegt in der Zukunft der menschlichen Natur

Seit dem Zerbrechen der alten Gemeinschaften und der Durchlässigkeit nationalstaatlicher Grenzen gewinnt die Individualität eine gesteigerte gesellschaftliche Bedeutung. Dies hat Konsequenzen für das Zusammenleben der Menschen in individuell-ethischem Handeln. Der Ausweg aus der Globalisierungsfalle führt über den engagierten, freien und selbstbewussten Menschen mit Weltbürgerbewusstsein, der sich von einer bloßen Persönlichkeit zur wirklichen Individualität empor ringt, mit sozialer Kompetenz zur Gemeinschaftsbildung in lokalen und globalen Zusammenhängen und Menschenbegegnungen, um einen fairen Interessenausgleich anzustreben - das ist die Hoffnung des 21. Jahrhunderts. Denn das Soziale liegt in der Zukunft der menschlichen Natur!

Es entfaltet sich am ehesten in offenen Verläufen: Nicht vorweg Normen, Prinzipien oder Vereinbarungen festlegen, sondern in sozialen Prozessen das eigene oder gemeinschaftliche soziale Handeln gestalten und im Nachhinein anschauen und bewerten, woraus dann der Impuls erwachsen kann, es (noch) „besser zu machen“. Dann wird Handeln nach Normen immer entbehrlicher; es bedarf dazu auch keiner höheren Instanz. Man braucht keine Orientierung von außen, um gemeinschaftlich handeln zu können. Es reicht das „Hineinarbeiten ins Leben“ durch die sozialen Prozesse. Der Entwicklungsweg führt hinweg von objektiven Gesetzen hin zu „subjektiven“ Charakter-Handlungen. Die Achtung der Menschenrechte und Menschenwürde des anderen aus sich selber heraus in jeder Situation zu erspüren, das ist möglich. Es ist auch nötig in Anbetracht der Tatsache, dass die wenigsten Menschen den genauen Inhalt und Wortlaut der umfassenden Menschenrechts-Charta oder -konvention kennen.

Das Individuum ist sozial, sobald es sich zum freien Geist entwickelt hat, weil es dann die geistige Anbindung an eine Welt hat, aus der die Menschheitsanliegen erkennbar werden. Im Bewusstsein der Menschen beginnen dann Veränderungen, die auch das Fühlen und Wollen ergreifen. Der wirklich freie Mensch ist gerade nicht bindungslos, vielmehr bindet er sich an selbstauferlegte Verantwortlichkeit. Sein Handeln „antwortet“ auf Fragen, die sich ihm aus den Nöten seiner Mitwelt heraus aufdrängen. Er erkennt dann auch die sozialen Verwerfungen zwischen öffentlichen und privaten Interessen sowie seine sich daraus ableitenden Solidarpflichten. Er verwirft die unbegrenzte individuelle Bereicherung zu Lasten anderer als Handlungsmotiv, denn er wird sensibilisiert dafür, die Unmoral im Wirtschaftsleben aufzuspüren und aus dieser Empfindung intuitiv die richtigen Fragen zu stellen und damit die richtigen Antworten von höherer Warte zu finden.

Die zuvor aufgezählten Versuche vieler Persönlichkeiten, auf globaler Ebene einen allgemeinverbindlichen ethischen Konsens herzustellen oder globale Gremien einzurichten, die ethische Maßstäbe neu formulieren, sind zwar lobenswert und für viele Menschen hilfreich, sie dürfen aber nicht in die Sehnsucht nach einer Art alttestamentarischem Vatergott einmünden, der den sündigen unmündigen Menschen 10 erneuerte Gebote vorgibt. Wenn uns sozusagen „von oben“ oder von „Weisen“ mit mahnendem Zeigefinger gesagt wird, was gut und richtig, positiv oder negativ ist, sind wir noch lange nicht dagegen gewappnet, unmoralisch oder unethisch zu handeln. Wenn wir uns ethisch verhalten wollen, gehört mehr dazu, als die uns vorgesetzten Gesetze und Vorschriften zu beachten oder zu befolgen. Kein ethisches Gerüst hilft uns aus dem persönlichen Dilemma, denn wir müssen die ethischen Grundsätze selber mit entwickeln und mit vollziehen können, wollen wir sie wirklich verinnerlichen.

Es kann also nicht darum gehen, ethische Grundsätze neu zusammenzustellen, sondern uns täglich und schonungslos mit den negativen Folgen unmoralischen Handelns zu konfrontieren, beispielsweise mit den jährlich 800 Mio. Hungertoten auf der Welt. Mitgefühl ruft ethisches Verhalten auf den Plan. Solange wir unsere ethischen Grundsätze nicht in die Praxis umsetzen, bleiben sie Theorie oder Lippenbekenntnisse. Ethische Handlungsorientierungen in unserer Zeit erfordern zwar Vorbilder und Beispiele aus der Lebenspraxis, z.B. wie wir uns verhalten können, wenn negative Auswirkungen auf das Leben anderer zu erwarten sind: Indem wir nicht zuerst an uns selbst und danach erst an andere denken. Die Anteilnahme am Wohlergehen der anderen muss dann durch Taten statt durch Worte erfolgen. Ein repräsentatives Gremium der Mahner als „Weltgewissen“ ersetzt nicht das eigene individuelle Gewissen, das aber geschärft werden kann.

Moralgesetze allein helfen nicht weiter: Es gibt keine absoluten ethischen Verhaltensregeln für jede Situation

Die Art des Zusammenlebens der Menschen ist das ethisch Entscheidende. Es gibt dabei keine absoluten ethischen Verhaltensregeln für jede Situation. Hier kommt es auf die situative Geistesgegenwart und auf die moralische Reife eines jeden Beteiligten mit seiner errungenen Sozialkompetenz an. Ethisches Handeln ist von Ort und Zeit, von Umstand und Situation, von den jeweils beteiligten Menschen abhängig. Gefragt sind also weniger Moralgesetze, die nur Erinnerungsstützen ein können für die Interessenabwägung gegenüber anderen. Dazu gehört es auch, die Phänomene der Globalisierung zu beobachten und zu durchschauen, um dann das Richtige tun zu können mit klarer Zielorientierung.

Zielführend ist der hoffnungsvolle Aufbruch der vielen verantwortungsbewussten Individuen zur neuen Gemeinschaftsbildung in globalen Netzwerken, um Fragen aus der Zukunft entgegenzugehen in ganzheitlicher, kreativer und nachhaltiger Herangehensweise. Diese neuen Formen der situationsbezogenen Zusammenarbeit im Menschheitsinteresse basieren auf der Handlungsfreiheit und Verantwortungsbereitschaft des Einzel-

nen, der sich zur rechten Zeit mit anderen zusammenschließt. Daraus entstehen neue ethische Qualitäten.

In unserer Zeit beginnt ethisches Handeln mit der Zivilcourage, gegen Lüge, Unrecht und Ungerechtigkeit im öffentlichen Leben mutig anzugehen und nicht zu schweigen - also den allgemeinen Meinungsstrom zu durchbrechen, der im momentanen Wirtschaftsleben Unethisches gut heißt und verteufelt, was idealistisch, ethisch oder sozial ist. Auch das Mitgefühl gehört auf die politische Bühne (Dalai Lama), denn Politik arbeitet von ihrem eigentlichen Anspruch her aus dem Verantwortungsgefühl für andere, für das große Ganze. Das Thema Ethik (und die damit verwobene Spiritualität) gehört in die Politik, in die Wirtschaft, in die Umwelt, in die Medien, in das Gesundheitswesen, in die Schulen - mit ihren jeweils eigenen Grundsätzen, Ansätzen und Ausrichtungen.

Die ethischen Probleme auf der persönlichen und gesellschaftlichen Ebene gleichzeitig angehen mit Hinwendung zur Gemeinschaft

Es geht für den Einzelnen darum, die Probleme gleichzeitig auf der gesellschaftlichen und der persönlichen Ebene anzugehen, aber wegzukommen von der Konzentration auf sich selbst und Hinzukommen zur Hinwendung zur Gemeinschaft. Dort ist auch erfahrbar, dass soziale Gerechtigkeit eine kulturelle Errungenschaft ist. Den richtigen Weg weisen dabei die innere Stimme, das eigene biografische Lebensmotiv und die jeweiligen Menschenbegegnungen mit ihren wechselseitigen Auswirkungen und Entwicklungsimpulsen. In dieser Arbeit am Inneren und Äußeren wird das höhere ICH erlebbar in der Berührung mit dem anderen, denn dieses ICH umfaßt auch den anderen. Die eigentliche menschliche Wesenheit liegt im Inneren, nicht im Äußeren, denn der Mensch als geistig-seelisches Wesen ist nicht nur Produkt der physischen Außenwelt. Darum wird jede Menschenbegegnung mit gemeinschaftsfördernden Anliegen zugleich eine innere Wesensbegegnung. Mit dem individuellen und gemeinsamen Handeln aus dieser Erkenntnis heraus wird sichtbar: Seine Taten und sein eigenes Wesen der Welt zu opfern, unabhängig vom äußeren Erfolg, ist zutiefst christlich.

Weil im derzeitigen äußeren Zustand der Welt das Innere zum Ausdruck kommt, brauchen wir künftig eine Ethik der Kooperation. Ethik in einer gespaltenen Welt ist von der Erkenntnis getragen, dass die Reichen ihren Segen durch die Armen empfangen, und dass Teilen alle reich macht. Es gilt, bewusst zu machen: Die beiderseitigen Interessen sind unlösbar miteinander verknüpft. Egoismus und Solidarität schließen sich gegenseitig aus. In diesem Sinne zieht eine „geistige Revolution“ eine ethisch-moralische Revolution nach sich. Jetzt kommt es an auf eine innere und äußere Haltung der Wahrhaftigkeit, Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit gegenüber Lügenhaftigkeit, Falschheit und Unredlichkeit im öffentlichen Leben wie auch im eigenen Inneren und in der eigenen Lebensweise, eine Herausforderung der Charakterbildung..

Schon im Jahre 1905 schrieb die schwedische Pädagogin und Frauen- und Menschenrechtlerin Ellen Key in ihrem Buch „Das Jahrhundert des Kindes“: „In der Moral vollzieht sich eine allgemeine Verschiebung von

den objektiven Gesetzen, die befehlen und zwingen, zu der subjektiven Grundlage, von der die Handlungen ausgehen. Die Ethik wird so zu einer Ethik des Charakters, der Gemütsbeschaffenheit. Man fordert, absolviert oder verurteilt nach der inneren Beschaffenheit des Individuums - und man nennt nicht gerne eine Handlung unmoralisch, die nur in äußerer Hinsicht mit einem Gesetz nicht übereinstimmt oder demselben widerstreitet. In jedem besonderen Falle entscheidet man nach dem inneren Zustand des Individuums.“

So wird schlagartig deutlich, dass der Zustand unserer Welt und der Menschheit im Zeitalter der Globalisierung und des Konkurrenzkampfes ganz viel mit uns selber, mit unserem inneren Zustand und unseren daraus resultierenden Verhaltensweisen und Handlungen zu tun hat. Die Welt wartet auf unsere inneren und äußeren Taten, die wir ihr mit Blick auf die Zukunft entgegenbringen. Dabei haben wir keine Zeit zu verlieren, wenn wir der Ethik zum Durchbruch verhelfen wollen. Ist eine hinreichend große Zahl von Menschen bereit und in der Lage, an jedem Punkt der Erde eigene Veränderungen und zukunftsfähige Gestaltungen vorzunehmen, damit die Globalisierung zum Wohle der gesamten Menschheit gerät und nicht nur zum Wohle einiger weniger?

Das Wohl der Menschen ist Ziel allen Wirtschaftens. Wir können dem Menschheitsschicksal eine positive, menschenwürdige Richtung geben, wenn wir nur wollen und die Verantwortung nicht auf andere abschieben, sondern unser eigenes Schicksal mit dem Menschheitsschicksal verbinden. Nicht mehr die Nationalstaaten oder transnationale Gremien, nicht mehr die Religionsgemeinschaften oder die Wissenschaftler, auch nicht die Weltkonzerne sind die Gestalter der Globalisierung - sondern wir als Individuen tragen die Verantwortung für die Zukunft von Erde und Menschheit. Dafür wollen uns die dramatischen Konflikte und Zeitereignisse wach machen. Ihnen haben wir die Wiederbesinnung auf ethische Fragen zu verdanken, die wir aber selber beantworten müssen. Als freie Menschen und Weltbürger - als Bürger zweier Welten, der geistigen und der irdischen Welt - sind wir unsere eigenen ethischen Gesetzgeber. Alles in der Welt kommt deshalb auf den freien Menschen und seine Gemeinschafts- und Entwicklungsfähigkeit an.

Anmerkungen

- 1 Arno Luik: „Der Putsch von ganz oben“ in der Ausgabe des „Stern“ vom 21.10. 2004.
- 2 Ulrich Beck in einem Aufsatz über die Auswirkungen der Globalisierung, in der Süddeutschen Zeitung vom 20. Oktober d.J.
- 3 Dalai Lama: „Das Buch der Menschlichkeit - Eine neue Ethik für unsere Zeit“, Verlag Bastei/Lübbe 1999.
- 4 Rudolf Steiner: „Die Philosophie der Freiheit“, 9. Kapitel.
- 5 Siehe zu 3.
- 6 Siehe Wochenschrift „Goetheanum“ Nr. 33/34-2004, Seite 15
- 7 Wilhelm Neurohr: „Eine andere Globalisierung ist möglich“ in Goetheanum Nr. 32/33-2002.
- 8 Rudolf Steiner, „Die Philosophie der Freiheit“, 13. Kapitel.
- 9 Vgl. Karl-Martin Dietz: „Das neue Verhältnis zu den anderen Menschen - Von der sozialen Praxis des freien Geistes“ in Goetheanum Nr. 1/2-2003 sowie Martin Britsch: „Ethischer Individualismus oder soziale Gesetzgebung? Vom Weg zu Gerechtigkeit und Menschenwürde im Wirtschaftsleben“ in Goetheanum Nr.23/24-2003.
- 10 Wilhelm Neurohr: „Individualisierung der globalen Verantwortung“ in Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus Nr. 1/2000.

Das Ringen um eine soziale Geldordnung im Spiegel der Geldtheorien

Christoph Strawe

Vorbemerkung: Vom 12. bis 14. November 2004 fand an der Universität Trier im Rahmen der Fortbildungsseminare „Individualität und soziale Verantwortung“ eine Arbeitstagung über das Ringen um eine soziale Geldordnung statt, an der über 100 Menschen teilnahmen, viele von ihnen praktisch engagiert, z.B. in Regionalgeldinitiativen oder im alternativen Bankwesen. Prof. Margrit Kennedy, Autorin einer Reihe stark beachteter Bücher über Geldreform, die besonders der Regionalgeldbewegung immer wieder neue Anstöße gegeben hat, traf dabei mit Udo Herrmannstorfer, Prof. Harald Spehl und mir zusammen. Eine spannende und fruchtbare Gesprächskonstellation. Bei einem Forum sprachen außerdem Paul Benkhofer und Jean Marc Decressonnière von der GLS-Bank, Frans de Clerck (Triodos-Bank und INAISE - International Association of Investors in the Social Economy -) sowie Menschen aus Regionalwährungsinitiativen wie „Regio im Oberland“ und „KannWas“. Ein ermutigendes Beispiel also für zivilgesellschaftlichen Dialog und Zusammenarbeit. Die Tagung war so inhaltsreich, dass sicherlich manche Elemente in kommenden Rundbriefheften noch breiter zur Darstellung kommen werden. Auch deshalb, weil sie zugleich Auftakt für weitere Arbeit an diesem wichtigen Thema war. Der hier vorgelegte Essay basiert im wesentlichen auf meinen eigenen Beiträgen, bei denen ich mich vor allem auch darum bemüht habe, zur Verständigung innerhalb der Alternativenbewegung über das Geldthema beizutragen. Dies schien mir besonders aktuell, weil es mancherlei Unklarheiten, ungute Befehdungen, aber zugleich auch eine Unterschätzung bestehender Unterschiede gibt, die man gerade dann nicht ignorieren darf, wenn man Brücken schlagen möchte. Auf S. 22 findet sich darüber hinaus eine Selbstdarstellung der AG für Regionalwährungen.

Vom Protest zur Sozialgestaltung: Die aktuelle Bedeutung der Geldfrage für den zivilgesellschaftlichen Dialog

Die heutige zivilgesellschaftliche Bewegung ist eine Widerstandsbewegung gegen die neoliberale Globalisierung. Aber zugleich ist sie auch eine Bewegung, die - zum Beispiel bei den Weltsozialforen - nach Alternativen sucht. Widerstand allein genügt nicht, dessen ist man sich mehr und mehr bewusst. Erfolgreicher Widerstand bedeutet zwar Zeitgewinn, aber die Zeit kann nur nutzen, wer eigene Lösungsansätze einzubringen hat. Dafür muss es aber zunächst Verständigungsprozesse geben, denn es ist bekanntlich viel schwieriger, sich auf

etwas Positives zu einigen, als darauf, wogegen man ist. An dieser Suche innerhalb der Zivilgesellschaft nach gemeinsam für richtig erachteten Lösungsmöglichkeiten führt kein Weg vorbei. Denn von der Politik und der Ökonomie, wie sie heute sind, darf man die nötigen Anstöße nicht erwarten. Die Zivilgesellschaft - als soziale Kulturbewegung - muss sich selbst zunächst auf den Weg machen, - dann erst wird sie auch Verbündete in den beiden anderen Sektoren finden.

Wo Menschen beginnen, Alternativen in die Praxis umzusetzen, sprechen wir von Sozialgestaltung. Das beginnt oft im Kleinen. Wenn eine kritische Masse von Menschen die Einsicht in die Alternativnotwendigkeit hat, wenn zugleich alte Verhältnisse brüchig werden, dann kann Sozialgestaltung auch im Großen einsetzen, - wobei die „Konstellation“ ebenso entscheidend ist wie die Bereitschaft der Menschen, sie zu nutzen.

Natürlich muss eine Alternativenbewegung auch Alternativen zum heutigen Umgang mit Geld anbieten können. Dass die Geldfrage eine ganz entscheidende Rolle für das soziale Leben spielt, merkt man ja spätestens dann, wenn Geld knapp wird bzw. zu Gunsten der ohnehin schon Reichen umverteilt wird. Aber *wie* wollen wir die Geldordnung umgestalten? Und wie hängt die Geldordnung mit der Ökonomie, ja mit dem ganzen sozialen Gefüge zusammen? Dazu finden wir unterschiedliche Auffassungen und Blickrichtungen innerhalb der Zivilgesellschaft. Soll man am Ende Geld und Handel ganz abschaffen? Oder reichen ein paar kleine Korrekturen, die die schlimmsten Auswüchse der internationalen Finanzspekulation dämpfen?

Bei solchen Fragen spielt es eine Rolle, was bisher in verschiedenen Denkschulen über das Geld gedacht worden ist. Da gibt es die marxistischen und die keynesianischen Strömungen. Und da gibt es die Geldreformbewegung, die mit dem Namen Silvio Gesells verbunden ist, und die auf Rudolf Steiner zurückgehende Bewegung für die Dreigliederung des sozialen Organismus, die beide in jeweils unterschiedlicher Weise profilierte und grundlegende Beiträge zur Theorie und Praxis eines alternativen Umgangs mit Geld geleistet haben. - In der Regionalgeldbewegung arbeiten ja heute häufig Vertreter beider Strömungen praktisch zusammen.

Es ist wichtig, dass die nötigen Dialoge fair, sachlich und lösungsorientiert geführt werden. Alle zivilgesellschaftlich Engagierten stehen schließlich in einer gemeinsamen Verantwortung dafür, dass die Globalisierung nicht länger den Globus zerstückelt, sondern ein menschliches Antlitz erhält. Führungsansprüchen und

Ausgrenzungsversuchen sollten wir daher gemeinsam entgegentreten, ganz gleich, wem sie gelten und von wem sie ausgehen.¹ Wo Gegensätze bestehen, sollten wir lieber besser zu verstehen versuchen, worin und warum sie da sind und uns fragen, ob es Gesichtspunkte gibt, unter denen sie sich - ganz oder ein Stück weit - auflösen lassen.

Geld ist - tendenziell heute schon, nur in verformter Weise - ein Kommunikationsmittel der wirtschaftenden Menschen. Einen Dialog über die Geldordnung zu führen, heißt zugleich darüber zu sprechen, wie diese aussehen muss, damit in der Ökonomie Verständigung gelingen kann.

Theorien über das Geldwesen...

Es kann nicht Aufgabe dieser Betrachtung sein, auch nur ansatzweise einen Überblick über das Feld der Geldtheorien zu versuchen. Geldtheorien und Gelddefinitionen sind Legion. Häufig gehen sie, manchmal in verabsolutierender Weise, von einzelnen Seiten des Geldphänomens aus, von der Funktion des Geldes als Tauschmittel, Wertmesser, Wertaufbewahrungsmittel, als gesetzliches Zahlungsmittel, Medium der Preisbildung usw.² Häufig genug war Geldtheorie auch schlicht apologetisch und bemüht, die Defekte der bestehenden Wirtschafts- und Geldordnung wegzuerklären. Musterbeispiel für eine solche Grundhaltung ist Jean Baptiste Say (1767-1832)³: Seiner Auffassungen nach tendiert die Wirtschaft stets automatisch auf ein Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung hin. Ihm schien klar, „dass aus dem Erlös jedes Warenverkaufs irgendwo jemand in Gestalt von Lohn, Gehalt, Zinsen, Miete oder Gewinn wiederum die Mittel erhalte, sich diese Ware zu kaufen. Und was für eine bestimmte Ware gelte, sei für alle gültig. Infolgedessen könne es in der Wirtschaft keinen Mangel an Kaufkraft geben.“⁴ Und diese Auffassung galt als Dogma, dessen Leugnung einen Ökonomen im Examen in ärgste Schwierigkeiten stürzen konnte...

Was uns hier interessieren muss, sind nicht die Apologeten, sondern Wissenschaftler, denen das Soziale an der Geldordnung ein Anliegen war, wie für uns heute. Von ihnen hoffen wir, bei unseren Bemühungen am meisten zu profitieren. Was nicht heißt, dass wir nicht auch kennen lernen müssen, auf welche Gedankenbildungen sich die Rechtfertigung des Bestehenden stützt.

Dass mich dabei die auf Silvio Gesell und Rudolf Steiner zurückgehenden Überlegungen ganz besonders interessieren, ergibt sich aus der Sache.

Der jüngst an mich ergangenen Aufforderung, endlich zu erklären, wer nun Recht habe - Steiner oder Gesell - und ob die Auffassungen des ersteren mit denen des letzteren überhaupt vereinbar seien, kann ich allerdings hier nicht nachkommen, hoffe aber, dass das im Kasten S. 21 dokumentierte Steiner-Zitat vielleicht einen Schlüssel für die Herangehensweise an solche Fragen bietet.

„Gerechter Preis“, Arbeitswerttheorie und Freisprechung der Ökonomie von sozialer Verantwortung

Wenn wir von einer sozialen Geldordnung sprechen, dann fragen wir nach der Rolle des Geldes in der Herstellung und Aufrechterhaltung sozialer Gerechtigkeit. Das Geld entsteht, soweit kann man der Marxschen Analyse im ersten Band seines „Kapital“ wohl folgen, als allgemeines Äquivalent aus dem Warentausch. Wenn der bloße Naturaltausch zugunsten universeller Austauschbarkeit überwunden werden soll, muss es ein Mittel geben, den Wert aller Waren auszudrücken und diese dadurch auf einander zu beziehen. Der Wert der Waren in Geld ausgedrückt ist ihr Preis. Am Preis entscheidet sich, in welchen Relationen wir in einer arbeitsteiligen Wirtschaft für einander Leistung erbringen: wer viel arbeiten muss und wenig dafür bekommt, dem geht es schlecht. Und umgekehrt, wer viel für wenig bekommt, der ist fein heraus. An der Frage der Preise entscheidet sich also, ob Leistungen und Gegenleistungen „im Lot“ sind, ob jeder zu dem Seinen kommt. Genial hat Aristoteles diese Frage nach dem gerechten Preis in einer Zeit der erst sich entwickelnden Geldwirtschaft zur Kardinalfrage gemacht. Bis in die Scholastik bleibt diese Frage nach dem „justum pretium“ bestimmend. Der Zins - im Sinne der Ausnutzung der Notlage des Geldbedarfs anderer und des Ausspielens eigenen Geldbesitzes - war anrühlich, solange Gerechtigkeit der Maßstab der wirtschaftlichen Betrachtung war.

Im Grunde fußt die Arbeitswertlehre der klassischen Ökonomie der Neuzeit auf dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit in den Austauschrelationen. Sie ist im Ansatz Ökonomie als praktische, nicht als theoretische Wissenschaft. Die Tauschrelationen sollen vom objektiven Arbeitsaufwand für die jeweiligen Güter abhängig sein, so dass sich gerechter und natürlicher Weise Tagewerk gegen Tagewerk tauscht - vorausgesetzt, dass jeder mit durchschnittlichem Geschick und Arbeitstempo zu Werke geht. So ist die Arbeitswertlehre im Ursprung mindestens ebenso sehr eine normative Lehre der Preisgerechtigkeit wie eine Theorie der faktischen Preisbildung.⁵

Spätestens bei Adam Smith (1723-1790) verschiebt sich jedoch der Schwerpunkt. Jetzt wird ausdrücklich ausgeschlossen, dass das Erreichen des Rechten und Sein-Sollenden von dem Bemühen der Menschen um Preisgerechtigkeit und ihrer Verständigung darüber abhängig sein soll. Ja Verständigung, die über punktuelle Geschäftsabschlüsse hinausgeht, soll unterbunden werden, weil nun das egoistische Selbstinteresse des Menschen als einzige Motivation ökonomischen Handelns gilt. Daher muss ein Mechanismus, derjenige der Konkurrenz, dafür sorgen, dass gleichsam hinter dem Rücken der Menschen - wie durch eine unsichtbare Hand, so das berühmte gewordene Bild - soziale Gerechtigkeit zustande kommt.⁶

Sozialer Ausgleich wird also nicht von der Einsicht der Menschen und der aus ihr folgenden Interaktion erwartet, sondern im Gegenteil allein von der zwingenden Kraft einer dem Bewusstsein der Menschen entzo-

genen Konkurrenzmechanik. Mensch und Menschlichkeit werden dadurch gleichsam herausgetrieben aus der Ökonomie.⁷

Von sozialer Verantwortung ist diese Ökonomie damit gänzlich freigesprochen: Für die Preisrichtigkeit und -gerechtigkeit ist ausschließlich „der Markt“ zuständig. Ein großer Teil unserer heutigen Probleme ist eine Folge dieser Denkweise. Sie wurden noch dadurch verschärft, dass der Grundgedanke von Güter- und Leistungsmärkten formalistisch auf die Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital übertragen wurde, wodurch eine Art „Scheinmarktwirtschaft“ entstanden ist. Die heutige Problematik der Finanzmärkte hängt damit zusammen.

Die Entfaltung des marktwirtschaftlichen Kapitalismus führte bekanntlich erst einmal nicht zu den von seinen Vordenkern erhofften wohlthätigen sozialen Wirkungen, sondern im Gegenteil zum Arbeiterelend des 19. Jahrhunderts. Es entstand die sozialistische Arbeiterbewegung, die eine Alternative zum „Kapitalismus“ suchte. Bismarck im Gegenzug legte die Grundlagen des „Sozialstaats“. Dieser hat einerseits über lange Zeit die Folgen der marktfundamentalistischen Denkweise gemildert, andererseits aber auch den nötigen, radikalen Paradigmenwechsel erschwert. Heute erst, da die Staaten durch global operierende Konzerne erpressbar geworden sind, beginnen wir zu bemerken, dass die Delegation des Sozialen an den Staat das letzte und einzige Wort nicht sein kann.

Sozialistische Kritik an der Realität des „Kapitalismus“: Pierre Joseph Proudhon

Einer der Exponenten der sozialistischen Kritik des Bestehenden ist Pierre Joseph Proudhon (1809-1865). Proudhon bemerkt, dass die Boden- und Geldordnung zu „arbeitslosen Einkommen“ führt und die Leistungsgerechtigkeit der Einkommensbildung auf den Kopf stellt. Daher gibt er die Parole aus „Eigentum ist Diebstahl“ und versucht, nachdem er 1848 in die Nationalversammlung gewählt wurde, durch eine Pacht- und Zinssteuer dem Übel zu wehren. Doch sein Vorschlag wird niedergestimmt. Auch der Versuch der Gründung einer Volksbank, in der Kredite ohne Zinsaufschlag gewährt werden sollten, scheitert.

Den Gebrauch von Gewalt, um den Menschen ein System aufzuzwingen, lehnt Proudhon zeitlebens konsequent ab. Herrschaft zu minimieren ist sein Ziel, der freie Mensch sein Ideal. Den Vater des modernen Anarchismus hat man ihn deshalb auch genannt.

Karl Marx und die Falle der Planwirtschaft

Ein politischer Witz aus der verblichenen DDR fragt nach dem Erbe von Karl Marx. Die Antwort: der Schweiz hat er das Kapital hinterlassen und der DDR das Elend der Philosophie. „Das Elend der Philosophie“ von 1847 ist eine Schrift von Marx, in der der „utopische Sozialist“ Proudhon im Namen des „wissenschaftlichen Sozialismus“ vernichtend kritisiert wird. Der Titel ist selbst eine ironische Replik auf Proudhons 1846 erschienene „Philosophie des Elends“.

Der Marxismus kritisiert die Fixierung Proudhons auf die „Zirkulationssphäre“. „Zins“ kann nur aus dem Mehrwert gezahlt werden, dieser aber kann nicht in der Zirkulationssphäre entstehen, sondern - so die These - nur in der Produktionssphäre. In der Produktionssphäre werden die Arbeiter ausgebeutet: die Reproduktionskosten ihrer Arbeitskraft (Lohn) sind geringer als was ihre Arbeit hervorbringt, und aus dieser Differenz entspringt das reale Mehr, welches dann als Zins, Profit und Bodenrente verteilt werden kann.⁸ Das die Zirkulation der Waren vermittelnde Geld ist also nichts für sich, es verschleiert nur die eigentliche Realität, ja schlimmer noch: es ist ein Fetisch, ein verdinglichtes gesellschaftliches Verhältnis, „das entfremdete Gattungswesen“. In den ökonomisch-philosophischen Manuskripten aus dem Jahre 1844 („Pariser Manuskripte“) heißt es: „Da das Geld als der existierende und sich betätigende Begriff des Wertes alle Dinge verwechselt, vertauscht, so ist es die allgemeine Verwechslung und Vertauschung aller Dinge, also die verkehrte Welt, die Verwechslung und Vertauschung aller natürlichen und menschlichen Qualitäten.“ Wenn das so ist, dann muss offenbar das Endziel sein, das Geld gänzlich überflüssig zu machen. Das Problem liegt nicht in der Art der Geldordnung, sondern im Geld als solchem. Das hat eine lange Tradition: Bei Thomas Morus z.B. ist das Geld der Höllenhund. Auf der Insel Utopia hat man es nicht mehr nötig, und sein materieller Träger, das Gold, wird dort zur Verfertigung von Nachttöpfen verwandt - ein Gedanke, den Lenin später aufgreift. Bei ihm sind es allerdings nicht die Nachttöpfe, sondern die öffentlichen Bedürfnisanstalten.⁹ Bis heute führt diese Frage nach der Überwindung des Geldes als solchem zu Kontroversen, z.B. mit manchen marxistisch denkenden Freunden in der Attac-Bewegung.

In der Praxis sind alle Versuche, ohne das Geld auszukommen, immer wieder gescheitert. Gerade die Praxis des „real-existierenden“ Sozialismus zeigte, dass „Geld“ nicht einfach ersetzbar ist. Der Sozialismus musste, um den eigenen Bestand zu sichern, immer wieder Wege zur „Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehung“ finden. Bereits Lenin rettete sich nur durch den Übergang vom „Kriegskommunismus“ zur „Neuen Ökonomischen Politik“ (NÖP). Und der Ansatz, die Entfremdung aufheben zu wollen, schlug ins Gegenteil um: in die Entmündigung durch planwirtschaftliche Bürokratie. Die beabsichtigte Aufhebung der Herrschaft des Menschen über den Menschen wurde zur Diktatur der Partei über das Proletariat.

Silvio Gesell

Silvio Gesell (1862 - 1930) will die Geldordnung reformieren, nicht das Geld abschaffen. Er knüpft - gegen Marx - bei Proudhon an, auch weil er individualistisch und staatskritisch denkt. „Marx der Anarchisten“ hat man ihn deshalb einmal genannt.¹⁰ Gesell ist Wirtschaftspraktiker: als Kaufmann begründet der Auswanderer in Buenos Aires eine florierende Firma für zahnärztlichen Bedarf. „Doch er war auch Theoretiker, der seine Beobachtungen an den damals wie heute zerrütteten

Währungsverhältnissen Argentiniens analysierte, verallgemeinerte, mit den Zuständen in anderen Ländern verglich und schließlich zu einer umfassenden Kapitalismuskritik und Wirtschaftslehre ausbaute.¹¹ Diese legte er in seiner Grundschrift „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (1916) und in anderen Publikationen dar.

Gesell konstatiert, dass die Nachfrage durchaus nicht - im Sinne von Say - einfach dem Bedarf folgt, sondern dass sie mit den Zinsverhältnissen zusammenhängt. Das Geld soll Stellvertreterwert der Waren sein und ihre Zirkulation ermöglichen. Während Waren jedoch verderblich sind, soll der Wert des Geldes sich nicht nur verewigen, sondern sich sogar, durch Zins und Zinseszins, letztlich in geometrischer Progression vermehren. Es entsteht das, was Steiner einmal die „unreelle Konkurrenz von Ware und Geld“ genannt hat. Die wirtschaftlichen Krisen sind nach Gesell Gleichgewichtsstörungen, die in der Zirkulationssphäre entstehen, aus der Problematik dieser unreellen Konkurrenz von Ware und Geld heraus.

Das Mittel zur Krisenverhinderung ist demgegenüber eine „umlaufgesicherte Währung“, die jedermann gleichberechtigten Zugang zum allgemeinen Tauschmittel Geld verschafft („Freigeld“). Geld würde so „zu einer staatlichen Dienstleistung ..., für die Menschen eine Nutzungsgebühr entrichten. *Statt denjenigen, die mehr Geld haben, als sie benötigen, für die Freigabe des Geldes eine Belohnung (sprich Zins) zu geben, sollen diese eine geringe Gebühr (sprich Nutzungsgebühr) zahlen, wenn sie ihr Geld vom Umlauf zurückhalten. Die Gebühr kommt nicht Einzelnen zugute, sondern der Allgemeinheit und damit allen aktiv am Marktgeschehen Beteiligten, die miteinander Austausch betreiben und die Akzeptanz des Zahlungsmittels gewährleisten.*“¹² Der Zins wird nicht etwa verboten, sondern die Nutzungsgebühr soll dazu führen, dass er letztlich auf Null sinkt.

In der Tiroler 4.200-Seelen-Gemeinde Wörgl wurde in den Jahren 1932 und 1933 im begrenzten regionalen Rahmen - mit gutem Erfolg - umlaufgesichertes Geld eingeführt. Dieses Experiment wurde dann allerdings von staatlicher Seite gewaltsam gestoppt.¹³

Im Bodeneigentum sieht Gesell eine weitere Quelle sozialer Ungerechtigkeit. Der Boden soll deshalb in Allgemeinbesitz übergehen (Freiland) und verpachtet werden. Der Pachtzins wird auf diese Weise sozialisiert. Aus diesem Rentenfonds wollte Gesell eine sogenannte Mutterrente finanzieren und damit die Frau aus der ökonomischen Abhängigkeit befreien.

Strategisch führt dieser Ansatz unter anderem dazu, dass Gesell im Gegensatz zu Marx die Ausgebeuteten nicht in einer Klassenfront gegen Unternehmer und Marktwirtschaft sieht, sondern Unternehmer und Arbeiter zusammen in der Front gegen das Geldkapital.

Bis heute ist Gesell zahlreichen Missverständnissen ausgesetzt, wozu auch der Vorwurf gehört, er wolle die Wirtschaft durch Teuerung ankurbeln. Jedoch sollen durch die Umlaufsicherung des Zahlungsmittels die Preise als solche ja gerade stabilisiert werden.

Marktlicher Ansatz Gesells

Die marktwirtschaftliche Konkurrenz als solche stellt Gesell nirgends in Frage. Wenn die beiden zu Defekten führenden Fehlkonstruktionen der Maschine Markt - die Geld- und die Bodenordnung - korrigiert sind, dann kann, ja muss man diese Maschine dem Selbstlauf überlassen. Interventionen in den Markt sind prinzipiell überflüssig, ja sie werden als schädlich betrachtet. An dieser Stelle denkt Gesell durchaus darwinistisch. So wie in der Natur die Zuchtwahl für das Überleben der Tüchtigsten sorgt, so in der Ökonomie die Konkurrenz.¹⁴

Allerdings erst, wenn Geldordnung und Bodenrecht erneuert sind, denn deren Deformationen führen gerade zur Selektion der Untüchtigen (leistungslose Einkommen). Dann aber kann man die Ökonomie diesem „natürlichen“ Prinzip überlassen („natürliche Wirtschaftsordnung“). Gesell ist dabei alles andere als ein roher Sozialdarwinist: er will eine Wirtschaft, die alle mitträgt. Die für seine Zeit revolutionäre Idee der aus den Bodenpachterlösen generierten Sozialeinkommen für die Frauen zeigt dies deutlich. Auch ist Gesells idealistisch-humanistische und antirassistische Gesinnung über jeden Zweifel erhaben: so wandte er sich, um nur ein Beispiel zu nennen, mutig gegen den Völkermord an den Hereros. Allerdings übersieht er, wie fast alle Zeitgenossen, dass Darwin in seinem Prinzip der Zuchtwahl in hohem Maße eine Übertragung von Erfahrungen der Ökonomie seiner Zeit auf die Natur vornimmt. Dass in der Natur das Prinzip der gegenseitigen Hilfe eine kaum minder wichtige Rolle spielt wie der Kampf, sieht er nicht.

John Maynard Keynes

Die Zunft der akademischen Ökonomie hat Gesell wie Steiner bis heute weitgehend totgeschwiegen. Allerdings gibt es bei Gesell Ausnahmen, so den amerikanischen Ökonomen Irving Fisher (1867-1947) und vor allem John Maynard Keynes (1883-1946).

Zweimal hat Keynes weitsichtig, wenngleich vergeblich, versucht, der Geschichte eine andere Wendung zu geben: Als Delegationsführer des britischen Schatzamtes in Versailles wehrte er sich 1919 gegen die hohen Reparationen für Deutschland¹⁵, - ein Grund für Rudolf Steiner, ihn des öfteren wegen seiner Weitsicht zu loben. 1944 schlug er in seinem Plan für den internationalen Währungsfonds u.a. die Belastung überhöhter Guthaben von Ländern vor - der Effekt wäre gewesen, das Geld dorthin fließen zu lassen, wo es am nötigsten gebraucht würde und die heutige Schuldenkrise der Entwicklungsländer hätte es niemals gegeben. Aber er setzte sich in Bretton Woods nicht gegen den amerikanischen Chefunterhändler Harry Dexter White durch.

Für Keynes kommt wie für Gesell Geld nicht von selbst in der nötigen Menge in Umlauf, weshalb das Thema Umlaufsicherung nicht umgangen werden kann. Z.B. führe übermäßige Erhöhung der Spareinlagen zu einem Rückgang der Nachfrage und sei damit ein krisenauslösendes Element.¹⁶ Keynes hält es für sinnvoll, den „Liquiditätsvorteil“ des Geldes durch eine Ausgleichsabgabe auf Geldkassenhaltung („Carrying costs“,

„Durchhaltekosten“) zu neutralisieren. Es handelt sich um eine Art Parkgebühr für Geld, „die den Liquiditätsvorteil präzise aufwiegt und den Geldzins auf den Geldkapitalmärkten gegen Null zwingt.“¹⁷ Weniger als Gesell glaubte Keynes jedoch an den Selbstlauf der Marktkräfte. Bereits 1926 forderte er staatliche Interventionen in den Wirtschaftskreislauf. Eine antizyklische Wirtschaftspolitik, Kredite der öffentlichen Hand zur Finanzierung von Staatsaufträgen („Deficit-Spending“) sollten die Konjunktur ankurbeln und Wirtschaftskrisen verhindern. Ende 1933 bereits hatte er dem amerikanischen Präsidenten F.D. Roosevelt die Erhöhung der Kaufkraft aus kreditfinanzierten Staatsaufträgen empfohlen. Die theoretische Untermauerung der Politik des „New deal“ der Jahre 1933 - 1935 und aller damit verwandten Ansätze erfolgte durch die Veröffentlichung des Werkes „The General Theory of Employment, Interest and Money“ (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes) von 1936.

Rudolf Steiner

Steiner (1861 - 1925), der Philosoph des „ethischen Individualismus“, setzte sich für die Freiheit der Kultur und einen Staat ein, für den die Förderung des Einzelnen an die Stelle des obrigkeitlichen Machtprinzips tritt. Zugleich entwickelte er ein Kontrastprogramm zum Konzept einer vom egoistischen Selbstinteresse angetriebenen Ökonomie. Der Altruismus erschien ihm als eine objektive Forderung der modernen Arbeitsteilung, die bis in die Gestaltung der wirtschaftlichen Einrichtungen hinein zur Geltung gebracht werden müsse (soziales Hauptgesetz, Trennung von Arbeit und Einkommen). Er legte den Finger auf dieselben Wunden wie Proudhon und Gesell: die Ungerechtigkeit der Geldordnung und des Bodenrechts. Alterndes Geld und die Unverkäuflichkeit des Bodens, der bloßes Nutzungseigentum werden soll, sind die Stichworte.

Steiner und Gesell sind sich zwar persönlich nicht begegnet, dennoch kreuzten sich indirekt ihre biografischen Wege. 1916 veröffentlicht Gesell seine Grundschrift, 1917 versucht Steiner mit seinen Memoranden den Verlauf der Ereignisse zu beeinflussen. 1919 publiziert er seinen Dreigliederungsaufwurf und eine Massenbewegung für die Dreigliederung des sozialen Organismus kommt in Gang. Steiner sucht früh das Gespräch mit dem im Februar 1919 ermordeten Vorsitzenden des Münchner Arbeiter- und Soldatenrates Kurt Eisner, Silvio Gesell wird für kurze Zeit Finanzminister der im April 1919 begründeten und später von Freikorps blutig niedergeschlagenen Münchner Räterepublik.¹⁸ Dass Anhänger der Freiwirtschaftlichen Bewegung Versammlungen der Dreigliederungsbewegung besucht haben, ist belegt.

Unterschiede in den Heransgehensweisen

Steiner hat immer das gesellschaftliche Ganze im Blick, das sich in der Moderne so umbilden müsse, dass die Verhältnisse durch mündige Menschen gestaltbar werden. Die Umgestaltung der Geld- und Bodenordnung ist für ihn Bestandteil dieser notwendigen „Dreigliederung des sozialen Organismus“ in ein freies geistig-kulturelles Leben und ein auf geschwisterliche Zusammenarbeit gestütztes, selbstverwaltetes Wirtschaftsleben - auf der Grundlage der rechtlichen Gleichheit. Die Misstände der Geld- und Bodenordnung sind für ihn Ausdruck von schädlichen Verquickungen kultureller, rechtlicher und ökonomischer Aspekte. Aus dem sozialorganischen Grundansatz ergeben sich eine Reihe von Elementen, die Steiners Arbeitsansatz von dem anderer, auch von dem Gesells, unterscheiden:

1. Arbeit und Eigentum

Für Steiner ist nicht nur die Behandlung von Boden und Geld als Ware, sondern auch die von Arbeit und Unternehmen ein Problem. Er will den Zustand, dass Unternehmen den Kapitalgebern gehören, und die Lohnarbeit überwinden. An die Stelle der Arbeitsbezahlung (Lohn) soll vertragliche Ertragsteilung treten, Unternehmen sollen unverkäuflich gemacht werden. Eigentum

Geld in den „Kernpunkten der sozialen Frage“

Das Geld wird im gesunden sozialen Organismus wirklich nur Wertmesser sein; denn hinter jedem Geldstück oder Geldschein steht die Warenleistung, auf welche hin der Geldbesitzer allein zu dem Gelde gekommen sein kann. Es werden sich aus der Natur der Verhältnisse heraus Einrichtungen notwendig machen, welche dem Gelde für den Inhaber seinen Wert benehmen, wenn es die eben gekennzeichnete Bedeutung verloren hat. Auf solche Einrichtungen ist schon hingewiesen worden. Geldbesitz geht nach einer bestimmten Zeit in geeigneter Form an die Allgemeinheit über. *Und damit Geld, das nicht in Produktionsbetrieben arbeitet, nicht mit Umgehung der Maßnahmen der Wirtschaftsorganisation von Inhabern zurückbehalten werde, kann Umprägung oder Neudruck von Zeit zu Zeit stattfinden.* Aus solchen Verhältnissen heraus wird sich allerdings auch ergeben, dass der Zinsbezug von einem Kapitale im Laufe der Jahre sich immer verringere. *Das Geld wird sich abnutzen, wie sich Waren abnutzen.* Doch wird eine solche vom Staate zu treffende Maßnahme gerecht sein. *„Zins auf Zins“ wird es nicht geben können.* Wer Ersparnisse macht, hat allerdings Leistungen vollbracht, die ihm auf spätere Waren Gegenleistungen Anspruch machen lassen, wie gegenwärtige Leistungen auf den Eintausch gegenwärtiger Gegenleistungen; aber die Ansprüche können nur bis zu einer gewissen Grenze gehen; denn aus der Vergangenheit herrührende Ansprüche können nur durch Arbeitsleistungen der Gegenwart befriedigt werden. *Solche Ansprüche dürfen nicht zu einem wirtschaftlichen Gewaltmittel werden.*

Rudolf Steiner, Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft (1919), GA 23, Dornach 1980, S.104-106 (Kursivsetzungen C. Strawe).

im sozialen Fluss ist das Ziel: Unternehmen gehören sich selbst, sie sind Nutzungseigentum der in und mit ihnen Arbeitenden. Steiner schlägt hier den gleichen Weg ein, den vorher ganz praktisch schon ein Ernst Abbe mit seiner Carl-Zeiss-Jena-Stiftung gegangen war.

2. Assoziative Wirtschaft

Im Kontext der Dreigliederung strebt Rudolf Steiner eine Veränderung der - „ordnungspolitischen“, wie wir heute sagen würden - Grundlagen des Wirtschaftslebens an, wobei er einen „assoziativwirtschaftlichen“ Ansatz vorschlägt: Keine bürokratische Planwirtschaft, sondern Ordnung der Märkte durch Verabredungen der Wirtschaftspartner - von der Produktion über die Distribution bis zum Endverbrauch. Da diese Verständigung den Markt nicht ausschaltet, kann man auch von assoziativer Ergänzung der Marktwirtschaft sprechen.¹⁹ Der Ökonomie sollen Selbstverwaltungsorgane eingebildet werden, in denen sich Interessen begegnen und ausgleichen können, Erfahrungen und Kompetenzen vernetzt und Verabredungen getroffen werden können.

Wie Keynes sieht Steiner also gegenüber dem spontanen Marktgeschehen Interventionsbedarf, allerdings soll diesem, wo immer möglich, durch die Ökonomie selbst und nicht durch staatlichen Eingriff von außen Rechnung getragen werden. Die Assoziationen sollen so zum Instrument einer Umgestaltung der Verhältnisse von innen heraus, durch die Menschen, werden. Geld- und Bankwesen sollen so gestaltet werden, dass sie der assoziativen Zusammenarbeit in Regionen und Branchen dienen.

3. Geldqualitäten

Steiner interessiert sich besonders für die funktionalen Formen des Geldes und ihre qualitativen Unterschiede: Kaufgeld, Leihgeld und Schenkungsgeld werden unterschieden. Beim Kaufen spielt die Frage nach dem gerechten Preis - und damit nicht nur nach der Beseitigung der preisfälschenden Boden- und Geldordnung, sondern auch der Verständigung über die Aufteilung des vom Konsumenten gezahlten Endpreises unter die an der Wertschöpfung Beteiligten die zentrale Rolle.

Beim Leihen geht es nicht nur darum, durch Geldreform Kredite zu vergünstigen, sondern auch um die Frage nach der „Kreditwürdigkeit“: Leihgeld wird in den Händen eines klugen, fähigen und uneigennütigen Menschen etwas anderes als in anderen Händen. Der „beste Wirt“ ist nicht automatisch der, der am meisten bezahlen kann. Wie berücksichtigt man diese Seite in der Bankpraxis und der Kreditsicherung? Das sind offensichtlich Gestaltungsfragen, die nicht einfach dem Markt zu überlassen sind.

Das Schenken fängt im gewöhnlichen Verständnis da an, wo die Ökonomie aufhört. Steiner dagegen entdeckt die Schenkung als ökonomische Kategorie und zeigt, dass die Kultur auf Schenkung angewiesen ist und die Ökonomie auf die Kultur. Ohne Schenkung gibt es keine Entwicklung, Schenkung ist langfristig betrachtet die „produktivste Investition“.

In Steiners Sozialorganik ist die Frage der Geldalterung keine bloß technische, sondern eine Frage der

Metamorphose: Wie entsteht Kaufgeld, wie wird es in der richtigen Weise zu Leihgeld? Wie verhindert man, dass sich die in der Leihgeldsphäre entstehenden Überschüsse in Kreisläufen der Geld- und Bodenspekulation stauen? Wie bewirkt man, dass sie sich auf richtige Weise auflösen: nämlich so, dass durch ihre Auflösung in Schenkung die verjüngenden Kräfte im sozialen Leben immer neu angeregt und gefördert werden?

5. Mehrwerttheorie

Ein weiterer Unterschied liegt in der Herangehensweise an die Frage des Mehrwerts, der für Steiner, soweit es sich nicht um reine Umverteilungseffekte handelt, vor allem durch die Anwendung des Geistes auf die Arbeit zustande kommt - das heißt durch den physisch-zeitlichen Arbeitsaufwand zurückdrängende wertbildende Bewegungen. Dieser Gesichtspunkt ist sehr wichtig, kann aber an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden.²⁰

6. „Technik“ der Geldalterung

Gegenüber den bisher genannten grundlegenden Fragen scheint mit, dass die Unterschiede in der Behandlung der Technik der Geldalterung, die es zwischen Steiner und Gesell gibt, häufig eher überakzentuiert worden sind. Das Thema wird im übrigen noch verwirrender durch die großen Unterschiede, die es hierbei unter Autoren gibt, die sich auf Steiner berufen. - Einer von ihnen ist so weit gegangen, Steiner dafür zu kritisieren, dass er überhaupt Vorschläge zur Geldtechnik gemacht habe.²¹

Richtig ist, dass Steiner in seinem ökonomischen Kurs eine Befristung des Geldwertes vorschlug²², während Gesell an eine mehr oder weniger kontinuierliche Abzinsung denkt. Den Zinseszinsseffekt, der aus Josephs Pfennig im Lauf der Jahrhunderte rechnerisch den Gegenwert vieler Erdkugeln in Gold macht, kann man indes sowohl durch eine kontinuierliche Abzinsung wie durch eine Befristung ausschalten. Steiner selbst sagt, dass man „verschiedene Modalitäten finden“ könne, „wie diese Abnützung des Geldes geschehen kann“.²² Seinen eigenen Vorschlag begründet er pragmatisch: er sei der Unaufwendigste und am wenigsten bürokratische.²⁴ Man muss auch beachten, dass sowohl Gesells wie Steiners Vorschläge einer Zeit entstammen, wo die Masse der Menschen alles Geld noch buchstäblich in der Lohntüte, als Bargeld, erhielt. Dass die heutige Rolle des Giralgeldes technisch (nicht funktionell), andere Formen erforderlich macht, als sie damals sinnvoll waren, wird zu häufig ausgeblendet.²⁵

Die Rolle der Blicklenkung

Für Gesell spielen viele Vorschläge, die man bei Steiner findet, einfach deshalb keine besondere Rolle, weil er von der von ihm vorgeschlagenen Geld- und Bodenreform so umfangreiche Nebenwirkungen erwartet, dass eine besondere Beschäftigung damit überflüssig erscheint. Den Gedanken einer Reform des Eigentumsrechts an Unternehmen verfolgt er z.B. deshalb nicht, weil er der Meinung ist, die Geldreform werde auch die Verzinsung von Unternehmensbeteiligungen tendenziell auf Null bringen, so dass sie nicht mehr zur Bereicherung die-

nen können. Auch eine tiefer gehende Betrachtung der Geldqualitäten bietet sich nicht an, solange man in der vorgeschlagenen Art der Umlaufsicherung des Geldes das Allheilmittel auch zur Erleichterung von Kredit und Schenkung bereits gefunden zu haben glaubt.²⁶ Und da Geld- und Bodenreform zugleich jedem den vollen Arbeitsertrag sichern soll, erübrigen sich für ihn weitere Überlegungen zur Überwindung der Lohnarbeit. Ebenso fern liegt ihm, aus bereits an früherer Stelle genannten Gründen, der Gedanke einer assoziativen Ergänzung der Marktwirtschaft: sie muss ihm als unnatürlich erscheinen.²⁷

Annäherungen in Theorie und Praxis

Sicherlich bedürfen viele der hier genannten Fragen der weiteren Bearbeitung. Zugleich dürfen wir konstatieren, dass sich in Theorie und Praxis heute Annäherungen ergeben, die diese Bearbeitung einfacher und fruchtbarer machen können.

Ich nenne die folgenden Punkte:

1. In der Geldreformbewegung interessiert man sich mehr als früher für gesamtgesellschaftliche Fragestellungen übergreifender Art, in der Dreigliederungsbewegung wird heute immer weniger „scholastisch“ über die Geldfrage gesprochen. Vertreter beider Bewegungen beteiligen sich an den Initiativen der Zivilgesellschaft für eine bessere Welt und schulen dabei nicht zuletzt auch ihre eigene Kommunikationsfähigkeit.

2. In der Regionalgeldbewegung arbeiten Menschen, die mehr aus der einen oder mehr aus der anderen Richtung kommen, fruchtbar miteinander zusammen. Indem das Regionale in den Blickpunkt geraten ist, sind aber auch die Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Region praktisch relevant geworden, über die Festlegung neuer Regeln für das Geld hinaus. Regionalgeldansatz und assoziativwirtschaftlicher Ansatz können sich verbinden. - Schon das Wörgl-Experiment war ja im übrigen nicht nur eine Bestätigung für die Geldreform, sondern auch eine Bestätigung für die Rolle regionaler Kommunikations- und Zusammenarbeitsprozesse, die sich im Zusammenhang mit dem Experiment herausbildeten und seinen Erfolg sicherten.

3. Führende „Geldreformer“ wie Margrit Kennedy und Bernard Lietaer interessieren sich heute für die anthropologischen und spirituellen Aspekte der Geldfrage und stellen explizit die Frage, wie Geldformen Zusammenarbeit oder Konkurrenz, Kampfgebaren oder eine am Menschen und der Umwelt orientierte Wirtschaft fördern. Lietaer kommt gestützt auf C.G. Jung zu dem Ergebnis, dass Geiz und Gier als Konstitutionselemente des heutigen Geldsyndroms etwas damit zu tun haben, dass Menschen den Archetyp der „Großen Mutter“ - Ernähren, Beschenken, Geben, Beschützen usw. - nicht leben. Damit wird der Blick von der bloßen Geldtechnik auf die Frage nach den Bedingungen der Menschlichkeit in der Ökonomie gelenkt.²⁸

Menschlichkeit in der Ökonomie heißt aber Interesse nehmen am Anderen, mit dem wir im Netzwerk der Arbeitsteilung verbunden sind. Menschliches Interesse an fairen Preisen, da wo wir Geld zum Kaufen verwenden, - menschliches Interesse daran, dass fähige Menschen günstig zu Kredit kommen, um damit für andere Menschen etwas zu schaffen, - menschliches Interesse daran, dass ein Teil der wirtschaftlichen Wertschöpfung als Schenkungsgeld zur Verfügung steht. Die Gier nach Mehr und die Angst, es sei nicht genug für alle da, hat sich immer wieder als der Haupthemmschuh für ein solches assoziatives Wirtschaften in der Praxis erwiesen.

All das sind selbstverständlich keine bloßen Gesinnungsfragen, ist keine Sache der individuellen Moral allein. Es ist eine Frage der Einrichtungen im sozialen Gefüge. Wir haben heute Einrichtungen, in denen antisoziales Verhalten eher noch verstärkt wird - „Geiz ist geil“, lautet die Parole. Gewiss ist der Mensch ist zur Hälfte ein antisoziales und nur zur anderen Hälfte ein soziales Wesen. Aber gerade deshalb braucht es Einrichtungen, die dazu führen, dass sich der Egoismus immer wieder korrigieren kann. Zu diesen Einrichtungen gehört eine Geldordnung, die sicherstellt, dass Geld sich der Sozialität nicht entziehen kann, sondern allen dient. Für eine solche Umwandlung des Geldwesens müssen wir uns gemeinsam einsetzen.

Im Zusammenwirken das Rechte finden...

Was ist eigentlich für den heutigen sozialen Organismus das Geld? Es ist das Mittel, um gemeinsame Wirtschaft zu führen. Stellen Sie sich nur einmal die ganze Funktion des Geldes vor. Sie besteht darinnen, dass ich einfach für dasjenige, was ich selber arbeite, Anweisung habe auf irgend etwas anderes, was ein anderer arbeitet. Und sobald Geld etwas anderes ist als diese Anweisung, ist es unberechtigt im sozialen Organismus. [...] Das ist dasjenige, was auch durch die Art dieser Dreiteilung [gemeint ist die Dreigliederung des sozialen Organismus, C.S.] erreicht werden kann, und was partiell, einzeln angestrebt wird von der Freiland-Freigeld-Bewegung; deshalb habe ich in einem solchen Falle gesagt: Ich bin ganz mit dieser Bewegung einverstanden - weil ich immer versuche, die einzelnen Bewegungen in ihrer Berechtigung einzusehen, und ich möchte sie in einen gemeinsamen großen Strom leiten, weil ich eben nicht glaube, dass *ein* Mensch, oder selbst eine Gruppe von Menschen das Richtige finden kann, sondern weil ich demokratisch glaube, dass die Menschen zusammen in der Wirklichkeit, im Zusammenwirken, allein richtig organisiert, erst das Rechte finden werden.

Rudolf Steiner, Die Befreiung des Menschenwesens als Grundlage für eine soziale Neugestaltung. Altes Denken und neues soziales Wollen. Neun öffentliche Vorträge mit Fragenbeantwortungen und Diskussionsbeiträgen zwischen dem 11. März und 10. November 1919 in Basel, Bern und Winterthur. GA 329, Dornach 1985. Aussprache zum Vortrag in Basel, 2. April 1919, Seite 140.

REGIONALNETZWERK

Arbeitsgemeinschaft für Regionalwährungen - www.regiogeld.de

Der Name Regio steht für ein komplementäres Umlaufmittel, das in den einzelnen Regionen typische Namen der Region annimmt und die regionalen Kreisläufe in der Region unterstützt.

Wir brauchen REGIO ergänzend zum EURO ...

- um ungenutzte Ressourcen, Fähigkeiten und ungedeckte Nachfrage in der Region zusammenbringen,
- um die regionale Liquidität zu erhalten und zu erhöhen (Wertschöpfung & Überschüsse bleiben in der Region),
- damit die regionale Entwicklung besser vor den Unwägbarkeiten globaler Finanzspekulation geschützt ist (Ausweg aus der Globalisierungsfalle durch teilweise Entkoppelung), um die regionale kulturelle Identität zu stärken,
- um soziale, kulturelle und ökologische Projekte, die im offiziellen System Probleme mit der Finanzierung haben, zu unterstützen,
- um eine Wirtschaftskultur aufzubauen, die auf Kooperation anstatt auf Konkurrenz baut,
- damit viele andere sinnvolle Ziele und Projekte befördert werden (z.B. Europa der Regionen, regionale Vermarktung von Lebensmitteln, regionale Wirtschaftsförderung, Kulturentwicklung)
- damit die ökonomischen und gesellschaftlichen Vorteile eines anderen Geldsystems praktisch erlebt und verstanden werden.

Wer sind wir? (Selbstverständnis): Das Regionetzwerk ist ein Unterstützungskreis auf Gegenseitigkeit. Wir unterstützen uns beim Aufbau von Regionalwährungen.

Was ist unsere gemeinsame Werte-Basis? Gerechtigkeit - Demokratie - Freiheit - Selbstbestimmung - Offenheit und Transparenz - Menschlichkeit - parteipolitische und weltanschauliche Unabhängigkeit

Was wollen wir? (Vision): Die Entwicklung eines zum gesetzlichen Zahlungsmittel alternativen Zahlungsmittels, das im Gegensatz zum heutigen Geld diese Werte verkörpert und dem Wohle aller dient. Das Ziel des Wirtschaftens ist, unser aller Lebensqualität, die sozialen Beziehungen und die Entwicklungschancen zukünftiger Generationen zu verbessern.

Was sind unsere Ziele? Konkret (kurzfristig): Etablierung von mehreren funktionierenden Regio-Modellen in Deutschland. - Angestrebt (mittelfristig): Öffentliche/staatliche Anerkennung/Empfehlung/Unterstützung dieser Regio-Modelle als Vorbilder für die breite Umsetzung. - Übergeordnet (langfristig): Wandel des Geldsystems im Sinne der Regio-Werte.

Was tun wir? (Leistungen): Wir bündeln unsere Kräfte, um gemeinsam schneller voranzukommen - Wir tauschen Informationen und Erfahrungen aus - Wir entwickeln Strategien zur Anwendung und Verbreitung der Regio-Idee - Wir unterstützen einander bei rechtlichen Fragen, Problemen und Auseinandersetzungen - Wir bereiten die Regio-Idee auf und kommunizieren sie nach Außen - Wir suchen Kooperationspartner und Kontakt zu offiziellen Stellen.

Was bieten wir? (Angebote): Informationsportal - Netzwerktreffen und -Veranstaltungen - Seminare und Fortbildungen - Fachliteratur

Initiativen, die schon Erfahrungen mit Regionalwährungen gemacht haben, sind beispielsweise:

Chiemgauer Regional - Verein für Nachhaltiges Wirtschaften (www.chiemgauer-regional.de) // Kirschblüte-Regional - Verein für Nachhaltiges Wirtschaften (Region Witzenhausen, www.kirschbluete-regional.de) // Roland Regional - Verein für nachhaltiges Wirtschaften (Region Bremen, www.roland-regional.de) // STAR - Sterntaler und Talente Austausch Ring e.V (Berchtesgadener Land - www.star-mach-mit.com) // Es gibt zahlreiche weitere Initiativen, die an dem Thema arbeiten: Heller - Region Schwäbisch Hall // KannWas (Region Kiel- www.kann-was.org/kann_was.html) // Regio im Oberland (www.oberland-regional.de) und viele mehr.

Kontakt: Klaus Starke, +49 171 46 23 245, E-Mail: klaus.starke@klaus-starke.de, www.klaus-starke.de. Akteure des Netzwerks sind z.B. **Prof. Dr. Margrit Kennedy**, geb. 1939, Architektin und Geld-Fachfrau, Autorin des Bestsellers „Geld ohne Zinsen und Inflation“, Buch zusammen mit Bernard Lietaer* „Regionalwährungen - ein Weg zu nachhaltigem Wohlstand“, 2004 // **Thomas Mayer**, geb. 1965, Gesellschafter von Omnibus für Direkte Demokratie, Initiator zahlreicher Volksbegehren u. a. „Kommunaler Bürgerentscheid“ 1994 in Bayern, inhaltlicher Ansprechpartner im Regionetzwerk, Mitarbeit am Regio Handbuch, E- Mail: thomas.mayer@omnibus.org // **Christian Gelleri**, geb. 1973, Studium BWL, VWL und Wirtschaftspädagogik, Lehrer an der Waldorfschule Chiemgau, verantwortlicher Betreuer des Schülerunternehmens Chiemgauer regional, verantwortlich im Regionetzwerk für das Regio-Handbuch.

* **Bernard A. Lietaer** arbeitete fünf Jahre lang für die belgische Zentralbank, wo sein erstes Projekt die Gestaltung und Umsetzung eines europäischen Währungssystems war (ECU als Vorläufer des EURO). Er lehrte Internationale Finanzen in Belgien an der Universität von Louvain und war Generalmanager und Devisenhändler eines der größten und erfolgreichsten Hedgefonds. Heute forscht er am Center of Sustainable Resources an der University of California in Berkeley.

Margrit Kennedy, Bernhard A. Lietaer: Regionalwährungen - Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand

Riemann Verlag München 2004, 301 Seiten, Klappenbroschur, ISBN 3-570-50052-7, 18,- EUR.

Inhalt: Einleitung und Dank // I Ein Europa der Regionen // II Geld, der unverstandene Faktor // III Wozu regionale Währungen für Europa? // IV Eigenschaften und Auswahl einer Regionalwährung // V Einführungsprozess und Finanzierung // VI Interaktion und Vernetzung mit anderen Systemen // VII Japan - Ein Experimentallabor für Komplementärwährungen // VIII Regio ergänzt Euro - Die Entwicklung // Annex A: Währungs- und bankrechtliche Aspekte (Hugo Godschalk) // Annex B: Währungen - Eine Typologie // Anmerkungen, Ausgewählte Literatur, Websites, Index.

Anmerkungen

1 Einen solchen Ausgrenzungsversuch gab es jüngst innerhalb der Attac-Bewegung, wo der marxistisch orientierte Ökonomieprofessor Elmar Altvater, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac, meinte, geldtheoretische Auffassungen in der Gesell'schen Tradition lieferten „dem Vorwurf des strukturellen Antisemitismus in der globalisierungskritischen Bewegung Argumente [...] Dies vor allem deshalb, weil die Geldtheorie in gesellschaftspolitische Vorstellungen eingebettet ist, die sich paradoxerweise als anschlussfähig sowohl an antisemitisches und nationalsozialistisches Gedankengut als auch an einen extrem individualistischen Neoliberalismus erwiesen haben.“ Das Perfide an dem Argument ist nicht zuletzt, dass der Begriff des strukturellen Antisemitismus Altvater erlaubt, zugleich zuzugeben, dass Silvio Gesell mitnichten ein Antisemit war, gleichzeitig aber ihn und seine Denkschule auf raffinierte Weise in den Geruch des Antisemitismus zu bringen. - Eine Art der Diffamierung, die offenbar nach dem Motto verfährt, wer antisemitisch ist, bestimme ich, - und wer fortschrittlich ist ebenso. Hinter den fadenscheinigen Argumenten verbirgt sich nur unzureichend der Machtanspruch der eigenen Theorierichtung. (Elmar Altvater: Eine andere Welt mit welchem Geld? Über neoliberale Kritik der Globalisierungskritik, unbelehrte Ignoranz und Gesells Lehre von Freiland und Freiland (<http://www.polwiss.fu-berlin.de/people/altvater/Aktuelles/Geldgesell.pdf>) Der Beitrag ist für einen Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac geschrieben worden. Lesenswert die unaufgeregt-differenzierte und dennoch klar bestimmte Antwort des Gesell-Herausgebers Werner Onken (Für eine andere Welt mit einem anderen Geld. Sind die Geldreformer wirklich Antisemiten? Beitrag zur Attac-Sommerakademie am 1. 8. 2004 in Dresden. Nachzulesen unter <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/onken/attac2004/dresden-onken.pdf>)

2 So ist z. B. für die Metallisten, z. B. Carl Menger, der Wert des Geldes letztlich immer stofflicher Art („Metallismus-Problem“, Geld als Ware); für andere wie Georg Friedrich Knapp dagegen ist Geld ein Geschöpf der Rechtsordnung. Diese verleihe ihm sogenannte „Chartalität“. Umfassender betrachtet Friedrich Bändixen („Das Wesen des Geldes“) das Problem: Funktionale Überlegungen stehen für ihn im Vordergrund (Vermittlung zwischen Produktion und Konsumtion, Geld als Legitimationsträger für den Anspruch auf Gegenleistung, das durch eigene Vorleistungen erworbene Anrecht auf einen entsprechenden Teil der konsumierbaren Produktion).

3 Begründer der Theorie der drei Produktionsfaktoren (Boden, Kapital und Arbeit - drei selbständige Quellen des Werts, der in Gestalt von Rente, Profit und Lohn auftritt).

4 Galbraith, John Kenneth: Geld. Woher es kommt, wohin es geht. Aus dem Amerikanischen von Karl Otto von Czernicki, München/Zürich 1976 (Originalausg. Boston 1975), S. 221.

5 Das zeigte Werner Becker, allerdings in apologetischer Absicht, in seinem Buch „Zur Kritik der Marx'schen Wertlehre“, Hamburg 1972.

6 Inwieweit dies im Gegensatz zu Smith's eigener „Theorie der moralischen Gefühle“ geschieht, kann hier nicht näher untersucht werden.

7 Das gilt auch für David Ricardo, 1772-1823, dessen Auffassungen bis in den heutigen „Neoliberalismus“ mindestens genauso folgenreich wurden, der aber hier nur genannt werden kann.

8 Zu den Schwierigkeiten, in die diese Vorstellung führt, vgl. C. Strawe, Marxismus und Anthroposophie, Stuttgart 1986, besonders das Kapitel über die marxistische politische Ökonomie. (Internet: http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/Marxismus_und_Anthroposophie/Marxismus_und_Anthroposophie_1.htm)

9 Der Aufsatz heißt: „Über die Bedeutung des Goldes vor und nach unserer Revolution“.

10 Klaus Schmitt: Silvio Gesell - „Marx“ der Anarchisten?; Karin Kramer Verlag; Berlin; 1989;

11 Hans-Joachim Führer, Friedensfalken. Die Zukunft zwischen Grauen und Verheißung, Hannover Münden 1985, S. 182.

12 Margrit Kennedy: Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel, das jedem dient. München 1990, S. 40.

13 Vgl. Kennedy, S. 42ff.

14 Näheres in W. Onkens zitierter Replik auf Altvater.

15 Vgl. seine Schrift „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“ 1919.

16 Zu Keynes vgl. Jobst von Heynitz: Keynes' „Carrying-costs“- ein erster Schritt zum alternen Geld und ausreichender Finanzierung der Kultur? In: Wesen und Funktionen des Geldes.

Sozialwissenschaftliches Forum Band 3, Stuttgart 1989, S. 163-188, Zitat S. 178. (Auszugsweise ist der Beitrag auch abgedruckt in „Fragen der Freiheit“, Mai/Juni 89, H. 198.)

17 Jobst von Heynitz, a.a.O., S. 178.

18 Vgl. Erich Mühsam: Ein Wegbahner. Nachruf zum Tode Gesells 1930. Nachzulesen unter <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/schmitt/text8.htm>

19 Insofern ist die Frage, ob Steiner der Formel „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ hätte zustimmen können, eine rein semantische: Die Antwort hängt davon ab, was man jeweils unter Marktwirtschaft und unter Kapitalismus versteht.

20 Ich verweise auf das Kapitel „Steiners ökonomische Konzeption und der Marxismus“ in meinem Buch „Marxismus und Anthroposophie“, a.a.O. Es gibt noch weitere Fragen, die zu Kontroversen geführt haben, hier jedoch nicht weiter behandelt werden können, so z.B. die nach der Zinsentstehung und die nach der Deckung „des Geldes“. Im übrigen sah Gesell in werttheoretischen Überlegungen generell Hirngespinnste (vgl. Kapitel 3 der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“).

21 So Benediktus Hardorp in seiner Dissertation von 1958 „Elemente einer Neubestimmung des Geldes und ihre Bedeutung für die Finanzwirtschaft der Unternehmung“.

22 „Wenn also Geld nach fünf und zwanzig Jahren seinen Wert verliert im volkswirtschaftlichen Prozess, dann hat das Geldstück, das die Jahreszahl 1910 trägt, seinen Wert verloren im Jahre 1935. Es ist so, dass nun, wenn ich Geld bei mir trage, ich dadurch eine gewisse Eigenschaft meinem Gelde beilege, eine Art Alter lege ich meinem Gelde bei. Dieses Geld hier, von 1910, das ist älter, das wird früher sterben als das andere Geld hier, das 1915er Geld. Sie können nun sagen: Das ist ein Programm. - Nein, das ist gar kein Programm, sondern was ich Ihnen hier jetzt auseinandergesetzt habe, das ist die Wirklichkeit. So will es auch der volkswirtschaftliche Prozess. Er macht es selbst, dass das Geld alt wird. Und dass es scheinbar nicht alt wird, dass man scheinbar mit einem Geld von 1910 im Jahre 1940 noch kaufen kann, das ist nur eine Maske.“ (Rudolf Steiner, Nationalökonomischer Kurs. Aufgaben einer neuen Wirtschaftswissenschaft, Band I, Vierzehn Vorträge für Studenten der Nationalökonomie, Dornach 24.7. bis 6.8.1922. GA 340, Dornach 1979, 12. Vortrag.

23 Rudolf Steiner, Nationalökonomischer Kurs, a.a.O., 11. Vortrag.

24 Der häufig gegen Gesell eingewandte Steinersche Satz: „Als Kaufgeld hat es bis zuletzt denselben Wert“ ergibt sich an der Stelle an der er steht, als Folge der Befristung. „Diese Frage ist eine mehr technische des Verkehrs, eine Frage des Wie. Die allmähliche Abnützung des Geldes ist nicht leicht vorzustellen. Sie würde einen außerordentlich bürokratischen Apparat erforderlich machen.“ (Nationalökonomisches Seminar. Aufgaben einer neuen Wirtschaftswissenschaft, Band II. Sechs seminaristische Besprechungen mit den Teilnehmern am „Nationalökonomischen Kurs“, Dornach 31. Juli bis 5. August 1922, GA 341, Dornach 1986, S.77-83, 5.8.1922.

25 „Technisch“ ist der Vorschlag, den Udo Herrmannstorfer in dem Kapitel über die sozialorganische Bewältigung des Geldwesens in seinem Buch „Scheinmarktwirtschaft“, Stuttgart gemacht hat, ganz andersartig als der Steiner'sche von 1922, jedoch ist er aus demselben Geist heraus formuliert wie dieser. (Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft, 3. Aufl. Stuttgart 1997)

26 Das führt zu gewissen Schwierigkeiten. Manchmal scheint es bei Gesell so, als sei der Geldbesitzer per se der Zinserpresser. Faktisch kann ein Zurückbehaltungsproblem jedoch erst dann auftreten, wenn Geld über das zum Kauf des Lebensnotwendigen überschüssig ist. Ein Hungriger gibt sein Bares für Essen aus und hortet es nicht. Insofern hat, wie Udo Herrmannstorfer sehr richtig bemerkt hat, der Liquiditätsvorteil der Unverderblichkeit des Geldes seine Grenze an der physischen Verderblichkeit des Geldbesitzers. Das eigentliche Geldproblem bestehe, so Herrmannstorfer, in der Kreditsphäre.

27 Wenn man sich dies vergegenwärtigt, wird man gelegentliche eher abfällige Äußerungen Steiners über Gesell besser einordnen können, z.B. als Ausdruck der Unbefriedigung über den „Ein-Punkt-Ansatz“ der Freiwirtschaft. Dass sowohl der ganzheitliche als auch der Ein-Punkt-Ansatz sektiererisch entstellt werden kann, ist indes eine bereits bewiesene Tatsache, so dass es wohl fruchtbarer wäre, sich an der Herangehensweise zu orientieren, die in Steiners auf Seite 21 zitierter Äußerung sichtbar wird.

28 Bernard A. Lietaer: Mysterium Geld. Emotionale Bedeutung und Wirkungsweise eines Tabus. 2. Aufl. Riemann Verlag, München

Betrachtungen und Berichte

DIE DEMOKRATIE DER ZUKUNFT

Alfred Groff

Die Demokratie in ihrer heutigen Form ist noch nicht alt und doch scheint sie schon erstarrt und im Abbau. Obschon es sie noch nicht wirklich in voll entfalteter Form gab, trachtet man ihr nach dem Leben. Wirtschafts- und Geldwesen treiben da so ihr Unwesen mit ihr. Doch leben soll sie in Zukunft, aber nicht nur in leeren Floskeln wie im Munde vieler Politiker, sondern lebendig, ja lebendiger soll sie werden! Die gleichen Rechte aller Menschen beachtend soll sie die Selbstverwirklichung aller in Würde, Freiheit und Frieden ermöglichen. Jeder redet vom nötigen Wachstum, aber meist von technologischem und wirtschaftlichem Wachstum. Und doch wäre gerade soziales und geistig-kulturelles Wachstum von Nöten. Wie soll die Demokratie der Zukunft gestaltet werden, darüber müssen wir reden. Wie stelle ich mir sie vor?

Die Demokratie der Zukunft fördert die BEWUSSTSEINSENTWICKLUNG: und dies auf allen Ebenen, der individuellen, der gesellschaftlichen und der universellen. Materielle, politische und sinngebende-spirituelle Ansätze werden sich ergänzen, statt sich zu bekämpfen.

Der Mensch ist ein Ganzes als Individuum und gleichzeitig ein Teil der vernetzten und arbeitsteiligen Gesellschaft. Daher ist es für ihn notwendig und von Nutzen, sowohl für die Entfaltung seines individuellen kreativen Potentials, als auch zum Wohle des sozialen Ganzen, d.h. für die seelisch-körperlichen Bedürfnisse aller anderen Menschen zu arbeiten. Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Indem du für ihn sorgst und er für dich, bedeutet es gerechtes Geben und Nehmen. Das Bewusstsein für die eigenen Fähigkeiten, deren Erweiterung und Nutzung, sowie das Bewusstsein für das soziale Ganze und dessen Interdependenz sind erforderlich. Transparenz, Bildung und Informationszugang für alle fördern diese Anliegen.

Spiritualität oder Transpersonalität bedeutet, anzuerkennen, dass alle Menschen, die Natur und das ganze Universum eng in ihrem Schicksal und ihrer Entwicklung verbunden sind. In diesem Sinnzusammenhang sind die persönliche und gesellschaftliche Ebenen nicht zu trennen. Die Gesellschaft verändern zu wollen, aber sich selber nicht in Frage zu stellen, ist genauso nutzlos wie es nutzlos ist, es auf dem persönlichen Entwicklungsweg bis zur „Erleuchtung“ zu bringen und dabei die sozio-kulturellen Aspekte des Lebens zu vernachlässigen und den konkreten Alltag aus den Augen zu verlieren.

Die Demokratie der Zukunft ist die KUNST des GLEICHBERECHTIGTEN ZUSAMMENLEBENS. Sie kann

viele Formen annehmen, wie zum Beispiel die Form von Referenden von unten, Volksinitiativen, Planungszellen, Bürgergutachten, Innovationsbörsen, Bürgerhaushalten, Bürgerforen, runden Tischen, Mitbestimmung bei der Verwendung der Steuern ... Zur Menschenwürde gehört, dass dabei die kreativen Fähigkeiten aller Menschen anerkannt werden, d.h. dass jeder Mensch, wie Joseph Beuys sagt, ein Künstler ist. Selbstbestimmung in frei gewählten Gemeinschaften steht dabei im Mittelpunkt. Was die Menschen selbst lokal regeln wollen, muss ohne die Autorität einer höheren Staatsmacht möglich sein. Vernetzung, sowie Gespräche und Mediation bei Meinungsverschiedenheiten werden starre Machtschemen ersetzen.

Die Demokratie der Zukunft nimmt eine DEMOKRATISIERUNG des GELDES vor: Geld gehört in den Bereich der Demokratie, nicht in den Bereich der Wirtschaft, denn Geld ist keine Ware, sondern ein auf Vertrauen basierendes Rechtsabkommen zwischen Menschen. Will die Mehrheit wirklich, dass die Reichen immer reicher werden, wie es Zins und Zinseszins mit sich bringen? Nicht nur die Menschen in der dritten Welt werden durch die Schuldenlast immer ärmer werden. Nein, auch bei uns, wo die Zinsen verlangenden Investitionen in die Endpreise verrechnet werden und im Durchschnitt - wie Experten schätzen - über ein Drittel der Preise ausmachen, geschieht dies zugunsten der Kapitalinhaber und auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Dazu verlangt das heutige Geldsystem ein ständiges, ein krebsartiges Wachstum, das die Natur, unsere Lebensgrundlage, schlussendlich zerstört. Wollen die Menschen ein Geldsystem, das durch am egoistischen Nutzen orientierte Spekulationen zu 98% von der effektiven Wirtschaft abgekoppelt ist und Nachhaltigkeit zu einem leeren Schlagwort degradiert?

In der heutigen arbeitsteiligen Gesellschaft, in der nicht mehr klar feststellbar ist, wer welchen Teil eines Produktes erarbeitet hat, an dem direkt oder indirekt unzählige Menschen mitgearbeitet haben, darf es keinen direkten Zusammenhang zwischen Einkommen und Arbeit mehr geben. Auch daraus ergibt sich eine dringend erforderliche Änderung des bestehenden Geldsystems. Statt menschliche Fähigkeiten zu einer verkaufbaren Ware zu machen, zeigen Tauschringe und Regiogelder, dass es auch anders geht! (<http://www.regionetzwerk.de>) Das Geld muss in dieser Gesellschaftsordnung eine solidarisch-dienende statt eine vom eigenen Profit gesteuerte Funktion haben.

Die Demokratie im HERZEN einer DREIGLIEDRIGEN GESELLSCHAFT: Wie im menschlichen Körper verschiedene Systeme (Atmung, Blutkreislauf, Nervensystem ...) autonom und doch als Ganzes funktionieren, so können auch in der Gesellschaft autonome Bereiche mit

ihren jeweiligen „Organen“ sich gleichberechtigt und komplementär entwickeln. Die Ideale der französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ kommen erst im adäquaten Gesellschaftsbereich angewendet zu voller Entfaltung, zum Wohle möglichst aller Bürger. Die Basis dieser Überlegungen könnte in der EU die neue „Verfassung“ sein, ist es in der vorliegenden Form aber nicht. Darum wäre es besser sie abzulehnen (www.europeannocampaign.com) und zukunftssträchtige Formen an ihre Stelle zu setzen, wie z.B. der Ansatz der IG EuroVision (www.eu21.willensbekundung.net).

Zum Abschluss möchte ich zwölf Diskussionsvorschläge für die Demokratie der Zukunft vorlegen:

1. Bildungsgutscheine für frei kreative selbstverwaltete Schulen
2. Weiterbildung durch Beteiligung an Volksgesetzgebungsprozessen
3. Freier und transparenter Informationszugang
4. Diskussionsplattformen, Foren und Netzwerke im In- und Ausland
5. Bindende, keine Themen ausgrenzende Volksgesetzgebung ohne unangemessene Quoren
6. Partizipative Budgets (Teil-/Freiheit der Steuer- und Sozialabgaben)
7. Umstellung von Einkommens- zu ausgabenbezogenen Steuer- und Sozialabgaben
8. Negativsteuern und bedingungslose Grundeinkommen
9. Beschränkung des Staates auf Rechtsfragen und deren Sicherung (Verfallsdaten für Gesetze, Verordnungen gegen Bürokratie)
10. Unantastbare Menschenwürde und Menschenrechte in der Praxis
11. Tauschkreise und Regiogelder mit Umlaufsicherung gegen Spekulation und für eine nachhaltige regionale Wirtschaft
12. Solidarität statt Konkurrenz als Leitmotiv einer sozialen und ökologischen Wirtschaft

Was sind Deine Vorschläge? Lasst uns schöpferisch werden, reden und handeln. Soziales und geistig-kulturelles Wachstum, eine lebendige Demokratie und ein menschen- und naturgerechter Konsum sind doch wohl lohnenswerte Ziele?

Kontakt: Alfred Groff, www.mtk.lu/groff.htm, www.mtk.lu/dreigliederung.html

WOHIN FLIESST DER RATIONALISIERUNGSGEWINN?*

Michael Rist

Im dem Beitrag im vorangehenden Rundbrief („Wem gehört der Rationalisierungserfolg?“) wiesen wir darauf hin, dass der Rationalisierungserfolg, der ja durch den Fleiß und die Intelligenz der wirtschaftenden Menschen laufend gemeinsam erzielt wird, auch einigermaßen gerecht an die ganze Konsumentenschaft verteilt werden sollte. Dies ist nun leider (noch) nicht der Fall. Den

Unterschied zwischen Mitarbeiter- und Managerlöhnen hat Nico (2004) im Zürcher Tages-Anzeiger auf seine Weise karikiert: „Rechne mit Opel: 12'000 Mitarbeiter(innen) entlassen = 600 Mio. US \$; rechne mit Opel: 12 Manager entlassen à 50 Mio. US \$; = 600 Mio. US \$.“

Der gemeinsam erwirtschaftete Rationalisierungsertrag fließt aber nicht nur in die Taschen der Manager, sondern auch in die der Kapitalinhaber. Hat man früher erst dann eine Anschaffung gemacht, wenn man die erforderlichen Mittel angespart hatte, so ist es heute - oft nach dem Vorbild des Staates - öfters üblich, größere Anschaffungen wie Autos oder Möbel mit sogenannten Kleinkrediten zu tätigen. Um dabei dem Zinswucher zu begegnen, musste allerdings von der Rechtsinstanz der höchstzulässige Zins auf ca. 15 % limitiert werden. Margrit Kennedy (1991) zeigte auf, dass bereits 1985 auf 100 DM Direktentgelt für geleistete Arbeit in der Industrie 23 DM Zinskosten kamen. 2004 wird aus Deutschland berichtet (Creutz, H., 2004), dass die Zinslast von 1950 bis ins Jahr 2000 von 3,2 % des Bruttoinlandproduktes (BIP) auf 18,2 % des BIP angestiegen ist, während im gleichen Zeitraum die Nettolöhne und -gehälter von 37% auf 28% des BIP gefallen sind. Dieser überproportionale Anstieg der Einkommen der Kapitalinhaber infolge der Zinseinnahmen gegenüber dem Arbeitshonorar aus produktiver Wirtschaftstätigkeit beruht auf der Überentwicklung im monetären Bereich, was die Kaufkraft der Konsumenten verringert und die Nachfrageabstinentz der Konsumenten erklärt. - Die Schweizer Eidgenossenschaft hatte 2002 einen Schuldenberg von Fr. 122,3 Mrd., was zu einer Zinsbelastung von Fr. 3,75 Mrd. führte (EFD, 2003), die von den Steuerzahlern an die Kapitalinhaber abgeführt wurden. In Anbetracht dieser Schuldenlast und der zusätzlichen Verschuldung der Kantone und Gemeinden, die von den Steuerzahlern auch zu verzinsen sind, ist es verständlich, wenn nun von „Schuldenbremse“ und Abzahlung der Schulden gesprochen wird. Aber die daraus abgeleiteten Sparübungen sollten dort ansetzen, wo die überproportionalen Anteile am Rationalisierungsgewinn hingeflossen sind. Natürlich ist gegen eine Verzinsung im Rahmen der durch die Beleihung entstehenden Verwaltungskosten nichts einzuwenden. Da in der Schweiz alle durch die obligatorischen Pensionskassenbeiträge (Zwangssparmaßnahmen) zu Kapitalinhabern werden oder geworden sind, müssen wir jedoch durchschauen, dass durch eine hohe Kapitalrendite (Verzinsung) unserer Pensionskassengelder, die ja wieder an die Wirtschaft ausgeliehen werden, deren Waren und Dienstleistungen verteuert werden, die wir dann selbst wieder erwerben.

Als Fazit für die mündigen Konsumentinnen und Konsumenten ergibt sich deshalb wieder die Einsicht, dass es zur Gesundung unserer Wirtschaft eben nötig ist, nur solche Waren und Dienstleistungen zu erwerben, die ökologisch und sozial verträglich produziert werden. Was öko- und sozialverträglich ist, wird durch die Umweltverträglichkeitsprüfungen bereits mehr oder weniger deutlich festgestellt. Was sozialverträglich ist, ist dagegen weniger klar. Aber jedenfalls gehören dazu einerseits Betriebe sowie deren Produkte und Dienstleistungen, die

nicht hoch verschuldet sind und einen niedrigen Zins entrichten und deren Kaderlöhne andererseits nur etwa das 3-4fache des Mindestlohnes von Fr. 3.000,-/Monat betragen.

Wenn fast mehr Kapital zur Verfügung steht, als investiert werden kann, sind die Zinsen relativ niedrig. Es besteht deshalb zur Zeit eine gute Gelegenheit - bei entsprechender Aufklärung der Konsumentenschaft - öko- und sozialverträgliche Unternehmungen aufzubauen.

Ein schönes Beispiel dafür haben wir hier im Zürcher Oberland in der Sennerei „Bachtel“ (Sturzenegger, W., 2004), die einerseits den biologisch-dynamischen Bauern ca. 90 Rappen pro Liter Milch ausbezahlt, und andererseits erweitert werden musste, weil ihre Milchprodukte dank einer wachsenden aufgeklärten und qualitätsbewussten Konsumentenschaft zunehmenden Absatz finden.

Literatur

Creutz, H. (2004): Was hilft gegen die Arbeitslosigkeit? Das Goetheanum Nr. 35 vom 29. Aug. 2004, S. 1-4.

EFD (2003): Bundesschulden. Eidgenössische Finanzdirektion, Bern.

Kennedy, M. (1991): Geld ohne Zinsen und Inflation, S. 91. Goldman Verlag, München.

Nico (2004): Zürcher Tages Anzeiger vom 15.10.2004, S. 1

Sturzenegger, W. (2004): Spezialitäten statt große Käselaike. Zürcher Tages Anzeiger vom 25.9.2004, S. 19.

* Der Artikel ist zuerst erschienen in den Informationsblättern des Schweizerischen Verbands der Konsumentenvereine zur Förderung der biologisch-dynamischen Landwirtschaftsweise und assoziativer Wirtschaftsordnung. Kontakt über Bettina Kalambokis, Meinradstraße 1, CH - 8006 Zürich, E-Mail: b.p.kalambokis@dplanet.ch

DER AUFBAU EINER WIRTSCHAFTLICHEN ASSOZIATION IN DER HEUTIGEN ZEIT

Stefan Reeder

Falsche Preise sind die Hauptursache von Erwerbslosigkeit (Arbeitslosigkeit). Wirtschaftliche Assoziationen von Erzeugern und Verbrauchern können das Verhältnis der Preise zueinander zum Vorteil aller Wirtschaftsteilnehmer regulieren und in einen gesunden Zustand bringen. (Vgl. dazu meinen Artikel „Regulierung der Preise durch wirtschaftliche Assoziationen“ im letzten *Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus* 3/2004, S. 22. Diese Betrachtung wird hier fortgesetzt, auch im Hinblick auf die am Ende geschilderte Initiative zur Gründung einer Assoziation in Berlin).

Wie könnte nun eine solche Assoziation in der heutigen Zeit praktisch verwirklicht werden?

Diese Frage stellt sich. Eine Assoziationsbildung wird wohl kaum gelingen, wollte man jetzt etwa die Endverbraucher bestimmter Erzeugnisse in Vereinen zusammenfassen, etwa den Verein der Warmwasser-Verbraucher, um diese dann mit Herstellervereinigungen zu assoziieren. Vielmehr geht es gerade beim Aufbau einer neuen Assoziation um ein

allgemeines Verbraucherinteresse, nämlich das an guter Qualität und günstigen Preisen. Dieses Interesse gilt für alle Erzeugnisse und ist nicht nur bei den Endverbrauchern vorhanden, sondern auch bei gewerblichen Verbrauchern. Diesem allgemeinen Verbraucherinteresse steht das allgemeine Erzeugerinteresse an geringem Produktionsaufwand und hohen Preisen für die Produkte gegenüber. Nun hat jeder Erwerbstätige beide Interessen gleichzeitig: er will günstig gute Qualität einkaufen und seine Leistungen teuer verkaufen. Ausgeglichen sind diese verschiedenen Interessen, wenn Preise existieren, die jedem ermöglichen, seinen Lebensunterhalt mit Erzeugnissen in guter Qualität zu bestreiten. Wobei, was zum Lebensunterhalt nötig ist oder was gute Qualität ist, nicht einfach absolut festgelegt werden kann, sondern immer nur in Verhältnis zu dem, was insgesamt erwirtschaftet wird und was die anderen haben. Jede Gruppe zusammenarbeitender Menschen kann daher im Grunde eine Assoziation gründen, in der beide Interessen, sowohl Erzeuger als auch Verbraucherinteresse vertreten sind, und sich bestreben, Preise zu verwirklichen, die beide Interessen zum Ausgleich bringen, die also weder zu billig noch zu teuer sind.

Die Preise sind von den allgemeinen Preisen auf dem Markt abhängig. Sie können durch die Assoziation dadurch beeinflusst werden, dass sie zusätzliche Arbeitsplätze in Bereichen schafft, in denen ein hoher Bedarf herrscht, die Preise hoch sind. Dadurch werden dort die Preise gedrückt - was dem Verbraucherinteresse entspricht - und Verdienstmöglichkeiten auf der Erzeugerseite geschaffen - was dem Produzenteninteresse dient. Eine Assoziation schafft einen Ausgleich dieser beiden Interessen, indem sie Geld unabhängig von persönlichen Rendite-Interessen investiert; dadurch werden Arbeitsplätze von Bereichen mit zu niedrigen Preisen in solche mit zu hohen Preisen verlagert (vgl. dazu den letzten *Rundbrief* 3/2004, S. 24 links unten mit Verweisen auf R. Steiner).

Eine Assoziation gründen bedeutet also auch Arbeitsplätze zu schaffen. Es bedeutet zugleich, eine Organisation zu schaffen, in der Geld unabhängig vom *persönlichen Gewinn-Interesse* investiert wird. Die Schwierigkeit bei der Verwirklichung liegt darin, genügend Teilnehmer für die Idee zu gewinnen, damit auch genügend Geld zum Investieren vorhanden ist. Arbeitsplätze schaffen heißt Geld zu investieren. Es braucht genügend Menschen, die bereit sind, in die Assoziation zu investieren. Das werden naturgemäß zunächst diejenigen sein, die mit ihr verbunden sind, die auch in ihr arbeiten, aber auch Lieferanten oder Abnehmer.

Eine Assoziation gründen ist eine unternehmerische und keine politische Sache. Die Tätigkeit der anthroposophischen Banken, etwa der GLS Gemeinschaftsbank eG in Deutschland geht schon in diese Richtung. Die Tätigkeit dort basiert vor allem auf dem Schenken einzelner Mitglieder zugunsten kultureller oder ökologischer Initiativen und Unternehmungen. Eine Verpflichtung der so Beschenkten existiert in Form der guten, gemeinnützigen Sache, für die sie sich einsetzen. Will man jedoch nicht nur bei gemeinnützigen Unternehmen bleiben, sondern solidarisches Wirtschaften auf die

allgemeine Wirtschaft, auf gewöhnliche Wirtschaftsunternehmen ausdehnen, müssen an die Stelle eines gemeinnützigen Zweckes vertragliche Verpflichtungen der Wirtschaftenden untereinander treten, um eine solidarische Wirtschaftsgemeinschaft zu schaffen. Insbesondere sollen Unternehmungen und Investitionen der Gemeinschaft dienen. *Eine solidarisch wirtschaftende Assoziation aufbauen bedeutet daher, Rechtsformen zu schaffen oder Verträge zu schließen, welche die Beteiligten verpflichten, innerhalb (im rechtlichen Rahmen) der Assoziation zu investieren. Und zwar so verpflichten, dass ihr Ertrag aus der Investition von der Entwicklung der Gesamtassoziation abhängt und nicht von dem des einzelnen Unternehmens innerhalb derselben.*

Wie kann eine solche Verpflichtung sinnvoll aussehen?

Jedes Unternehmen innerhalb der Assoziation kann sich verpflichten, seine Überschüsse zu einem gewissen Teil innerhalb der Assoziation zu investieren, also in andere Unternehmen der Assoziation. Es selber kann auf diese Weise natürlich auch Gelder der Assoziation bekommen, sich über die Assoziation finanzieren. Es erhält für Gelder, die es innerhalb der Assoziation investiert, einen von der Assoziationsbank entsprechend der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung der Assoziation festgelegten Zins. Umgekehrt zahlt es Zinsen für Gelder, das es von der Assoziationsbank erhält. Im Laufe der Zeit werden die beteiligten Unternehmen zu einem immer größeren Anteil über die Assoziation finanziert.

Da die Geldgeber innerhalb der Assoziation den gleichen Ertrag erhalten werden, egal ob sie in dieses oder jenes Unternehmen innerhalb der Assoziation investieren, werden sie sich im Sinne der Gesamtassoziation entscheiden. Es kommen dadurch sowohl Produzenten- als auch Konsumenten-Interessen zur Geltung.

Jedes Mitglied der Assoziation hat ein Interesse an günstigen Preisen. Jeder Mitarbeiter in der Assoziation hat jedoch auch Interesse an einem guten Einkommen. Hat nun ein Unternehmen *im Verhältnis* zu den anderen zu hohe Preise, so werden die Menschen in diesem mehr verdienen, die in den anderen weniger. Es werden dann die anderen Assoziationsmitglieder als Geldgeber und Beteiligte Druck ausüben auf ein solches Unternehmen, die Preise zu senken oder weitere Mitarbeiter einzustellen, um je nach Bedarf die Produktion zu erhöhen oder die Leistung zu verbessern.¹ Wobei eine höhere Produktion zu günstigeren Preisen führt.²

Umgekehrt können dann von ertragsschwachen Unternehmen Mitarbeiter abgezogen werden.

Neben der Investition von Erträgen innerhalb der Assoziation kann diese auch Wertpapiere auflegen, um Investitionen innerhalb ihrer Mitglieds-Unternehmen zu finanzieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

Für unsere Assoziation in Berlin streben wir an, dass jedes Mitgliedsunternehmen nach einer gewissen Mitgliedschaftsdauer (z.B. 25 Jahre) sich vollständig über Assoziationskapital finanziert. Auch Unternehmensgründungen innerhalb der Assoziation werden möglich sein, bei denen das Gründungskapital von der Asso-

ziation stammt. Mehrheitlich mit Assoziationskapital finanzierte Unternehmen sind dann unverkäuflich.

Die Assoziation, die wir verwirklichen wollen, wird als Wertpapier zur Finanzierung ihrer Unternehmen jedoch keine unbegrenzt laufenden herkömmlichen Aktien ausgeben, sondern befristet gültige Genussscheine. Jeder Genussschein steht für einen Anteil der in der Assoziation in einer gewissen Zeitspanne erzeugten Waren - oder deren Verkaufserlös in Euro.

Die Assoziationsunternehmen werden ihre Mitarbeiter möglichst vollständig mit solchen Genussscheinen bezahlen - oder deren Gegenwert in Euro. Dieser ist umso höher, je besser sich die Erzeugnisse der Assoziationsunternehmen verkaufen. Daher werden die Mitarbeiter natürlich bestrebt sein, vorzugsweise innerhalb der Assoziationsunternehmen einzukaufen, Aufträge innerhalb der Assoziation vergeben. Sie schaffen sich so quasi ihre Arbeitsplätze selbst.

Allerdings bleibt der Wettbewerb mit außenstehenden Unternehmen dennoch erhalten. Denn wenn ein größerer Preisunterschied besteht, lohnt es sich für Mitarbeiter, auch solche Waren extern zu kaufen, die in der Assoziation hergestellt werden, und einen geringeren Wert der eigenen Genussscheine in Kauf zu nehmen. Bei gleichen Preisen werden die Mitarbeiter jedoch nicht einfach nur die bekannteste Marke kaufen, sondern die Produkte der Assoziation berücksichtigen, auch wenn sie von kleineren Anbietern stammen. Gerade kleinere Unternehmen, die sich die hohen Werbekosten bekannter Marken und Konzerne nicht leisten können, haben so durch die Assoziation eine Chance. Daher lohnt sich für sie auch das Mitmachen.

Die Bezahlung nach dem Wert der Genussscheine bedeutet variable Einkommen der Mitarbeiter je nach wirtschaftlicher Lage. Für die Mitarbeiter ist diese Form eines variablen Einkommens kein Nachteil, sondern ein Vorteil. So sind ihre Arbeitsplätze wesentlich sicherer. Bei einer Flaute der Nachfrage sinken ihre Einkommen, anstatt dass ein Teil der Beschäftigten entlassen werden muss, damit der Ertrag noch für die gleichbleibend hohen Einkommen der restlichen reicht. Und bei steigenden Gewinnen steigen die Einkommen ohne auf Lohn-erhöhungen zu warten. Die Einkommenserwartung ist längerfristig insgesamt höher. Die so genannte Risiko-prämie, die bisher die Geldgeber kassierten, kommt nun weitgehend den Mitarbeitern zugute.

Einrichtungen im Sinne des sozialen Hauptgesetzes

Eine solche wirtschaftliche Assoziation ist auch eine Einrichtung im Sinne des „sozialen Hauptgesetzes“, über das Rudolf Steiner in seinen Aufsätzen „Geisteswissenschaft und soziale Frage“ gesprochen hat. Sie erschwert es nämlich dem einzelnen, die Erträgnisse seiner Arbeit für sich zu beanspruchen, sorgt dafür, dass diese der Gesamtassoziation zugute kommen. Denn sind in einem Unternehmen die Einkommen zu hoch, so entsteht durch die Assoziation der Druck, diese mit anderen zu teilen, weitere Mitarbeiter einzustellen. Eine wirtschaftliche Assoziation wird durch ihre Vorteile ein Vorbild für weitere sein. Ist schließ-

lich die Wirtschaft weitgehend assoziativ organisiert, kommen die Früchte der Arbeit des einzelnen weitgehend den anderen zugute. Einzelne können dann weit weniger als heute aus dem Ergebnis ihrer Arbeit persönlichen Vorteile für sich erzielen. Es wird nicht mehr möglich sein, dass sich Vorstände selbst bedienen und Millionengehälter genehmigen, oder Unternehmer mit dem Verkauf ihres Unternehmens an der Börse Milliarden machen.

Es ist wesentlich, die Realisierung solcher Einrichtungen im Sinne des sozialen Hauptgesetzes im Großen zu versuchen. Eine nur betriebliche Lösung etwa in der Art: „Bei uns bekommt jeder sein Einkommen nur nach seinen Bedürfnissen“ führt leicht dazu, dass derjenige, der die höchsten Bedürfnisse geltend macht, am meisten verdient. Er erzielt so aus egoistisch motivierten Handlungen (möglichst hohe Bedürfnisse geltend zu machen) persönlichen Gewinn, so dass die eigentliche Zielsetzung einer solchen Einrichtung ins Gegenteil verkehrt wird. Und je größer das Ganze wird, umso weniger funktioniert es.

Im Gegensatz dazu ist eine Assoziation eine Lösung im Großen. Dies selbst dann, wenn sie am Anfang noch klein ist. Denn sie ist vom Aufbau her schon auf das Ganze angelegt, und je mehr sich beteiligen, um so mehr wird das gemeinsame Ziel eines Ausgleiches der Preise zueinander erreicht - was nichts anderes besagt, als dass der einzelne nicht die Früchte seiner Arbeit für sich beanspruchen kann. Solange noch wenige beteiligt sind, ist dieser Effekt zwar nur minimal - aber er ist dennoch schon im Keim vorhanden.

Gründung einer Assoziation in Berlin

Wir wollen in Berlin eine solche Assoziation gegenseitig verpflichteter Unternehmen aufbauen. Schon im Jahr 2005 wird sie beginnen. Wir starten mit einem neu gegründeten Unternehmen, der Silnova Wood GmbH. Ein zweites Unternehmen wird noch 2005 folgen. Weitere sind herzlich eingeladen, sich zu assoziieren und beim Aufbau mitzuwirken. Eine solche Assoziierung erfolgt für hinzukommende bestehende Unternehmen schrittweise und daher risikolos: erst einmal nur eine Beteiligung von einem Prozent, die dann jedes Jahr wächst. Entspricht die Zusammenarbeit nicht den Erwartungen, ist so auch ein Ausstieg möglich. Erst wenn die Beteiligung der Assoziation 50 % erreicht, gehört ein Unternehmen dauerhaft zur Assoziation. Die Beteiligungen werden über eine gemeinsame Beteiligungsgesellschaft verwaltet werden.

Weitere Informationen über das Projekt bei Stefan Reeder, Telefon: 0178-8733 337, E-Mail: stefan.reeder@gmx.de

Anmerkungen

1 Dieser Interessenausgleich tritt ein, wenn die Assoziation groß genug ist und so interne, also assoziative Wirtschaftsbeziehungen der teilnehmenden Unternehmen untereinander einen bedeutenden Teil der Wirtschaftsleistung ausmachen. Das heißt das, was ein Assoziations-Unternehmen produziert, wird von anderen Assoziations-Unternehmen oder deren Mitarbeitern weiterverarbeitet oder konsumiert.

2 Die Forderung nach einer höheren Produktion werden andere Assoziationsteilnehmer dann stellen, wenn ein Erzeuger mit Marktmacht durch knappe Produktion den Preis für seine Ware künstlich hoch hält.

OFFENBURGER ERKLÄRUNG

der Eltern, der Schüler/innen und der Lehrerschaft im Bund der Freien Waldorfschulen vom 25. September 2004

Eingedenk der Offenburger Erklärung der Freiheitsrechte vom 12. September 1847, einer Vorläuferin der Paulskirchenverfassung und unseres Grundgesetzes, die bereits das Schulwesen einbezieht, bringen die Eltern, Schüler und Lehrer der deutschen Freien Waldorf- u. Rudolf Steiner Schulen folgende Forderungen in die gegenwärtige Bildungsdebatte ein:

- *Schulen in freier Trägerschaft* sind gemäß Art. 7, Absatz 4 des Grundgesetzes als ein verfassungsrechtlicher *Normalfall* im öffentlichen Bildungswesen anzuerkennen und entsprechend von der Politik und den Verwaltungen zu berücksichtigen.

- *Schulen in freier Trägerschaft sind Ausdruck einer vitalen Demokratie* indem sie der Vielfalt der Auffassungen und Wertvorstellung sowie dem Elternrecht entsprechen. Dem Verfassungsgebot der Vielfalt im Bildungswesen, wie es sich aus Art. 7, Abs. 4 in Verbindung mit Art. 2, 3 und 5 GG ergibt, müssen demnach alle weiteren Regelungen des Staates untergeordnet werden. Dazu gehört insbesondere:

- *Gleichwertigkeit statt Gleichartigkeit* hat das Kriterium für alle Beurteilungen der Lehrziele, der Methoden und Ergebnisse zu sein. Für Leistungsfeststellungen aller Art muss gelten: Geprüft wird, was gelehrt wurde. Alle anderen Vorgehensweisen verstoßen gegen das verfassungsrechtlich geschützte eigenständige Konzept der Schule.

- Die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft muss der Finanzierung der staatlich getragenen Schulen in vollem Umfang entsprechen. Die praktizierten Zuschussregelungen verstoßen gegen das soziale Sonderungsverbot nach Art. 7, Abs. 4, Satz 3 GG, indem sie für Eltern und Schüler/innen die freie Zugänglichkeit einschränken. Die Forderung des Staates nach einem gleichwertigen schulischen Angebot - bei gleichzeitiger unzureichender Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft - stellt eine Diskriminierung dar. Ein System des Bildungsgutscheins für alle Bildungseinrichtungen entspricht dem *Elternrecht* und dem *fairen Wettbewerb der Bildungseinrichtungen* am ehesten.

- Die Reduzierung der Bildungsdebatte auf parteipolitische Positionen und ökonomische Aspekte des „Standorts Deutschland“ lehnen Eltern und Lehrkräfte der Freien Waldorfschulen ab. Gebraucht werden pädagogische Leitideen, Mut und die Entschlusskraft, mit praktischen Visionen und nicht nur reagierend an die Erneuerung unseres Schulwesens heranzugehen.

Offenburg am 25. September 2004. Der Sprecherkreis des Elternrates im Bund der Freien Waldorfschulen e.V., Der Vorstand des Bundes der Freien Waldorfschulen e.V., Der Sprecherkreis der Waldorfschülervertretung. Quelle: <http://www.waldorfschule.info/index.26.139.1.html>. Die Offenburger Veranstaltung, bei der die Erklärung angenommen wurde, leitete eine bundesweite Waldorf-Aktionswoche ein.

GRUNDEINKOMMEN STATT HARTZ IV

Das Netzwerk Grundeinkommen hat seine Arbeit aufgenommen und der Unternehmer Götz W. Werner plädiert für das Konzept und gegen Hartz IV

Wie bereits im letzten Rundbrief berichtet, wurde im Juli 2004 von Wissenschaftlern, Studierenden, Mitgliedern der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen, kirchlicher Verbände und verschiedener Parteien sowie weiteren Bürgern ein deutsches Netzwerk Grundeinkommen gegründet. Es befürwortet ein bedingungsloses, garantiertes Grundeinkommen als grundlegende Alternative zur gegenwärtigen Politik einer forcierten Druckausübung auf Arbeitslose trotz des Mangels an Arbeitsplätzen, für welche die sogenannten Hartz-IV-Gesetze zum Inbegriff geworden sind. Es versteht sich als überparteilicher Anwalt der Grundeinkommensidee und hat sich zum Ziel gesetzt, die Debatte über sie in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zu fördern. Das geschieht im Moment vor allem über eine publizistische Offensive.¹ Auch fand vom 11.-12.12.2004 in Berlin ein zweites Netzwerktreffen statt, über dessen Ergebnisse bei Redaktionsschluss allerdings noch nichts vorlag.

Auf dem Gründungstreffen wurden vier Bedingungen formuliert, die das Grundeinkommen erfüllen soll. Es soll existenzsichernd sein im Sinne der Sicherung einer grundlegenden gesellschaftlichen Teilhabe, einen individuellen Rechtsanspruch darstellen, ohne Bedürftigkeitsprüfung ausbezahlt werden und keinen Zwang zur Arbeit bedeuten. Auf ein bestimmtes Finanzierungsmodell hat sich das Netzwerk nicht festgelegt. Es hat sich auf internationaler Ebene mit dem im Jahr 1986 gegründeten Basic Income Earth Network (BIEN) vernetzt und wurde von diesem als deutsches Grundeinkommensnetzwerk im Sinne seines Mission Statement offiziell anerkannt.

Bemerkenswert, dass Götz W. Werner, Leiter der dm drogeriemarkt GmbH, sich in einem Interview mit der Zeitschrift „a tempo“ engagiert gegen Hartz IV und für ein Grundeinkommen als Alternative ausgesprochen hat.² Dort liest man unter anderem:

„Stichwort Hartz IV - geht diese Reform in eine solche Richtung? - Werner: Ich denke nicht. Es muss ein Paradigmenwechsel stattfinden und wirklich umgedacht werden. Hartz IV versucht in den Bahnen des bestehenden Paradigmas die Probleme zu lindern. Das ist eine symptomatische Behandlung, aber keine ursächliche. Was kommen muss, ist eine andere Art von Besteuerung; wir dürfen nicht unsere Einkommen besteuern, sondern den Konsum. Der ist ja ein Ausdruck unserer Leistungsfähigkeit. *Wir müssen den Menschen ein Grundeinkommen, ein Bürgereinkommen geben, so dass die Menschen eigentlich nicht mehr darauf angewiesen sind, arbeiten zu müssen, sondern dann arbeiten können mit dem, was sie als sinnvoll erachten. Wir praktizieren das bereits in manchen Bereichen, die Rentner zum Beispiel beziehen im Grunde Arbeitsloseneinkommen. Darüber wird schon lange nachgedacht, aber*

es braucht seine Zeit. Doch Entwicklung ist ja diskontinuierlich, es kann plötzlich sehr schnell gehen. Der Mensch lernt durch Einsicht oder Katastrophen, und Einsichten und Katastrophen kommen auch plötzlich.

Da sagt natürlich der Staat, das ist nicht mehr zu finanzieren. Woraus müssten diese Grundeinkommen finanziert werden? - Das Problem ist, dass man die Frage primär durch den 'Geldschleier' sieht. Aber das verfügbare Geld orientiert sich an dem, was produziert wird. Als Rentner hätte ich keine Sorgen um mein Leben in der Zukunft, weil dermaßen viele Güter und Dienstleistungen da sind. Es ist nur die Frage: Wie habe ich Zugang dazu? Die Menschen leben von Gütern und Dienstleistungen, nicht von Geld.

Das ist der Denkfehler, der fatale Folgen hat. Man denkt, man lebt von seiner Rente; man meint, man lebt von seinem Einkommen. Aber ich habe noch keinen gesehen, der nicht, um leben zu können, die Leistung anderer bräuchte.“

Dass die Diskussion über das Grundeinkommen bzw. seine Ausgestaltung unter Gesichtspunkten der sozialen Dreigliederung weitergehen muss, machen Einwände gegenüber dem Grundeinkommenskonzept deutlich, die jüngst von Sylvain Coiplet (Die Drei 10/2004, auch unter <http://www.dreigliederung.de/essays/2004-10-001.html>) geäußert wurden. Der Klärung solcher Fragen dient auch das Gespräch, das C. Strawe mit Prof. Michael Opielka, Mitbegründer des Netzwerks Grundeinkommen, im Februar im Forum 3 in Stuttgart führen wird (vgl. Veranstaltungsankündigung S. 44).

Anmerkungen

1 Vgl. z.B. das Interview der Neuen Züricher Zeitung vom 20.11.04 mit Michael Opielka, www.nzz.ch/2004/11/20/fw/page-articleA082G.html

2 Immer am Säen. Konzepte für Deutschland XII. Götz W. Werner im Gespräch mit Frank Berger und Jean-Claude Lin, in: a tempo 12/2004, auch unter www.iep.uni-karlsruhe.de/download/a_tempo_Dezember_2004.pdf

MEHR ALS 20.000 BEIM EUROPÄISCHEN SOZIALFORUM 2004 IN LONDON

Mehr als 20.000 Menschen von fast 70 Ländern waren vom 17. bis zum 15. Oktober 2004 auf dem Europäischen Sozialforum in London anwesend. In über 500 Veranstaltungen und Diskussionen wurde über Wege zur Realisierung von Alternativen zum Bestehenden debattiert. Integraler Bestandteil der Forums war ein Kulturprogramm mit über 100 Filmen, Musik, Drama, Dichtung und Ausstellungen. Das Forum endete mit internationaler Demonstration von 70.000 Menschen durch das Zentrum von London und einer Protestkundgebung am Trafalgar Square mit einem Aufruf zur Beendigung der Kriege, des Rassismus und des Neoliberalismus und für ein Europa des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Das nächste Europäische Sozialforum soll im März 2006 in Athen stattfinden. Das nächste Weltsozialforum ist Ende Januar 2005 in Porto Alegre.

Die Versammlung der Sozialen Bewegungen, die während des ESF zusammengetreten ist, hat zu Aktionen in ganz Europa und zu einer zentralen Demonstration am 19. März 2005 in Brüssel aufgerufen.

Weitere Informationen: <http://www.fse-esf.org/de/>

WIE WEITER NACH DER UNTERZEICHNUNG DER EU-VERFASSUNG?

Christoph Strawe

Am 29. Oktober haben die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten in Rom den Entwurf der Verfassung der Europäischen Union feierlich unterzeichnet. Nun haben die Parlamente das Wort - und in einer ganzen Reihe von Ländern wird die Bevölkerung selbst abstimmen. Da die Verfassung auf Konsens angelegt ist, müssen ihre Befürworter ein Nein in einem oder gar mehreren Ländern fürchten und deshalb zu verhindern suchen.

Darüber, ob die Unterzeichnung ein Grund zum Feiern ist, gibt es bekanntlich diametral entgegengesetzte Auffassungen. Aus der Zivilgesellschaft werden gegen den Text gewichtige Argumente ins Feld geführt:

Die ohnehin schon mächtige EU werde durch die Verfassung noch mächtiger, die nationalen Parlamente zu Umsetzungsinstanzen für EU-Direktiven herabgesetzt. Auch würden dem EU-Parlament nach wie vor grundlegende Rechte vorenthalten. Besonders bedenklich sei, dass die Mitgliedstaaten zu kontinuierlicher Aufrüstung verpflichtet und die Selbstermächtigung zu weltweiten Kampfeinsätzen ermöglicht werde. Gerade aus der Friedensbewegung heraus gibt es daher engagierten Widerstand gegen das Projekt in seiner jetzigen Form.

Zahlreiche Formulierungen im Text verleihen, so ein weiteres Kernargument, einer neoliberal orientierten Wirtschaftsordnung geradezu Verfassungsrang. Eine Sozialbindung des Wirtschaft und des Eigentums werde vernachlässigt. Die EU werde mit dieser Verfassung noch stärker auf die Politik der Welthandelsorganisation WTO eingeschworen; damit würden Sozialabbau und Kommerzialisierung öffentlicher Güter beschleunigt.

Wohin die Reise gehen solle, zeige sich - auch unabhängig von der Verfassung - erschreckend deutlich in der geplanten Richtlinie zu Dienstleistungen im Binnenmarkt - nach dem amtierenden EU-Binnenmarkt-Kommissar „Bolkestein-Richtlinie“ genannt (vgl. S. 34). Besonders einschneidend ist das darin enthaltene sogenannte Herkunftslandprinzip. Es bedeutet, dass Dienstleistungsunternehmen in fast aller Branchen in weiten Bereichen ausschließlich den gesetzlichen Vorschriften ihres Herkunftslandes unterworfen werden dürfen. Natürlich käme es zu Unternehmensverlagerungen in die Länder mit dem niedrigsten Niveau, was Sozial-, Umweltrecht usw. angeht. Die Verfassung stärke solche Tendenzen zusätzlich.

Und last not least: individuelle Grundrechte würden nicht gestärkt, sondern geschwächt, wenn die Verfassung so in Kraft trete. (In der konsolidierten Fassung

des Textes, mit neuer Nummerierung der Artikel, ist das vorangestellte Thukydides-Zitat zwar verschwunden, welches das Mehrheitsprinzip zum Kern der Demokratie erklärt. Nicht verschwunden ist jedoch die Tendenz, Demokratie auf Mehrheitsbildung zu reduzieren und damit ihren menschenrechtlichen Kern zu verfehlen.)

Pro-Europäisches Nein zur Verfassung ... EU-weite Demonstration am 19. März in Brüssel

Die Allianz derer, die für ein Nein zur vorliegenden Verfassung plädieren, ist dabei, sich zu verbreitern. Das mag auch damit zusammenhängen, dass viele ursprüngliche Befürworter des Verfassungsprojekts im vorliegenden Resultat wesentliche Forderungen der „Erklärung von Laeken“, die an seinem Anfang stand, nicht mehr wiederzuerkennen vermögen. Sie sind deshalb explizit der Meinung, dass ein Europa und eine EU, die an den Grundwerten von Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit orientiert sind, gerade durch ein Nein zu dieser Verfassung erst eine neue Chance bekommen würde.

Am Tage der Unterzeichnung wurde der Aufruf einer breit angelegten „European No Campaign“ veröffentlicht (siehe S. 31). Zu den Erstunterzeichnern gehören Menschen aus der Zivilgesellschaft ebenso wie Politiker, und unter letzteren sowohl Grüne als auch Sozialisten und Konervative! Erstunterzeichner in Deutschland waren Margrit Kennedy, Jens Löwe, Thomas Mayer, Maria Mies, Christoph Strawe und Roland Vaubel.

Für den 19. März haben verschiedene Organisationen zu einer EU-weiten Demonstration in Brüssel aufgerufen, die das Nein zur Verfassung und einer neoliberalen Entwicklung in Europa unüberhörbar artikulieren soll. Das Netzwerk Attac Deutschland hat auf einem „Ratschlag“ in Hamburg Ende Oktober die Auseinandersetzung mit der EU-Verfassung und der EU-Politik generell zum Schwerpunkt der Aktivitäten gemacht. (Nähere Informationen, darunter auch ein Aufruf „Nein zu diesem EU-Verfassungsvertrag“ mit der Möglichkeit, online zu unterschreiben, findet man auf www.attac.de)

Referendum auch in Deutschland?

Angesichts der durch Meinungsumfragen belegten Zustimmung einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung zu der Forderung nach Bürgerentscheiden generell und nach einem Referendum über die Europäische Verfassung im Besonderen hat die deutsche Regierung nach langem Sträuben ihre Absicht erklärt, auch in der Bundesrepublik Deutschland die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Merkwürdig allerdings: man schnürte dafür ein Paket, das die Gesetzesinitiative der Koalition zum Bürgerentscheid aus der letzten Legislaturperiode enthält und außerdem eine Regelung, die es bei internationalen Verträgen dem Parlament anheim stellt, über diese ein Referendum anzusetzen. Authentischer Bürgerentscheid sähe anders aus: die Bürger selbst müssten die Möglichkeit haben, ihn in Gang zu setzen. Ganz abgesehen von den sonstigen Ausgestaltungsfragen, z.B. nach den gleichgewichtigen Darstellungsmöglichkeit in den Medien für Gegner und Befürworter eines Bürgerbehrens.

Joschka Fischer hatte sich zuvor vehement gegen ein Referendum ausgesprochen: „Bei einer Sitzung des Bundestags-Europa-Ausschusses sagte der Außenminister, dass er ‚angesichts der historischen Bedeutung‘ des Grundlagenvertrags anderer Ansicht sei als die große Mehrheit seiner grünen Partei.¹ So wird denn spekuliert, dass die Bundesregierung selbst nicht mit der nötigen Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament rechne und es sich insofern nur um ein listiges Manöver handle, mit dem man bei den Wählern Punkte sammeln will.

Demgegenüber versucht die Demokratiebewegung der Regierung Dampf zu machen. „Mehr Demokratie e.V.“ fordert die Durchsetzung des Referendums, vermeidet aber jede inhaltliche Positionierung gegenüber der EU-Verfassung, um der Breite der Bewegung für die Referendumsforderung keinen Abbruch zu tun. (Siehe Presseerklärung von Mehr Demokratie e.V. in der Dokumentation.)

Die European-No-Campaign, die aus der gesamt-europäischen Bewegung für Referenden über die EU-Verfassung hervorgegangen ist, muss daher notwendig jetzt eigene Wege einschlagen.

Verfassungsprozess von unten ohne Nein zum vorliegenden Vertrag?

Mit der Durchsetzung eines Referendums auch in Deutschland bzw. der Ablehnung der Verfassung bei Referenden in einem oder mehreren europäischen Ländern ist noch nicht die Frage nach Inhalten und demokratischer Form des Zustandekommens einer freiheitlichen, demokratischen und sozialen europäischen Verfassung beantwortet.

Über Initiativen, die gerade nach Antworten in dieser Richtung suchen, wurde im Rundbrief Dreigliederung wiederholt berichtet. Inzwischen hat im Internationalen Kulturzentrum Achberg am 19. - 21. Oktober die Gründungsversammlung eines „BürgerKonvents für Europa - Entscheidung 2009“ (BKE) stattgefunden. Die Gründungserklärung dokumentieren wir ebenfalls nachstehend. Die Gründungserklärung greift das Motiv eines europäischen Verfassungsprozesses von unten wieder auf, das in dem Aufruf EU 21 vom Oktober 2000 enthalten ist. Er wurde bei einer Tagung der Inter Citizens Conferences (ICC), einem Netzwerk von 35 Gruppierungen der europäischen Zivilgesellschaft verabschiedet und seinerzeit auch von der Initiative Netzwerk Dreigliederung unterstützt. Wie schwierig ein solcher Prozess der Verfassungsentwicklung von unten im Detail sein würde, zeigte sich damals allerdings u.a. daran, dass trotz intensiver Bemühungen zwischen der IG Eurovision und der Initiative Netzwerk Dreigliederung die Verständigung auf einen gemeinsamen Vorschlag zu den Grundrechten in Europa nicht gelang.

Seit EU 21 ist die Osterweiterung der EU erfolgt und die EU-Verfassung wurde von den Regierungen unterzeichnet. Die meisten zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich mit der Verfassung beschäftigen, legen derzeit den Schwerpunkt auf die Verhinderung der Ratifizierung des vorliegenden Verfassungsvertrages. Zugleich gibt es ein wachsendes Bewusstsein dafür, dass ein Nein

zuwenig ist, dass gleichzeitig an zivilgesellschaftlichen Alternativen gearbeitet werden muss.

Beides bedingt einander: Wenn der jetzt vorliegende Verfassungsentwurf erst einmal in Kraft gesetzt ist, wird jede Bemühung, einen neuen Verfassungsprozess von unten in Gang zu bringen, auf Jahrzehnte hinaus höchstens symbolische Bedeutung haben können, so eine verbreitete und gut begründbare Ansicht. Die Initiatoren des „Bürgerkonvents“ scheinen das anders zu sehen, ohne dass dazu in der Erklärung weiter argumentiert würde. Sie wollen sich auch nicht auf ein Nein zum vorliegenden Verfassungsvertrag festlegen, den sie für eine „kurze Übergangszeit“ sogar als eine „brauchbare Grundlage“ annehmen würden.

Breiter zivilgesellschaftlicher Dialog nötig

Der Bürgerkonvent nennt sich „das zivilgesellschaftliche Organ zur Erarbeitung einer zeitgemäßen Verfassung für die EU“. Gewiss wäre ein solches Organ nötig, wenn es gelingen soll, eine zeitgemäße Verfassung für die EU zu erarbeiten. Aber wirkliche Organe entstehen aus Lebensprozessen, die sich in ihnen fassen, also in unserem Fall aus dem Leben, den Dialogen, den Zusammenarbeitsverhältnissen in der europäischen Zivilgesellschaft heraus. Eine solche Organbildung können wir im Moment versuchen vorzubereiten, und jede Initiative, die sich an dieser Vorbereitung beteiligt ist wichtig. Wenn aber etwas wirklich Durchgreifendes geschehen soll, dann werden diese Initiativen den Kontakt untereinander suchen müssen und nicht allein auf das Echo auf ihre eigenen Aufrufe bauen dürfen.

Nachtrag: Nach Fertigstellung dieses Artikels, am 15.12., erschien in der Stuttgarter Zeitung auf Seite 1 eine Meldung, nach der die Koalition den Entwurf zu den Plebisziten auf Eis gelegt habe. Die Begründung von SPD-Fraktionschef Müntefering: fehlende Zweidrittelmehrheit angesichts von Widerständen in der CDU, die Ratifizierung der EU-Verfassung dürfe nicht durch ein langwieriges parlamentarisches Verfahren zur Ermöglichung eines Referendums verzögert werden!

¹ Siehe taz Nr. 7112 vom 24.7.2003, Seite 2.

DOKUMENTATION ZUR AUSEINANDERSETZUNG ÜBER EU UND EU-VERFASSUNG

Ja zu Europa, Nein zu dieser Verfassung: Die European No Campaign

Die *European No Campaign* (ENC) ist ein unabhängiges und überparteiliches Netzwerk von Parteien, NGOs und Einzelpersonen. Wir bringen die politischen Kräfte zusammen, welche für eine grundlegende Reform der EU und für ein Nein zur EU-Verfassung eintreten. - Die ENC wird die Kräfte gegen die EU-Verfassung koordinieren. Sie hat ein einfaches Ziel: Den Anteil der Neinstimmen in jedem Referendum zu erhöhen. Nach dem

letzten Referendum über die Verfassung wird die Kampagne beendet.

Die Unterstützer der ENC repräsentieren verschiedene Ansichten, wie die Zukunft in Europa gestaltet werden sollte. Die ENC wird sich nicht an dieser Reformdebatte beteiligen. Sie will lediglich die vorgeschlagene Verfassung verhindern. Was anschließend passiert, sollen Europa's Bürger und Politiker entscheiden.

Die Unterstützer der Kampagne sprechen sich nicht gegen eine EU-Mitgliedschaft ihres Landes aus. Aber wir glauben, dass diese Verfassung völlig darin versagt, den mit der *Erklärung von Laeken* verbundenen Erwartungen zu entsprechen.

Wir sind vereint in dem Glauben, dass die EU zur Zeit nicht arbeitsfähig ist. Die vorgeschlagene Verfassung wird diese Situation nicht verbessern. Nur eine breite, ergebnisoffene Debatte über Europa kann die EU in die Herzen der Bürger bringen. Und dies ist die Voraussetzung, um die Herausforderungen von morgen zu meistern.

Ein „Nein“ zur Verfassung ermöglicht eine Debatte und wird die Aufmerksamkeit auf ihre demokratische Legitimität lenken. Die Alternative zu dieser Debatte: die derzeitigen Probleme der EU werden in einer Verfassung festgeschrieben ... eine Reform wird in der Zukunft nicht mehr möglich sein.

Weitere Infos: www.europeannocampaign.com

Mehr Demokratie begrüßt Volksabstimmungsgesetz

Kritik an Referendum - Opposition soll in Wettbewerb für mehr direkte Demokratie eintreten

Pressemitteilung vom 25. Oktober 2004

Der Koalitionsausschuss von SPD und Grünen hat am heutigen Montag einen gemeinsamen Gesetzentwurf für bundesweite Volksentscheide beschlossen. Die Bürgeraktion *Mehr Demokratie* begrüßt die Einigung, sieht bei den konkret vorgeschlagenen Regelungen aber noch Verbesserungsbedarf. Das betreffe insbesondere vom Parlament auszulösende Referenden, sagte Vorstandssprecherin Claudine Nierth. Sie rief die Opposition auf, mit der Regierung in einen Wettbewerb für mehr Bürgerbeteiligung einzutreten.

„Rot-Grün hat ein erstes konkretes Angebot vorgelegt“, sagte Nierth. „Jetzt muss das Parlament einen Kompromiss finden, der dem Wunsch der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung nach mehr politischer Mitsprache Rechnung trägt.“

Die Opposition im Bundestag forderte sie auf, Gesprächsangebote der Koalition anzunehmen: „Wer zumindest in der einen oder anderen Frage offen ist für die Idee der Volksabstimmung, sollte sich jetzt in die Debatte einbringen. Dann gäbe es einen Wettbewerb um die besten Vorschläge für mehr direkte Demokratie im Bund. Gewinnen würden am Ende alle - das Vertrauen der Bürger.“ In den Sommermonaten hatten besonders FDP und CSU, aber auch namhafte CDU-Po-

litiker ein Referendum zur Europäischen Verfassung gefordert. „Wer aber Gespräche von vornherein ablehnt, versetzt den Wählern einen Schlag vor den Kopf“, ergänzte Nierth mit Blick auf die CDU-Fraktion, deren rechtspolitischer Sprecher Norbert Röttgen in der vergangenen Woche ein rot-grünes Verhandlungsangebot ausgeschlagen hatte. - Beim jetzt von Rot-Grün vorgelegten Gesetzentwurf, der in wesentlichen Teilen identisch ist mit einem Vorschlag aus der vergangenen Legislaturperiode, sieht *Mehr Demokratie* noch Verbesserungsbedarf. Eine ausführliche Stellungnahme werde die Bürgeraktion vorlegen, wenn der Gesetzentwurf formal ins Parlament eingebracht werde, kündigte Nierth an.

„Dass das Gesetz zum Beispiel auch ein Votum zur Europäischen Verfassung erlaubt ist vernünftig - die dafür vorgeschlagene Regelung eines ‚Referendums von oben‘ eher nicht“, kommentierte Nierth die zentrale Neuerung des Entwurfs. Danach soll der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit beschließen können, völkerrechtliche Verträge, die zu einer Übertragung von Hoheitsrechten führen, dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. *Mehr Demokratie* fordert in solchen Fällen ein obligatorisches Referendum: „Über die Abgabe von Souveränität sollte doch eigentlich immer der Souverän selbst entscheiden.“

Die Regelungen für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide bewertete die *Mehr Demokratie*-Sprecherin positiver: „In einigen Punkten - etwa in der ausdrücklichen Zulassung finanzwirksamer Volksinitiativen - ist der Entwurf erfreulich bürgernah. Allerdings sind, das zeigen Erfahrungen aus den Bundesländern, auch hier die Quoren zu hoch.“

Angst vor dem eigenen Erfolg? SPD-Spitze soll Weg für Volksabstimmungsgesetz freimachen - Pressemitteilung vom 7. Dezember 2004

Die Bürgeraktion *Mehr Demokratie* unterstützt Forderungen aus der SPD-Fraktion, einen bereits vorliegenden Gesetzentwurf für bundesweite Volksentscheide schnellstmöglich ins Parlament einzubringen. Wie das Handelsblatt in seiner heutigen Ausgabe berichtet, drängen große Teile der Fraktion deren Chef Franz Müntefering, eine Debatte im Bundestag nicht weiter zu verschleppen. Müntefering hatte davon Abstand genommen, nachdem die Union „Sondergespräche“ zum Thema Anfang November angelehnt hatte.

„In der SPD-Spitze hat man offenbar Angst vor dem eigenen Erfolg“, glaubt *Mehr Demokratie*-Sprecher Gerald Häfner. „Einen besseren Zeitpunkt, den Gesetzentwurf einzubringen, wird es in absehbarer Zeit nicht geben. Schon jetzt unterstützt eine deutliche Mehrheit im Bundestag das Vorhaben.“

Der rot-grüne Gesetzentwurf sieht die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden sowie - zu bestimmten Fragen wie der EU-Verfassung - auch „von oben“ ausgelöste Referenden vor. Zustimmung findet das Gesamtpaket bei FDP und PDS. Die CSU hat wiederholt eine Abstimmung über die EU-Verfassung gefordert, bei der Schwesterpartei CDU gibt es zumindest Sympathien dafür.

Die Beratungen über den Gesetzentwurf sollten der Ratifikation der EU-Verfassung vorangehen, fordert Häfner. „Nur so gibt es eine realistische Chance für einen Kompromiss mit der Union. Und der Verfassung würde es auch gut tun, wenn bei der Ratifikation nicht nur Geschwindigkeit zählt.“ Ein so grundlegendes Dokument dürfe nicht wie eine x-beliebige Verordnung durch das Parlament gejagt werden, so Häfner. „Wenn wir es mit dem vereinten Europa ernst meinen, dann brauchen wir eine intensive öffentliche Debatte über das gemeinsame Grundgesetz. Und dann muss am Ende eine Entscheidung des Souveräns stehen.“

Mehr Demokratie e.V. Bundesverband, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, www.mehr-demokratie.de

BürgerKonvent für Europa [BKE]

Entscheidung 2009 - Das zivilgesellschaftliche Organ zur Erarbeitung einer zeitgemäßen Verfassung für die EU - Gründungserklärung -

1. In dem bisherigen verfassungsgebenden Prozess der Europäischen Union war deren Bürgerschaft von jeglicher wirksamer Beteiligung ausgeschlossen; nur parlamentarische Gremien waren an der Arbeit beteiligt, einen Verfassungsentwurf zu erstellen. Aus diesem Grund werden einer dergestalt entstandenen Konstitution, auch wenn es darüber in mehreren Mitgliedsländern zu Volksentscheiden kommen wird, wesentliche Bedingungen tatsächlicher Volkssouveränität fehlen.

Es ist dieser schwerwiegende Mangel, der die IG EuroVision, eine seit 1999 bestehende NGO zur Realisierung neuer sozialer Ideen und demokratischer Projekte im Europa des 21. Jahrhunderts, veranlasste, die Initiative zur Bildung des „BürgerKonvents für Europa“ zu ergreifen.

2. Unabhängig vom Ausgang der formaldemokratisch legitimierenden parlamentarischen und plebiszitären Beschlüsse in den Mitgliedsländern über den vorliegenden Verfassungsentwurf des Konvents der EU, sehen wir in diesem allenfalls für eine kurze Übergangszeit eine brauchbare Grundlage.

3. Weil eine Einzelkritik zu vieles aufzuzeigen hätte, was im Zeitalter der Individualisierung und Globalisierung als nicht entwicklungs- und zeitgemäße Regelung gelten und als weder den Grundwerten der Freiheit und Gleichheit, noch denen der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität, der Demokratie und Humanität gerecht werdend angesehen werden kann, beschränken wir uns an dieser Stelle auf die Benennung zweier grundlegender Defizite:

Außer seinem schon erwähnten *unzulänglichen demokratischen Charakter*, baut der Konventsentwurf auf Vorstellungen eines zum *Zentralismus* tendierenden Verständnisses von einer *dominant staatlich-politischen „Union“* auf, während doch historisch längst schon die Bildung und verfassungsrechtliche Konstituierung einer

dezentralen, die einzelnen Lebensbereiche funktional *gliedernden* und aus deren autonomen Stellung sich zu einem sozialen Ganzen *integrierenden* gesamtgesellschaftlichen und nicht nur staatlich-politischen Architektur unseres gemeinsamen europäischen Hauses angesagt ist.

Zwar ist es richtig, wenn es heißt, die EU sei weder als Staatenbund noch als Bundesstaat zu verstehen. Doch der *neue Typus*, um den es sich dann handeln soll, bleibt - nicht zuletzt auch im vorliegenden Verfassungsentwurf des Konvents - nach wie vor verdeckt, obwohl er seine Geburtszeit zum einen in der beschleunigten Entwicklung des Integrationsprozesses der neunziger Jahre, zum andern auch in solchen Symptomen, wie sie insbesondere mit den Problemen der Osterweiterung, der Kandidatur der Türkei und dem Stichwort vom „*Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten*“ zu benennen wären, seit längerem schon angekündigt hat.

Diesen Phänomenen liegen letztlich *geschichtliche Triebkräfte* zugrunde, die wir erkennen und konstitutiv auf den Begriff bringen müssen, damit die *institutionelle* Gestalt der Union ihren *Funktionsverhältnissen*, wie sie bereits existieren, angemessen ist und diese sich gesund weiterentwickeln können.

Das zukunfts offen zu regeln, ist die Aufgabe einer „*zeitgemäßen*“ verfassungsrechtlichen Konstitution für den sozialen Organismus Europas als Fundament einer historisch neuen Identität unseres Kontinents im Sinn eines Gemeinwesens *sui generis*.

4. In diese Richtung weisende Ideen sind heute nicht nur in vielen Arbeitsgemeinschaften und Bürgerinitiativen der Zivilgesellschaft im Gespräch, sondern werden auch in den Gesellschaftswissenschaften seit Jahrzehnten schon umfassend diskutiert und begründet, von der Politik aber noch immer weitgehend ignoriert und daher auch in den Medien bisher nur marginal erörtert.

5. So erschien es uns an der Zeit, diese Alternativen in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts, in denen sich die EU anschickte, für die Zukunft ihre bisherige, mit einer Vielzahl von Verträgen schrittweise vollzogene Entwicklung auf die Basis einer Verfassung zu stellen, in den Konstitutionsberatungen zu berücksichtigen.¹

Dafür haben wir dem Verfassungskonvent gleich zu Beginn seiner Arbeit - wie schon seinem Vorgänger im Fall der „Charta der Grundrechte“ - konkrete Verfahrensvorschläge und bestimmte inhaltliche Orientierungspunkte unterbreitet², doch es fand - wie, soweit uns bekannt, auch alles andere, was aus der Zivilgesellschaft vorgeschlagen wurde - keine Beachtung. Schon der abermals erzeugte *Zeitdruck* schloss jeden derartigen Diskurs aus. Und dementsprechend war dann auch das Ergebnis: *Enttäuschend* angesichts der tatsächlichen historischen Forderung eines neuen Weges.

6. Für die gestellte Aufgabe brauchte es die erforderliche *Zeit der Besinnung*, was offensichtlich aber nicht gewollt war. Ohne weiteres wäre es nämlich möglich gewesen, die EU bis Ende des Jahrzehnts mit Übergangsvereinbarungen zu führen. Um das Unterlassene nachzuholen, haben wir jetzt den „*BürgerKonvent für*

Europa“ als zivilgesellschaftliches Organ zur Erarbeitung einer zeitgemäßen Verfassung ins Leben gerufen.

7. Dessen Ziel ist es, gleichzeitig mit der nächsten Wahl zum Parlament der europäischen Union im Jahr 2009 den Stimmberechtigten aller Mitgliedsländer bis maximal drei Verfassungsentwürfe als Alternativen zu den zwischenzeitlich geltenden konstitutionellen Ordnungen zur Entscheidung vorzulegen [Agenda 2009].

Falls ein Jahr vor dem Abstimmungstermin mehr als drei Entwürfe existieren sollten, müssten diese - veranlasst durch die Administration der EU - in jedem Mitgliedsland in der jeweiligen Landessprache publiziert werden; durch eine Vorabstimmung müssten dann die drei Entwürfe mit der meisten Zustimmung ermittelt werden. Sie wären dann - in Konkurrenz zum bestehenden Recht - in der Zeit bis zur Entscheidung öffentlich in den Medien zu diskutieren. Künftiges Recht wäre derjenige Entwurf, der bei der Abstimmung die Mehrheit auf sich vereinigen kann. Dies zu organisieren und durchzuführen wäre der hoheitlich durch die EU zu verantwortende Teil des Konstitutions-Prozesses.

8. Die Arbeit des „BürgerKonvents für Europa“ wird von diesem selbst verantwortet.

- Als geistig-politische Prämisse gilt, dass keine Arbeitsinitiativen zugelassen sein werden, die rassistische, antisemitische, fremdenfeindliche oder andere gegen die Menschenwürde gerichtete Gedanken vertreten.

- Arbeitsinitiativen bilden sich dadurch, dass sie ihre diesbezügliche Absicht gegenüber dem Initiativkreis des BKE bekunden. Sie sind darin gleichberechtigt, dass sie ihre Arbeitsweise selbst bestimmen und ihre Arbeit selbst finanzieren. Sollte es gelingen, aus EU-Mitteln einen Etat für den BKE zu bilden, stünde jeder Arbeitsinitiative ein gleicher Anteil zur Verfügung.

- Zweimal jährlich soll eine Konferenz der Initiativen stattfinden; sie soll den Initiativen Gelegenheit bieten, allen Interessierten über den Stand ihrer Arbeit zu berichten, untereinander ihre Zwischenergebnisse zu besprechen und eventuell zu koordinieren. Zu der Konferenz wird vom Initiativkreis eingeladen.

- Außerdem wird im Internet eine Homepage [www.eu21.buergerkonvent.info] und als Teil derselben ein Info-Brief eingerichtet, in welchem die Arbeitsinitiativen über ihre Intentionen berichten und untereinander diskutieren können.

- Der BKE ist von seinem Selbstverständnis her daran interessiert, seine Arbeit allen parlamentarischen Gremien der EU laufend zur Kenntnis zu bringen. Eine Zusammenarbeit wird in dem Maße stattfinden, als sie auf Interesse bei den Institutionen der Europäischen Union und den für sie verantwortlichen Personen stößt.

9. Die Hauptetappe der Arbeit wird im Oktober 2008 abgeschlossen. Mit den dann vorliegenden Arbeitsergebnissen ist dann - wie unter 5. beschrieben - die Entscheidung 2009 vorzubereiten.

10. Wir sind überzeugt, dass sich auf diese Weise alle Bürgerinnen und Bürger der EU am verfassunggebenden Prozess für ihren sozialen Organismus auf allen Ebenen - von der Initiative, über eine Vorabstimmung bis zur Entscheidung - im Maß ihres Interesses und Willens frei und gleichberechtigt beteiligen können. Je mehr die-

se Chance von vielen ergriffen wird, desto kräftiger wird sich die neue Identität Europas als eines souveränen politischen Subjekts mit dem ihm möglichen produktiven Beitrag für alles dasjenige entwickeln, was menschheitlich zusammenwachsen will, weil es in einer globalen Friedensordnung der Freiheit, des demokratischen Rechts und der gegenseitigen Hilfe zusammengehört.

Die Gründungsversammlung im Internationalen Kulturzentrum Achberg am 21. Oktober 2004, D-88147 Achberg Humboldt-Haus, Panoramastr. 30 Tel. +49 8380 335 Fax -675, eu@buergerkonvent.info, http://www.eu21.willensbekundung.net.

1 Näheres unter www.eu21.willensbekundung.net

2 http://europa.eu.int/futurum/forum_convention/doc_de.htm

Bolkestein-Richtlinie: Schwächung des demokratischen Rechtsstaats, Vorfahrt für Profitinteressen

Eine „Richtlinie zur Liberalisierung von Dienstleistungen im Binnenmarkt“ - meist nach dem bisher federführenden EU-Kommissar Bolkestein benannt - würde gravierende Folgen haben. Inzwischen hat sich ein breites Bündnis gegen die Richtlinie formiert. Nachfolgend Auszüge aus einem gemeinsamen Flugblatt von Attac und IG BAU Bezirksverband Berlin zur Richtlinie.

Vorgesehen ist:

- Ausschreibungen für öffentliche Dienstleistungen wie Wasserversorgung oder öffentlichen Nahverkehr so zu gestalten, dass immer mehr öffentliche Dienstleistungen in private Hände fallen; Gebietskörperschaften daran zu hindern, durch eine Beschränkung von Genehmigungen oder Auflagen regulierend in den Markt einzugreifen;

- durch das Herkunftslandprinzip Dienstleister fast aller Branchen in weiten Bereichen nur noch den gesetzlichen Vorschriften ihres Herkunftslandes zu unterwerfen;

- durch den gezielten Abbau von Kontrollmöglichkeiten die Überwachung von Vorschriften zum Schutz von Beschäftigten und VerbraucherInnen unmöglich zu machen;

- Ausschreibungen für öffentliche Dienstleistungen wie Wasserversorgung oder öffentlichen Nahverkehr so zu gestalten, dass immer mehr öffentliche Dienstleistungen in private Hände fallen;

- Gebietskörperschaften daran zu hindern, durch eine Beschränkung von Genehmigungen oder Auflagen regulierend in den Markt einzugreifen.

70% aller Beschäftigten arbeiten in der Mehrheit der EU-Staaten im Dienstleistungssektor. Von der neuen Richtlinie wären alle Branchen betroffen, die bisher nicht durch eine eigene Richtlinie liberalisiert sind. Es geht um alle Dienstleistungen, die gegen Entgelt erbracht werden, unabhängig davon, von wem sie bezahlt werden. Dazu zählen z.B. Zeitarbeit, Baudienstleistungen, Wachsenschutz oder Fremdenverkehr, aber auch Altenpflege, Gesundheitsdienstleistungen, der öffentliche Nahverkehr oder die Wasserversorgung.

Mit der Durchsetzung des Herkunftslandprinzips würden in vielen Branchen und Bereichen, darunter auch im Arbeits- und Sozialrecht, 25 Rechtsordnungen parallel gelten. Niemand könnte mehr überblicken, was Recht und was Unrecht ist. Es käme zu Unternehmensverlagerungen in Länder mit den niedrigsten Standards. Für die Überwachung von Vorschriften wäre von wenigen Ausnahmen abgesehen das Herkunftsland verantwortlich.

Am Schluss fordert das Flugblatt auf, aktiv zu werden. Noch sei es nicht zu spät.

(Quelle: <http://www.attac.de/bolkestein>)

UNSER-WASSER-HAMBURG

Hamburgs öffentliche Wasserversorgung bleibt weiterhin vollständig Eigentum und unter uneingeschränkter Verfügung der Freien Hansestadt Hamburg - so lautet der Beschluss, den alle in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen (CDU, SPD, GAL) in der Bürgerschaftssitzung vom 24.11.2004 gemeinsam fassten. Die Parlamentarier kommen damit dem Text des Antrages, den das Aktionsbündnis Unser-Wasser-Hamburg im Rahmen eines Volksbegehrens formulierte, vollständig nach. Außerdem stellt die Bürgerschaft fest, dass der Beschluss das Anliegen des Volksbegehrens umsetzt. Um dieses verbindlich in einem Gesetz zu verankern, wird der Senat der Hansestadt Hamburg zugleich ersucht, ein entsprechendes Gesetz vorzulegen. Auch darauf einigte sich die Bürgerschaft ohne Gegenstimme.

Dazu Jürgen Arnecke, Sprecher des Aktionsbündnisses UWH: „Wir erwarten, dass der Senat unser Anliegen in einer angemessenen Frist gesetzlich umsetzt.“ Im August waren innerhalb von zwei Wochen nicht nur die erforderlichen 60.747 Unterschriften gesammelt worden, sondern es hatten sich mehr als 145.000 Hamburger Bürger und Bürgerinnen per Unterschrift für das Zustandekommen des Volksbegehrens eingesetzt. Nicht nur die Einmütigkeit aller Fraktionen, auch das Tempo, mit der die CDU-Fraktion den Antrag in einer Neufassung mit den Oppositionsparteien abstimmte, überrascht. Dementsprechend positiv äußerten sich Vertreter aller Parteien. Der Initiative des Aktionsbündnis UWH sei es gelungen, eine seltene Übereinstimmung der Politiker herzustellen hieß es in der Debatte. Außerdem sinngemäß: Der Bürgerschaftsbeschluss demonstrierte auf beeindruckende Weise, wie sinnvoll das Instrument direkte Demokratie sei.

Die Äußerungen haben deshalb besonderes Gewicht, weil inzwischen ein Antrag der CDU-Fraktion vorliegt, der eine Einschränkung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid vorsieht. Unser-Wasser-Hamburg ist Teil einer sich bildenden Initiative, die die bestehende Volksgesetzgebung verteidigen und ausbauen will.

Pressemitteilung vom 24.11.2004. Für Rückfragen: Jürgen Arnecke, Tel.: 040/785028 oder 0174/6908852, www.unser-wasser-hamburg.de

„RETTET DEN VOLKSENTSCHEID“ IN HAMBURG

Unterstützt von einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Initiativen und Parteien hat Mehr Demokratie eine neue Volksinitiative gestartet. Unter dem Motto „Rettet den Volksentscheid“ soll die vom „Reformeifer“ der CDU bedrohte Volksgesetzgebung erhalten und in einigen Punkten bürgerfreundlicher gestaltet werden. Unterstützen mehr als 10.000 Bürger die Initiative, muss sich die Bürgerschaft mit dem zugrunde liegenden Gesetzentwurf befassen.

„Die CDU hat den Bürgern den Fehdehandschuh hingeworfen - wir haben ihn aufgenommen“, erklärte Mehr Demokratie-Sprecherin Claudine Nierth zum Start der Initiative. Hamburg habe sich in den letzten Jahren zur Hauptstadt der direkten Demokratie entwickelt. Seit Einführung der Volksgesetzgebung im Jahr 1996 habe es 16 Volksinitiativen, sieben Volksbegehren und vier Volksentscheide gegeben. „Nirgendwo beteiligen sich die Menschen aktiver am politischen Geschehen. Doch für Hamburgs CDU sind mündige Bürger offenbar nur Störenfriede.“ Die Christdemokraten planen, die direkte Demokratie in der Hansestadt erheblich einzuschränken. Die Initiatoren einer Volksinitiative sollen verpflichtet werden, Finanzierungsvorschläge für die von ihnen geforderten Projekte vorzulegen. Bei Volksbegehren sollen die Bürger ihre Unterschrift nur noch in Ämtern leisten dürfen. Volksentscheide sollen zudem nicht mehr an Wahltagen stattfinden. „Das wäre das Ende der lebhaften Beteiligungskultur in Hamburg“, befürchtet Nierth.

Die Initiative fordert deshalb: Volksentscheide sollen auch künftig zeitgleich mit Wahlen stattfinden können, die Briefabstimmung soll erleichtert werden. Beim Volksbegehren soll die Eintragungsfrist von zwei auf drei Wochen verlängert und die freie Sammlung der Unterschriften erhalten werden. Volksinitiativen sollen künftig Anspruch auf Beratung durch die Stadt haben.

Neben Mehr Demokratie gehören dem „Bündnis gegen die Abschaffung der Volksgesetzgebung“ unter anderem der DGB, die Gewerkschaften ver.di und GEW sowie die Patriotische Gesellschaft an. Initiativen, die in den letzten Jahren Volksbegehren gestartet haben, zählen ebenfalls zu den Unterstützern: „Unser-Wasser-Hamburg“, „Bildung ist keine Ware“, „Gesundheit ist keine Ware“. Von den in der Hamburger Bürgerschaft vertretenen Parteien sind SPD und GAL dabei.

Bereits zum dritten Mal nutzt Mehr Demokratie die Volksgesetzgebung, um die Beteiligungsrechte der Hamburger auszubauen. 1998 gelang per Volksabstimmung die Einführung von Bürgerentscheiden in den Bezirken. Eine Reform der direkten Demokratie auf Landesebene scheiterte zwar am notwendigen Quorum, allerdings beschloss die Bürgerschaft in der Folge eine Reform - deren Errungenschaften die CDU jetzt rückgängig machen will. Am 13. Juni diesen Jahres stimmten die Wähler, erneut einem Vorschlag des Vereins folgend, für ein neues Wahlrecht.

Pressemitteilung von Mehr Demokratie in Hamburg vom 9. Dezember 2004, www.mehr-demokratie-hamburg.de

DURCHBLICK - MEDIEN IN BEWEGUNG(EN)

Stuttgart (NNA)*. Neue Gedanken können nur wirken, wenn sie in der Öffentlichkeit wohlwollend aufgenommen werden. Unter dem Titel „Durchblick - Medien in Bewegung(en)“ hatten verschiedene Gruppen, darunter auch attac Stuttgart, Initiative Colibri und die Gewerkschaft ver.di zu einer alternativen Medienkonferenz Ende November nach Stuttgart in das Jugend- und Kulturzentrum Forum 3 eingeladen. Mit der Tagung wollten AktivistInnen der Zivilgesellschaft der herrschenden „geistigen Monokultur“ die zu einer „Kultur der Hoffnungslosigkeit“ beim Einzelnen führe, neue Formen des Informationsaustauschs entgegensetzen. NNA-Korrespondentin Cornelia Unger-Leistner sprach über das Thema mit Christoph Strawe, der für die Initiative Netzwerk Dreigliederung an der Konferenz teilgenommen hat.

NNA: Herr Strawe, was war der Anlass für das Stuttgarter Treffen?

Strawe: In der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Globalisierung hat sich immer wieder herausgestellt, wie wichtig die Zusammenarbeit von AktivistInnen und kritischen Medienschaffenden bzw. dieser Medienschaffenden untereinander ist. Dabei geht es nicht einfach um die „effizientere“ Übermittlung der eigenen „Botschaft“, sondern vor allem auch um das Wie einer aufklärerischen Medienarbeit. In Stuttgart speziell waren andere Tagungen vorangegangen, zuletzt eine Konferenz über alternative Wirtschaft, bei denen immer wieder auch das Medienproblem am Rande aufgetaucht war. Nun sollte es im Zentrum einer Veranstaltung stehen. Immerhin insgesamt 125 Menschen sind dazu in den Tagen vom 12. bis 14. November zusammengekommen.

NNA: Ging es dabei mehr um eigene Medien der alternativen Bewegung?

Strawe: Der Aufbau eigener Medien war ein Thema und es war schon beeindruckend, wie viele Initiativen in dieser Richtung auf der Konferenz präsent waren. Sarah van Gelder aus den USA z.B. präsentierte das „Yes-Magazine“, eine Zeitschrift, die schon im Titel zum Ausdruck bringt, dass es ihr neben der Kritik des Bestehenden um die Darstellung positiver Alternativen und Praxisansätze der Zivilgesellschaft geht. Das Spektrum reichte von den Freien Radios Stuttgart und München über das alternative Mediennetzwerk „Indymedia“, die Zeitschriften „SüdZeit“, „Trottwar“, „Humonde“ und „La Cuerda“ (Guatemala) bis zum „Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus“.

Aber man hat sich auch damit auseinandergesetzt, wie es besser gelingen kann, in den etablierten Medien kritische Positionen und Alternativen zur Geltung zu bringen. Allerdings muss man, wenn man dabei nicht in Illusionen verfallen will, die Funktionsweise von Manipulation im bestehenden Mediensystem nüchtern analysieren. Diese Fragen haben schon bei Podiumsdiskussion am

*) NNA = News Network Anthroposophy (NNA). Näheres über Ziesetzung, Arbeitsweise und Ansprechpartner von NNA unter www.nna-news.org

ersten Abend in den Beiträgen von Eckart Spoo, Harald Schumann und mir eine Rolle gespielt. Schumann z.B., einer der beiden Autoren des bekannten Buches „Die Globalisierungsfalle“ und aus Protest beim „Spiegel“ ausgeschieden, schilderte eindringlich, mit welchen Pressionen und Abhängigkeiten ein nach Unabhängigkeit strebender Journalismus in der Praxis zu tun hat.

NNA: Zu Zeiten der 68er Bewegung hat man immer von der Notwendigkeit einer „Gegenöffentlichkeit“ gesprochen. Kann man das heute so auch noch sagen? Oder hat sich da etwas verändert?

Strawe: Die großen Sozialforen der globalen Zivilgesellschaft sind selbst schon eine Art Gegenöffentlichkeit, insofern ist das eine Weiterentwicklung. Öffentlichkeit im ursprünglichen Sinne des freien Diskurses und der Vielfalt der Information ist am ehesten in der Zivilgesellschaft zu finden. Man könnte deshalb soweit gehen zu sagen: Die von politischen und wirtschaftlichen Mächten manipulierte öffentliche Meinung ist die eigentliche „Gegen“-Öffentlichkeit!

In der Nachkriegszeit gab es z.B. in Deutschland mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen sowie mit Versuchen, bis in die Unternehmensformen unabhängige Zeitschriften zu schaffen, durchaus Ansätze, Medien jenseits von Staat und Markt zu verorten. Seither ist der politische und - im Zeitalter global agierender Medienmogule - besonders der ökonomische Druck auf die mediale Unabhängigkeit stetig gewachsen. Die Kommerzialisierung des ganzen Bereichs wird auch durch die Welthandelsorganisation WTO und ihr Abkommen über den Freihandel mit Dienstleistungen (GATS) vorangetrieben.

NNA: Kann man auch sagen, dass die Medien in der heutigen Zeit eher noch wichtiger für die Menschen geworden sind?

Strawe: Der moderne Mensch mit seinem Bestreben, aus eigener Urteilsbildung einsichtsvoll zu handeln, ist immer stärker darauf angewiesen, sich durch eine Vielzahl von Wahrnehmungen im sozialen Umfeld zu orientieren, insofern braucht er auch den kritischen Medienarbeiter, der ihm die notwendigen Informationen in einer Form liefert, die der Selbstaufklärung dient. Dafür brauchen die Medien aber wiederum Rahmenbedingungen, die sie unabhängig machen von Politik und Profitzwängen. Hierzu schon bestehende Ansätze müssen weiterentwickelt werden.

NNA: Was passiert, wenn nicht richtig informiert wird?

Strawe: Da Urteilsbildung auf Information beruht, fördert das immer Entmündigung. Wobei natürlich der Einzelne, z.B. über das Internet, auch größere Möglichkeiten hat als früher, sich selbst relevante Informationen zu beschaffen. Dennoch ist es ein großes Problem für alle Versuche gesellschaftlicher Erneuerung, dass die „Mediengesellschaft“ immer mehr zu einer simulierten Realität führt (Jean Baudrillard), die zugleich das reale Leben verformt. Es ist nicht einfach, sich aus dem Gefängnis der Simulation zu befreien.

NNA: Wie können sich nun zivilgesellschaftliche Akteure in diesen Medien präsentieren?

Strawe: Diese Frage wurde teilweise durchaus kontrovers diskutiert, z.B. in einem Workshop, in dem unter

anderen der Pressesprecher von Attac Deutschland, Malte Kreuzfeldt, aus seinen Erfahrungen berichtete. Dabei wurde deutlich, dass die Arbeitsweise der etablierten Medien Rückwirkungen auf die innere Situation einer Organisation wie Attac haben kann. Zwar hat die Aufmerksamkeit der Medien gewiss zum Aufschwung von Attac beigetragen. Man muss sich aber der Gefahr bewusst sein, dass die Mechanismen der medialen Darstellung eine Rückentwicklung begünstigen: von einem Netzwerk, das auf Diversität und horizontalen Formen der Verständigung beruht, zurück zu einer mehr traditionell-hierarchischen Organisationsform, in der Mehrheiten und Vorstände eine „einheitliche Linie“ vorgeben. Hier liegen Probleme, die dringend weiterer Bearbeitung bedürfen.

NNA : Ist es nicht von vornherein ein Problem, dass viele Gruppen oder Einrichtungen eher als Netzwerke organisiert sind, die sich so gar nicht nach außen darstellen lassen ?

Strawe : Zuerst einmal: ich halte netzwerkförmige Organisationsansätze für die letztlich allein zukunftsfähigen. Auch Netzwerke können sich nach außen darstellen. Das ist nicht einfach, aber ich halte das Problem nicht für unlösbar. Sie müssen allerdings neue Formen suchen, in denen sie die Handlungsfähigkeit herstellen, z.B. durch Mandate auf Zeit. Und Medienverantwortliche in Netzwerken und Bewegungen müssen einen eigenen neuen Stil der Außendarstellung finden, einen Stil, der darauf verzichtet qua Amt „stellvertretend“ für alle Beteiligten sprechen zu wollen.

NNA : Wurden bei der Konferenz auch Fragen in Zusammenhang mit den anthroposophischen Medien angesprochen ?

Strawe : Nein, mit einer Ausnahme: Ich habe in meinem Workshop an einer bestimmten Stelle, wo es um die Darstellung eigener Erfahrungen ging, nicht nur den „Rundbrief Dreigliederung“, sondern auch das alte Projekt „Neue Wege in der anthroposophischen Publizistik“ angesprochen, das in den neunziger Jahren vor allem von der Zeitschrift „Die Drei“ ausging. Es wurde dann ja leider aus verschiedenen Gründen nicht weiterverfolgt.

NNA : Sehen Sie da jetzt auch noch oder wieder Handlungsbedarf?

Strawe : Handlungsbedarf schon, andererseits muss ich aber sagen, dass in meiner Sicht die Beharrungskräfte, die damals zum Scheitern des Projekts geführt hatten, keineswegs geringer geworden sind. Insofern gebe ich der Neuauflage dieses Projekts in der damals angestrebten Form keine Chance. Gut wäre es aber, wenn auch anthroposophisch orientierte Medienschaffende sich noch besser vernetzen und gegenseitig unterstützen würden.

NNA: Was hat Sie persönlich besonders beeindruckt bei dieser Tagung?

Strawe: Beim abendlichen „World Cafe“ gab es unter anderem ein Telefoninterview mit der tunesischen Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Sihem Bensedrine. - Sie wollte eigentlich selbst an der Tagung teilnehmen, musste aber dann nach Kanada reisen, wo sie für ihr

Engagement geehrt wurde. Mir und anderen wurden noch einmal die persönlichen Risiken bewusst, die jemand wie sie als Regimekritikerin im Kampf für Pressefreiheit und Menschenrechte eingeht. Und auch wie wichtig die Solidarität ist.

NNA : Wird die Stuttgarter Konferenz noch weitere Treffen nach sich ziehen, ist das ein Prozess, der weitergeht ?

Strawe : Eine Nachfolgekonzferenz ist nicht geplant. Aber in den Aussprachen haben sich viele Kontakte und Vernetzungen ergeben, die sicher noch manche Zusammenarbeitsmöglichkeiten für die Zukunft erschließen können.

RÜCKBLICK AUF DAS WOCHENENDE „UMDENKEN - UMLERNEN“

Ökonomische Globalisierung und die Frage nach den Alternativen

Ulrich Morgenthaler

Die Veranstaltung begann am Freitag, dem 3. Dezember abends mit einem Teach-In in der Johanneskirche und setzte sich mit einem Seminar im Forum 3 den ganzen Samstag über fort. Referenten waren John Cavanagh (Vizepräsident des International Forum on Globalization, IFG, und Direktor des Institute for Policy Studies, USA), Jerry Mander (Gründer und Präsident des IFG, führender Mitarbeiter des Public Media Center, USA), Harald Spehl (Institut für Soziale Gegenwartsfragen, Prof. für Volkswirtschaftslehre, Universität Trier) und Christoph Strawe /Institut für soziale Gegenwartsfragen, Initiative Netzwerk Dreigliederung, Stuttgart).

Leider hatte die ursprünglich miteingeladene Vandana Shiva aus Indien kurzfristig absagen müssen: Pepsi Cola hatte ihr in Indien ein Gerichtsverfahren um Wasserrechte angehängt, was ihre persönliche Anwesenheit vor Ort unbedingt erforderlich machte, um in diesem Kampf um Menschenrechte nicht ein falsches Signal in die Öffentlichkeit zu senden. Von Veranstalterseite - Forum 3, Initiative Colibri und Initiative Netzwerk Dreigliederung - sahen wir uns dadurch veranlasst, das Programm des Wochenendes um die Vormittageinheit am Sonntag zu kürzen und auf den Freitagabend und den ganzen Samstag zu beschränken. Zum Glück erwiesen sich diese Änderungen nicht als abträglich für den Gesamterfolg des Begegnungs- und Dialogseminars.

Am Freitagabend fand das öffentliche Teach-In „Zur Kritik der ökonomischen Globalisierung - eine bessere Welt ist möglich“ in der Stuttgarter Johanneskirche statt. Etwas über 100 Besucher versammelten sich in der stimmungsvollen Kirche, um die Beiträge¹ von John Cavanagh und Jerry Mander entgegen zu nehmen. John Cavanagh gab eine Einführung in die Arbeit des International Forum on Globalization und machte genauere Ausführungen zu den zehn Zentralprinzipien², die für die alternative Gestaltung der Globalisierung in der weltweiten Bewegung sichtbar geworden sind. Jerry Mander ermutigte

die Anwesenden durch die Analyse, dass überall auf der Welt bereits Tausende von Initiativen nach diesen neuen Prinzipien arbeiten und funktionieren, und dass sich die ökonomische Globalisierung nach dem wiederholten Scheitern der WTO-Ministerkonferenzen, erst in Seattle 1999 und dann in Cancun 2004, in der Defensive befänden.

Am Samstag fand dann das Seminar im Forum 3 statt, zu dem sich knapp fünfzig Teilnehmer eingefunden hatten. Es wurde am Morgen von Christoph Strawe und Harald Spehl mit einer Einführung in die soziale Dreigliederung und mit konkretem Bezug auf die inhaltlichen Beiträge der beiden IFG-Vertreter vom Vorabend eröffnet. Vor allem das Verständnis der zehn Prinzipien konnte von Christoph Strawe und Harald Spehl beispielhaft vertieft werden. Die daran anschließende gemeinsame Diskussion im Plenum war äußerst lebhaft und engagiert, zielte vor allem auf praktische Umsetzungsmöglichkeiten alternativer Ansätze als Konsument im Wirtschaftsleben.

Der Nachmittag brachte zwei Seminarblöcke. Im ersten bearbeiteten John Cavanagh und Christoph Strawe das Thema „Neue Institutionen der Global Governance“³ und Jerry Mander und Harald Spehl das Thema „Die Zukunft der globalen Gemeingüter“⁴. Im zweiten Block mit allen vier Referenten gaben John Cavanagh eine Einführung in die „Alternativen zur Herrschaft der Konzerne“⁵ und Jerry Mander über „Die Rolle der globalen Medien und deren Alternativen“. Im abschließenden Abendplenum gab es dann viel positive Rückmeldung von allen Beteiligten und Teilnehmern. Vor allem John Cavanagh und Jerry Mander bedankten sich bei Christoph Strawe und Harald Spehl für deren detaillierte und weiterführende Ausarbeitungen gerade zu den vom IFG zusammengetragenen Ansätzen, und luden beide ein zur nächsten Konferenz des IFG mit ausgewählten Fachleuten im Herbst des kommenden Jahres.

Besonders durch diese Einladung an die beiden Vertreter der sozialen Dreigliederung, aber auch durch die von echter Dialoghaltung und gegenseitiger Offenheit getragene Arbeitsatmosphäre unter den Referenten, erscheint das ganze Wochenende als ein Erfolg, von dem erhofft werden darf, dass in der Zukunft noch weitere Zusammenarbeit folgen werden.

Anmerkungen

1 Arbeitsgrundlage des Wochenendes bildete die IFG-Publikation „Eine andere Welt ist möglich“, erschienen im Riemann Verlag. Ein zusammenfassender Vorabbericht davon findet sich unter: www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/IFG_Bericht.pdf.

2 1. Neue Demokratie, 2. Subsidiarität, 3. Ökologische Nachhaltigkeit, 4. Gemeinschaftliches Erbe, 5. Menschenrechte, 6. Arbeitsplätze/Lebensunterhalt/Beschäftigung, 7. Ernährungs- und Nahrungssicherheit, 8. Gerechtigkeit, 9. Vielfalt, 10. Prinzip der Vorbeugung

3 Dabei ging es im wesentlichen um die Welthandelsorganisation, die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und die Rolle der UNO.

4 Einmal das menschheitliche Naturerbe an Wasser, Luft, Wäldern, Fischgründen usw. von denen unser Leben abhängt, dann Erbe an Kultur und Wissen, das eine kollektive Schöpfung unserer Spezies darstellt, und schließlich die grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen in Bezug auf Gesundheit, Erziehung, öffentliche Sicherheit und soziale Absicherung, die aus der gemeinsamen Anstrengung ganzer Gesellschaften hervorgegangen sind.

5 1. Freiwillige Verantwortung der Unternehmen, 2. gesetzliche Rechenschaftspflicht der Unternehmen, 3. Beseitigung des Einflusses transnationaler Konzerne, 4. Überprüfung der Betriebserlaubnis, 5. Umstrukturierung von Großkonzernen, 6. Demontage von Konzernstrukturen

GRÜNE GENTECHNIK

Stellungnahme der Sektion für Landwirtschaft am Goetheanum zum Memorandum und zum Offenen Brief der Union der Deutschen Akademien der Wissenschaften zur deutschen Novelle des Gentechnik-Gesetzes

Die Debatte um die Novelle des deutschen Gentechnik-Gesetzes zur Regelung der Koexistenz haben viele Wissenschaftsorganisationen mit öffentlichen Stellungnahmen begleitet.

Das Anfang September erschienene Memorandum und der begleitende Offene Brief der Union der Deutschen Akademien der Wissenschaften sowie bereits früher erschienene Stellungnahmen der DFG und der Leopoldina zum Deutschen Gentechnikgesetz bedürfen einer klaren Gegen-Stellungnahme, denn

- Sie sind in sich widersprüchlich, da sie zwar ein Risiko beim Anbau von GVO ausschließen und als irrational abtun, gleichzeitig aber an ihrer Stellung zur Haftungsfrage deutlich machen, dass sie ein untragbar hohes wirtschaftliches Risiko durch Auskreuzung sehen.

- Sie sind undemokratisch, da sie implizit fordern, das von ihnen als untragbar angesehene Risiko der großen, GVO ablehnenden Bevölkerungsgruppe gegen deren ausdrücklichen Willen aufzubürden.

- Sie schaden der Rolle der Wissenschaft, indem sie ihr Urteil eindeutig mit außerwissenschaftlichen privatwirtschaftlichen Interessen verbinden.

- Sie schaden der Forschung, indem sie deren eigenständige Bedeutung herunterspielen und sie unzweideutig an die Bedingung einer breiten industriellen Anwendung mit hohem ökologischen und ökonomischen Risiko knüpfen.

- Sie missachten die Rolle, die andere Wissenschaftszweige im gesellschaftlichen Diskurs zu spielen haben, indem sie als die großen Wissenschaftler-Verbände nur die biotechnologische Perspektive vertreten, ohne dies deutlich zu machen.

- Sie machen damit erhebliche Fragen deutlich, die in Zukunft an die gesellschaftliche Rolle und das Selbstverständnis der Wissenschaften zu stellen sind.

Sektion für Landwirtschaft am Goetheanum, Hügweg 59, CH-4143 Dornach, Tel. +41(0)61 706 4214, Fax +41(0)61 706 4215, www.sektion-landwirtschaft.org. Der vollständige Text der Stellungnahme steht im Internet unter http://www.sektion-landwirtschaft.org/uploads/media/Stellungnahme_01.pdf

Literaturhinweise

LORENZO RAVAGLI: UNTER HAMMER UND HAKENKREUZ

Der völkisch-nationalsozialistische Kampf gegen die Anthroposophie

392 Seiten, Klappenbroschur, EUR 25,-, ISBN 3-7725-1915-6, Verlag Freies Geistesleben Stuttgart

(cs) Im März 1921 schrieb Adolf Hitler im „Völkischen Beobachter“ einen Artikel, in dem er Rudolf Steiners Konzeption der sozialen Erneuerung, die „Dreigliederung des sozialen Organismus“, als eine dieser „ganzen jüdischen Methoden zur Zerstörung der normalen Geistesverfassung der Völker“ bezeichnet. Äußerungen nationalsozialistischer und sonstiger rechtsradikaler Ideologen, die von abgründigem Hass auf die Anthroposophie künden, sind Legion, was niemanden wundern kann, der sich intensiver mit Steiners Werk auseinandersetzt.

Dennoch wird, seitdem Jutta von Dittfurth es aufbrachte, immer wieder das Gerücht kolportiert, Steiner sei ein faschistoider Ideologe gewesen.¹ Das Buch, das Lorenzo Ravagli verfasst hat, entzieht allen Gerüchten durch akribische Analyse und Dokumentation endgültig den Boden. Es zeigt auf, dass von 1900 bis 1945 die völkische und die nationalsozialistische Bewegung in Steiner einen Feind, einen Rassenschädling und Volksverderber gesehen und ihn mit allen Mitteln bekämpft haben. Die bedeutendsten völkischen und nationalistischen Verbände der Kaiserzeit und der Weimarer Republik gehörten zu den erklärten Feinden der Anthroposophie.

Ravagli rekonstruiert den fundamentalen Gegensatz zwischen der Anthroposophie und jeder Art von völkischer Bewegung. Der Attentatsversuch gegen Steiner, der ihm schließlich das öffentliche Auftreten in Deutschland unmöglich machte, ist insofern nur der Höhepunkt dieser Angriffe. Die Untersuchung Ravaglis hilft, die Geister unterscheiden zu lernen. Dazu trägt vor allem auch der Teil II bei, der die „völkische Theosophie“ und ihren Kampf gegen die Anthroposophie untersucht. Wichtig auch - angesichts immer wieder aufgewärmter Antisemitismus-Vorwürfe - die Rekonstruktion von „Steiners Auffassung des Judentums“ in Teil I.

Es ist erfreulich, dass der SWR 2 am 26. November 2004 in der Reihe „Schauplatz“ Ravagli mit einem Beitrag „Hammer und Hakenkreuz. Anthroposophie im Visier der Völkischen Bewegung“ zu Wort kommen ließ. Das Manuskript der Sendung ist im Internet verfügbar unter der Adresse http://db.swr.de/upload/manuskriptdienst/wi20041122_2812.rtf.

Lorenzo Ravagli, geb. 1957 in Basel, ist u.a. als Herausgeber des Jahrbuchs für anthroposophische Kritik bekannt geworden, aber auch als Mitautor des Werks

„Rassenideale sind der Niedergang der Menschheit“, in dem er sich mit dem Vorwurf des Rassismus gegenüber R. Steiner auseinandersetzt.

¹ Es gab und gibt Wirrköpfe, die versuchen, Rudolf Steiner als Anwalt der Deutschtümelei in Anspruch zu nehmen wie z.B. Werner Haverbeck. Ravaglis Buch sollte nun wirklich dem Letzten die völlige Gegenstandslosigkeit derartiger Versuche beweisen. Bereits kurz nach der Veröffentlichung von Haverbecks Buch im Jahr 1989 haben übrigens die führenden anthroposophischen Zeitschriften seine Lügen und Verdrehungen bloßgestellt und sich scharf von ihm distanzieren. (Eine Dokumentation ist nachzulesen unter: http://www.info3.de/ycms/artikel_1170.shtml). Auf Haverbeck berief sich jüngst der NPD-Ideologe Horst Mahler in einem offenen Brief, der zu Aktionen gegen den Geschäftsführer der Braunschweiger Waldorfschule aufrief und von vielen Kommentatoren als direkter Mordaufruf gewertet wurde. Vorausgegangen war die Kündigung eines Lehrers, nachdem dessen Engagement für die NPD sichtbar geworden war.

DIETRICH SPITTA: DIE STAATSIDEE WILHELM VON HUMBOLDS

(cs) Im Hinblick auf den Endtermin für die Subskription wurde auf das oben genannte Werk bereits im letzten Rundbrief kurz hingewiesen. Wie angekündigt hier nun eine ausführlichere Information:

Humboldts grundlegende politische Ideen, die er als preußischer Staatsmann entwickelt, aber selbst nicht systematisch dargestellt hat, sind bisher wenig bekannt, wenn auch gerade Kenner der sozialen Dreigliederung seinen „Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ immer in seiner Bedeutung gewürdigt haben. Das Manuskript vollendete er 1792, in demselben Jahr, in dem der Staatsterror des Wohlfahrtsausschusses beginnt - und zugleich die Versuche der alten Fürstenherrschaft ihren Anfang nehmen, die Französische Revolution zu erwürgen. Wie Goethes „Märchen“ und Schillers „Ästhetische Briefe“ ist der „Versuch“ eine Antwort auf die Französische Revolution und eine Verarbeitung der mit ihr gemachten Erfahrungen.

Bisher gab es jedoch von Humboldts Staatsidee keine zusammenfassende Darstellung und seine Jugendschrift wurde zwar oft genannt, aber inhaltlich wenig beachtet. Humboldt behandelt das Thema des Kampfes gegen staatliche Vormundschaft, der Begrenzung der Staatsmacht und der Selbstverwaltung des geistigen und wirtschaftlichen Lebens. Erfüllt von der tiefsten Achtung vor der menschlichen Individualität ging es ihm darum, Freiheitsräume für die Entwicklung und Entfaltung der Menschen in ihrer individuellen Mannigfaltigkeit zu schaffen. Sein Staatsideal ist freiheitlich, - aber eben durchaus nicht „liberalistisch“, denkt er doch an eine solidarische Ordnung des Wirtschaftslebens durch freiwilliges Zusammenarbeiten der Bürger in entsprechen-

den Einrichtungen. Von der Schrift wird behauptet, Humboldt habe später seine Jugendideen aufgegeben und als preußischer Staatsmann diesen zuwider gehandelt. Spitta weist nach, dass diese Meinung unzutreffend ist. Im Gegenteil: Als Staatsmann versuchte Humboldt, seine Ideen über die Grenzen des Staates so weit wie möglich zu verwirklichen.

In seinen zahlreichen politischen Schriften hat Humboldt eine Fülle wichtiger und auch für die heutige Zeit anregender und fruchtbarer Ideen entwickelt; so insbesondere über die Mitwirkung der Bürger am staatlichen Leben, über die Organisation der Regierung und der staatlichen Behörden, über die deutsche Verfassung und über Deutschlands Stellung in Europa. Die bedeutsamen Ideen Humboldts über die Verwirklichung seiner Staatsidee schließen die Darstellung ab. Sein Biograph Friedrich Schaffstein zählte Wilhelm und Alexander von Humboldt „zu den hervorragendsten Repräsentanten deutscher und europäischer Geistigkeit“. Seine Ideen sind nach wie aktuell.

Inhalt: I. Die Bedeutung der staatstheoretischen und der politischen Schriften Wilhelm von Humboldts für die Erkenntnis seiner Staatsidee // II. Die Entstehungsgeschichte der Staatsidee Wilhelm von Humboldts (Die Abwendung von der Aufklärung - Die Ausbildung der

eigenen Staatsidee - Die Erweiterung der Staatsidee // III. Das Verhältnis Humboldts zu seiner Staatsidee während der Zeit seines politischen Wirkens (Humboldts Festhalten an seinen Ideen von den Grenzen des Staates - Humboldts Wirken im Sinne seiner „Ideen“) // IV. Über das Wesen und die Bedeutung von Humboldts Staatsidee (Der Mensch als Ausgangspunkt der Staatsbetrachtung - Die Grenzen der Wirksamkeit des Staates und die Nationalanstalten - Die Aufgaben des Staates - Das Verhältnis von Humboldts Ideen von den Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu der Theorie des Rechtsstaats bei Kant und Fichte - Die Form des Staates) // V. Humboldts Gedanken zum Verhältnis der europäischen Staaten // VI. Humboldts Idee des Deutschen Bundes // VII. Humboldts Mitwirkung bei der Gestaltung des Deutschen Bundes // VIII. Humboldts Stellung zum Deutschen Bund nach dem Wiener Kongress // IX. Die Anwendung von Humboldts Staatsidee auf die Wirklichkeit // Literatur-, Namen- und Sachverzeichnis

330 Seiten, broschiert, EUR 79,80. Bestellungen können an jede Buchhandlung oder an den Verlag Duncker und Humblot, Berlin, gerichtet werden (Internet: www.duncker-humblot.de). ISBN-Nummer: 3-428-11457-4.

Ankündigungen und Initiativen

DER ANTHROPOSOPHISCHE SOZIALIMPULS- HUNDERT JAHRE NACH RUDOLF STEINERS AUFSÄTZEN „GEISTESWISSENSCHAFT UND SOZIALE FRAGE“ - 1905/06

(cs) „Sein oder Nichtsein“, so übertitelte Wilhelm Neurohr 1999 seine „10 Thesen zum überfälligen öffentlichen Aufbruch der anthroposophischen Bewegung in eine soziale Zukunft“. ¹ Der Leser, soweit er sich in der Szene auskennt, mag selbst entscheiden, ob die Mehrheit der anthroposophischen Bewegung Neurohrs ans Gewissen rührendem Appell seither gefolgt ist oder nicht. Ja gewiss, es hat seither viele ermutigende Initiativen für soziale Erneuerung gegeben, und in dieser Zeitschrift ist immer wieder von ihnen berichtet worden. Viele Menschen, die sich der anthroposophischen Bewegung zurechnen, haben aktiven Anteil an ihnen. Dennoch gilt, was schon für die von Rudolf Steiner selbst in Gang gesetzte Bewegung für die Dreigliederung des sozialen Organismus nach dem I. Weltkrieg zu konstatieren war: dass sie von vielen Nicht-Anthroposophen unterstützt wurde, von vielen Anthroposophen jedoch nicht. Das

schwächte die Bewegung, auch wenn sie nicht direkt davon abhing. Denn der damalige Bund für Dreigliederung war ein überparteilicher Zusammenschluss, in dem die Mitgliedschaft bzw. Mitarbeit nicht von Konfession oder spiritueller Orientierung abhing, wie es heute im übrigen auch bei Netzwerken wie dem unseren oder GlobeNet3 der Fall ist. Dennoch ist die Dreigliederungsbewegung selbstverständlich historisch nicht denkbar ohne die Anthroposophie bzw. ihren Begründer R. Steiner, der wiederum anknüpfte an Motive, die bereits in der Weimarer Klassik angeklungen, wenn auch nicht durchgeführt worden waren.

1905/1906 veröffentlichte Rudolf Steiner Aufsätze zur sozialen Frage in der theosophischen Zeitschrift *Lucifer-Gnosis*, die für die Entwicklung des anthroposophischen Sozialimpulses von großer Bedeutung sind. So ist es naheliegend, diesen Jahrestag zum Anlass zu nehmen, um die Aktualität dieser Sozialimpulse darzustellen und damit zugleich Aufgaben der Zukunft besser anzugehen. Das Zusammenfallen mit Schillers 200. Todestag kann man ebenfalls in diesem Sinne aufgreifen.

Auf Seite 47f. findet der Leser die Ankündigung von Veranstaltungen der beiden Institute für soziale Gegenwartsfragen und für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung: „Geisteswissenschaft und soziale Fra-

ge. Rudolf Steiners Aufsätze 1905/06 - Keim für die Zukunft“ (24.-26. Juni 2005 in Kassel) und „Entwicklung verstehen: Schlüssel sozialer Gestaltung - Schillers Ästhetische Briefe und die Gegenwart (4.-6. November 2005 in Frankfurt/M).

Einen besonderen Schwerpunkt - mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen - setzt das Internationale Kulturzentrum Achberg. Dort hat sich eine Initiative „100 und 33 Jahre² anthroposophischer Sozialimpuls: Idee und Tat, die soziale Welt in ihren Fundamenten neu zu begründen“ gebildet hat, für die Wilfried Heidt, Gerhard Meister, Herbert Schliffka und Gerhard Schuster in einem Brief an die „lieben Freunde in der anthroposophischen Bewegung“ verantwortlich zeichnen. Den Brief veröffentlichen wir im Folgenden, geringfügig gekürzt, zusammen mit dem Programm der Auftaktveranstaltung und einer für Ostern geplanten Tagung. Die Auftaktveranstaltung wird zwar bereits begonnen haben, wenn der Rundbrief eintrifft, da sie aber bis 9. Januar andauert und einzelne Tagungsabschnitte besucht werden können, erschien die Veröffentlichung immer noch sinnvoll.

1 Vgl. Rundbrief Dreigliederung, Heft 4, Dez. 1999.

2 Bei dem Motiv der 33 Jahre geht es um die Problematik von „Umlaufzeiten“ geschichtlicher Ereignisse. Siehe das Programm der Achberger Ostertagung bzw. weitere Informationen, die unter den angegebenen Adresse abgerufen werden können.

Jubiläum 2005: „100 und 33 Jahre anthroposophischer Sozialimpuls“

Sein bisheriges Schicksal und seine Bedeutung für die Menschheit in der Gegenwart und nächsten Zukunft. Information und Einladung zur Mitwirkung an gemeinsamen Aufgaben

I.

Vor 15 Jahren, am Vorabend von Schillers 230. Geburtstag - überschlugen sich die Ereignisse in Berlin: „Die Mauer“, seit 28 Jahren hermetisches Zeichen für diejenige weltpolitische Konstellation, die als Systemgegensatz zwischen Kapitalismus und Kommunismus die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts wie nichts anderes im Griff hatte, fiel - jedenfalls was Tag und Stunde betraf - vollkommen überraschend aufgrund eines kuriosen Informationschaos innerhalb der Machtorgane der ins Wanken geratenen DDR.

„Freiheit, schöner Götterfunke ...“ - so ließ dann auch Leonard Bernstein an Neujahr 1990 in der Philharmonie den Schlusschor in Beethovens IX. jubilieren. Freiheit? Andere sprechen noch heute von den damaligen Ereignissen euphorisch als von der „friedlichen Freiheitsrevolution“ [H. D. Genscher] und vom „Tag des Triumphes von Freiheit und Demokratie“ [G. Schröder] - als ob der michaelische Zeitgeist persönlich das Schwert geführt und dem Drachen mitten ins Herz gestoßen hätte! Revolution? Demokratie? Was war des Pudels Kern dessen, was sich in dieser Nacht vom 9. auf den 10. November tatsächlich ereignete? Es ist auch nach 15 Jahren des Lesens wert, was für das „Weimarer Memorandum“ an diesem Tag geschrieben wurde:

„In der DDR geht es jetzt um die Erneuerung auf allen Gebieten: ökonomisch, ökologisch, kulturell, sozial, staatlich-rechtlich - kurzum: ein gesamtgesellschaftlicher Wandel ist gefordert. Aber dieser Wandel wird nur dann seine demokratische Rechtfertigung haben, wenn die einzelnen Schritte in der freien Volksaus-sprache erörtert und durch den Volkswillen bestätigt werden. Wenn es das Volk der DDR schafft, das durchzusetzen, wird dieser Weg nicht nur ausstrahlen nach Osten, sondern auch nach Westen. Auch die BRD und die anderen kapitalistischen Länder werden um ihre Perestroika, um ihre Revolution nicht herumkommen ...“ Dann aber die bange Frage zum Schluss:

„Die Epoche des ‘gemeinsamen europäischen Hauses’: Wird sie die Epoche sein eines Kapitalismus vom Atlantik bis zum Ural? Oder wird sie die Epoche sein eines von Grund auf erneuerten Sozialismus, der auf Demokratie gründet und in Freiheit sich entfaltet, also jenes Dritten Weges, der den Ungarn 1956 ebenso wie den Tschechen und Slowaken 1968 durch militärische Intervention von außen und den Polen 1981 durch die Ausrufung des Kriegsrechts von innen verwehrt wurde?“ [Gesamter Text des Memorandums“ unter www.sozialimpuls.info/Weimarer-Memorandum.pdf.]

Von dieser Alternative war schon am Abend des 9. November 1918, als während der Mittagsstunden an gleicher Stelle das Mitglied des Revolutionsrates Philipp Scheidemann vom Balkon des Schlosses als Frucht der Revolution die erste deutsche Republik ausgerufen hatte, in einem Vortrag am Goetheanum in der Schweiz die Rede, wie dann am 9. August 1919, zwei Tage vor dem Inkrafttreten der Verfassung der Republik, sogar in denselben Worten von „Freiheit, Demokratie und Sozialismus“ als von „historischen“, d.h. *entwicklungsgemäßen* „Forderungen“ zu hören war, die man allerdings richtig verstehen müsse! Was ist geworden aus diesen „Forderungen“?

II.

Nicht einmal 50 geworden, starb Schiller am 9. Mai 1805 in Weimar. 140 Jahre später war dies der erste Tag, an dem an allen europäischen Fronten die Waffen des mörderischsten aller bisherigen Kriege in der Menschheitsgeschichte schwiegen. Schillers nachgeborene Landsleute hatten sich gegen seine Warnung - „Das ist nicht des Deutschen Größe, obzusiegen mit dem Schwert, in das Geistesreich zu dringen, männlich mit dem Wahn zu ringen, das ist seines Eifers wert. / Höhern Sieg hat der errungen, der der Wahrheit Blitz geschwungen, der die Geister selbst befreit. Freiheit der Vernunft erfechten heißt für alle Völker rechten, gilt für alle ew'ge Zeit“ - und gegen seinen Rat - „Zur Nation euch zu bilden, ihr hofft es, Deutsche, vergebens: Bildet, ihr könnt es, dafür freier zu Menschen euch aus“ - entschieden und stattdessen, im Bann des nationalen Größenwahns ihres „Führers“ und ihm in Nibelungentreue bis in den Untergang folgend, die Welt in Unglück und Verderben gestürzt. Die deutsche Kulturnation war ausgelöscht.

Es hatte sich auf das Allerschrecklichste bestätigt, dass es nach der „Ur-Katastrophe Deutschlands“ [W. J.

Mommsen], dem verlorenen I. Weltkrieg, schon gar nicht mehr genügte, den Absturz in die alles Vorstellungsvermögen übersteigenden Greuel und Verbrechen der Schoa und des II. Weltkriegs zu verhindern, wenn man nur den „Geist von Weimar“ pathetisch beschwor, wie es der nachmalige Reichspräsident *Friedrich Ebert* in seiner Rede zur konstituierenden Sitzung der Nationalversammlung am 3. Februar 1919 im Weimarer Nationaltheater getan hatte, als er unter dem „stürmischem Beifall“ der Abgeordneten erklärte: „Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen von der Weltmacht zur geistigen Größe. Jetzt muss der Geist der großen Philosophen und Dichter wieder unser Leben erfüllen. Wir müssen die großen Gesellschaftsprobleme in dem Geist behandeln, in dem *Goethe* sie im zweiten Teil des *Faust* und in *Wilhelm Meisters Wanderjahren* erfasst hat.“

Schon *Ferdinand Lassalle* hatte ja festgestellt, dass die Wilhelminische Ära ganz unberührt geblieben war von dem, was als Spiritualität von den „deutschen Denkern und Dichtern“ ausging. Die *Lessing, Kant, Herder, Novalis, Fichte, Hegel, Schelling, Hölderlin* u. v. a., so schrieb er, sind „nur im Kranichzug über die Nation hinweggeflogen“, was sie schufen erreichte nicht den Humus des Volkes. Schillers Idee vom „Bau einer wahren politischen Freiheit“ als dem „vollkommensten aller Kunstwerke“ blieb ebenso realitätsferne Utopie, wie die Botschaft von der *Dreigliederung der Macht* in *Goethes „Märchen“*.

Was zur gesellschaftlichen Vermittlung all dessen in ideeller und praktischer Hinsicht unbedingt hinzukommen musste, um diese Utopien in sozialer Hinsicht umfassend fruchtbar zu machen, hatte ein drei Jahrzehnte nach *Goethes* Tod geborener, diesem wie auch *Schiller* aufs engste verbundener anderer Repräsentant des geistigen Deutschtums erkannt und als Teil seiner Lebensaufgabe übernommen. *Rudolf Steiner* stellte, ebenfalls von Weimar aus, in den neunziger Jahren den Kontakt zu dem Strom des Idealismus seiner Vorläufer wieder her und führte ihn schöpferisch weiter. Ihm stand deutlich vor Augen, dass nach dem geistigen, politischen, wirtschaftlich-industriellen und gesellschaftlichen Verlauf des 19. Jahrhunderts das philosophische, naturwissenschaftliche und künstlerische Erbe der *Goethezeit* nicht einfach museal gepflegt werden durfte, ja dass es nicht genügte, nur beim „Geistesleben“ im weitesten Sinn zu verweilen, wenn die für die Welt in der deutschen Reichsgründung von 1871 schlummernden Gefahren abgewendet werden sollten. Denn es wurde immer mehr zur Überzeugung der führenden Kreise, dass „die großen Fragen der Zeit nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse entschieden werden, sondern durch „Eisen und Blut“, wie es *Bismarck* schon 1862 als Devise verkündet hatte.

Das hieß: Wenn man jetzt konkret an den „Geist von Weimar“ anknüpfen wollte, musste es darum gehen, das ganze soziale Leben auf ein neues Fundament zu stellen. Und so begann *Rudolf Steiner* 1905, 100 Jahre nach dem allzu frühen Tod *Schillers*, damit, über diese notwendigen neuen Grundlagen in öffentlichen Vorträgen zu sprechen und in einer von Theosophen gelesenen Zeitschrift zu schreiben. Doch niemand inter-

essierte sich dafür - und diejenigen, die ihn als die parteipolitischen Führer des Proletariats im Jahr 1900 in Berlin als Lehrer an die Arbeiterbildungsschule berufen hatten, kündigten ihn gegen den Willen seiner Schüler nach vier Jahren wieder, weil sie daran Anstoß nahmen, dass er die Arbeiterschaft nicht nach den materialistischen Lehren und nicht nach der marxistischen Geschichtsauffassung unterrichtete.

Wie wir aus dem Verlauf des 20. Jahrhunderts wissen, scheiterte *Steiners* Versuch von 1905 [wie seine weiteren Versuche in den späteren Lebensjahren], den Verhältnissen in Mitteleuropa durch den anthroposophischen Sozialimpuls eine neue Richtung zu geben. Und nach der Zeit *Steiners* verging ein halbes Jahrhundert, bevor es - 1972 erst - den nächsten, dann ebenfalls gescheiterten Versuch gab, die anthroposophische Bewegung dafür zu gewinnen, sich für die gesellschaftliche Verwirklichung dieses Impulses einzusetzen.

III.

Obwohl von bestimmten Einzelinitiativen seither vieles unternommen wurde, ist es auf's Ganze gesehen dabei geblieben: Der Sozialimpuls - so wie er von *Rudolf Steiner* geisteswissenschaftlich und initiativ auf die gesamtgesellschaftlichen Strukturen bezogen wurde - ist von der anthroposophischen Bewegung als solcher bisher nicht angenommen worden. Und so begegnen wir ihm wieder in einem *Schiller*-Jahr wie einem trauernden Waisenkind, wenn wir 2005 nicht nur des 200. Todestags des großen Dichters gedenken, sondern auch unter speziellen Gesichtspunkten und Fragestellungen die ersten 100 Jahre der Lebenszeit des anthroposophischen Sozialimpulses zu vergegenwärtigen haben. Schon ist festzustellen, dass - was nicht kritisiert werden soll - auch bei den anthroposophischen Kreisen auf *Schiller* sehr viel publizistisches Interesse gerichtet ist, das Jubiläum des Sozialimpulses aber als geistige und praktische Erfüllungsperspektive des in *Schillers* Vision „vollkommensten aller Kunstwerke“, das wir nur gemeinsam als „Kultur Menschheit“, wie *Rudolf Steiner* es im Titel seines „Aufrufs“ 1919 anspricht, verwirklichen können, bisher noch gar nicht ins Blickfeld getreten zu sein scheint.

Das wollen wir ändern und alle der Anthroposophie verbundenen Zeitgenossen weltweit zur nachhaltigen Mitwirkung einladen. [...]

Für die Initiative „100 und 33 Jahre anthroposophischer Sozialimpuls: Idee und Tat, die soziale Welt in ihren Fundamenten neu zu begründen“: *Wilfried Heidt, Gerhard Meister, Herbert Schliffka, Gerhard Schuster* [mit Mitarbeiterschaft und Freundeskreis des Internationalen Kulturzentrums Achberg e.V. und dem Wiener Institut für Europäische Gesellschaftsentwicklung (WIEGE)], 9. November 2004

Initiative Sozialimpuls c/o Internationales Kulturzentrum Achberg Panoramastr. 30 - Humboldt-Haus D-88147 Achberg-Esseratsweiler Tel. (+49) 8380-98228 // -335; Fax -675, E-Mail: initiative@sozialimpuls.info

Für (gemeinnützige) Spenden zur Unterstützung des Projektes: Internationales Kulturzentrum Achberg VoBa /Allgäu-West Kto. 344 25004 BLZ 65092010 IBAN: DE486509 2010 0034 4250 04 BIC: GENODES1WAN

Auftakttagung

zum Jubiläumsjahr „100 und 33 Jahre anthroposophischer Sozialimpuls“ 2005/06 im Internationalen Kulturzentrum Achberg vom 27. 12. 2004 bis 9. 1. 2005 - „Idee und Tat, die soziale Welt in ihren Fundamenten neu zu begründen: Versuche, Bestrebungen und Versäumnisse im 20. Jahrhundert und Aufgaben in der Gegenwart und nächsten Zukunft“

Vorläufiger Arbeits- und Zeitplan (Stand: Nov. 04)

Anreise 27. 12. / Tagungsbeginn 20.00 Uhr

I. Was war die Aufgabe des 20. Jahrhunderts? Der anthroposophische Sozialimpuls im Werk und Wirken Rudolf Steiners - Darstellung anhand ausgewählter Texte aus der Zeit zwischen 1884 und 1924 (28./29. 12.)

II. Die erste Umlaufzeit (30./31. 12.): 1905 - 1917/19 bis 1924 - Die Jahre nach Steiners Tod bis 1938 in Beziehung zum Zeitgeschehen

III. Die zweite Umlaufzeit (1./2. 1.): 1939 bis 1972 - Die Nachkriegsjahre: Der Kalte Krieg, die Ereignisse des Aufbruchs (1966 bis 1971)

IV. Wer wirkte für den anthroposophischen Sozialimpuls während der ersten und zweiten Umlaufzeit? - Personen, Publikationen und Initiativen (Darstellung anhand einzelner Biographien und Texte)

V. Die dritte Umlaufzeit (3./4./5. 1.): Das Wesentliche im Zeitgeschehen zwischen 1973 und 2004 - Initiativen, Projekte, Personen (Darstellung anhand von Publikationen, Filmen u. a. Dokumenten)

VI. 1989/90: Genius oder Dämon des Zeitalters? Der 9. November: Die MauerFalle 9/11 1973 und 9/11 2001: Haben der staatliche und der nicht-staatliche Terrorismus eine gemeinsame Wurzel? Wer ist verantwortlich für den Konflikt in Palästina? Gibt es einen Ausweg aus dem Dilemma? 1997/2004: Das Konstitutionsproblem der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft und die Verfassungsfrage der Europäischen Union (6. 1.)

VII. Ausblick: Will die anthroposophische Bewegung den anthroposophischen Sozialimpuls als gemeinsame Aufgabe ergreifen? Perspektiven für die nächste Zukunft (7./8./9. 1.)

Ende der Tagung 9. 1. 13.00 Uhr. Abreise.

Teilnahme ist auch an einzelnen Abschnitten der Tagung möglich.

Weitere Informationen - Organisatorisches Für die Auftakttagung wird ab 10. Dezember ein detaillierteres Programm vorliegen. Für die am anthroposophischen Sozialimpuls Interessierten stehen auf Anfrage weitere Informationen zur Verfügung ebenso die Anmeldeunterlagen für die Teilnahme an Tagungen. Die Jubiläumstagung wird - 33 Jahre nach Gründung der „Arbeitsgemeinschaft für Dreigliederung“ - vom 30. 9. bis 3. 10. 2005 stattfinden. Initiative „Der anthroposophische Sozialimpuls“ c/o Internationales Kulturzentrum Achberg D-88147 Achberg, Tel. +49 (0)8380-335 / -98228 / -9839819, Fax -675, initiative@sozialimpuls.info

Ostertagung

im Jubiläumsjahr „100 und 33 Jahre anthroposophischer Sozialimpuls“ - 24. März bis 5. April 2005 im Internationalen Kulturzentrum Achberg

Erster Teil: Jugendtagung vom 24. bis 31. 3. Individualität und Globalisierung: Was erwartet die junge Generation von ihrer Zukunft und von den Älteren? Welches sind ihre Ideale und was will sie zu deren Verwirklichung tun? Die Tagung wendet sich in erster Linie an Jugendliche ab der Oberstufe und Studierende, aber auch an Nichtwaldorfschüler, die sich für die aufgeworfenen Fragen interessieren. In Gesprächen und Einführungen wollen wir über die wichtigsten Aspekte des anthroposophischen Sozialimpulses, der ja auch Quelle und Fundament der Waldorfschule ist, informieren und erkunden, welches Verhältnis Jugendliche dazu haben oder entwickeln, wenn sie ein Bild von der Sache gewonnen haben. Die Tagung knüpft an das Projekt „Jugendinitiative Freie Kultur“ an. Willkommen sind auch ältere Teilnehmer. Näheres im Tagungsprogramm ab Februar 2005 und bei initiative@sozialimpuls.info bzw. unter der oben angegebenen Adresse.

Zweiter Teil vom 1. bis 5. April: Wo und wie wirken gegenwärtige Initiativen für die Dreigliederung des sozialen Organismus und wie begründen sie ihre Aktivitäten? Versuch eines Überblicks. Da ein möglichst lückenloses und authentisches Bild der bestehenden Situation gegeben werden soll, bitten wir alle, die ihre Arbeit darstellen bzw. von ihren Erfahrungen, die sie dabei gemacht haben, berichten wollen, sich mit uns in Verbindung zu setzen und uns mitzuteilen, wie viel Zeit sie für ihre Beiträge benötigen. Anregen wollen wir auch schriftliche Darstellungen, die evtl. in einen Reader aufgenommen werden könnten. Für alle diejenigen, die sich für die im anthroposophischen Sozialimpuls gründenden Aktivitäten interessieren, aber dessen Erkenntnisgrundlagen noch besser kennen lernen wollen, sind Einführungen vorgesehen. - Info-Adressen s. Auftakttagung.

LANDWIRTSCHAFTLICHE TAGUNG

Die Beziehung von Erde und Kosmos entwickeln - Der Mensch als Gestalter in der Landwirtschaft - Goetheanum, 2. - 5. Februar 2005

Was hat Landwirtschaft mit Kosmos zu tun? Zum einen wirken ganz wesentlich die Sonne, aber auch der Mond und vielleicht sogar die Planeten bis hin zu den Jahresfesten auf die Landwirtschaft. Auch die Gestaltungen in der Natur weisen auf kosmische Wirksamkeiten hin. Ist jedoch heute der Kosmos noch schöpferisch tätig, oder ist es vielmehr die Aufgabe des Menschen, selbst, durch sich, die Weiterentwicklung von Erde und Kosmos zu bewirken? Und ist der Mensch durch sein Bewusstsein Bindeglied zwischen natürlicher, elementarer und geistiger Welt? Welchen Einfluss haben

schließlich die bei der Suche nach Antworten gewonnenen Ergebnisse auf die alltägliche Praxis? Die Tagung soll mit aller Vorsicht, aber auch mit Mut, diesen Fragen gewidmet sein.

Referenten: Nikolai Fuchs, Michaela Glöckler, Wolfgang Held, Nicolas Joliy, Manfred Klett, Ernst-Michael Kranich, Albrecht Römer, Dorian Schmidt, Hartmut Spieß, Maria Thun und Brigitte von Wistinghausen. Zahlreiche Seminare, künstlerische Kurse.

Sektion für Landwirtschaft am Goetheanum, Hügelsweg 59, CH-4143 Dornach, Tel. +41 (0)61.70 64-212, Fax +41 (0)61.70 64-215, sektion.landwirtschaft@goetheanum.ch, www.sektion-landwirtschaft.org. Das Detailprogramm kann dort angefordert werden, steht aber auch im Internet unter http://www.sektion-landwirtschaft.org/uploads/media/Programm_2005_01.pdf zur Verfügung.

GRUNDEINKOMMEN STATT HARTZ IV?

Freitag, 11. Februar, 20.00 Uhr 2005, Forum 3, Gymnasiumstrasse 21, Stuttgart
Gespräch mit Prof. Michael Opielka, Institut für Sozialökologie, Königswinter, und Christoph Strawe, Initiative Netzwerk Dreigliederung, Stuttgart.

In der gegenwärtigen Politik des Sozialabbaus folgt ein „Reformvorschlag“ dem nächsten; immer wieder aber werden die Maßnahmen als „alternativlos“ dargestellt. Sind sie das wirklich? Verhindert die Globalisierung die nachhaltige Finanzierung von Sozialsystemen oder gibt es Auswege aus dieser „Globalisierungsfalle“? Ist „Wachstum“ die Antwort auf Arbeitslosigkeit oder geht es darum, Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit bezahlbar zu machen? Ist ein Grundeinkommen - manchmal auch „Bürgergeld“ genannt - eine Antwort auf diese Fragen? Und wie steht es mit dem Konzept einer „Bürgerversicherung“ und ihrer Ausgestaltung?

OPEN SPACE-KONFERENZ „LÖSUNG SOZIALER PROBLEME DURCH SOZIALES GELD“

6. bis 8. Januar 2005, Johanniterhof

Aus dem Ankündigungstext der Initiatoren: Überall fehlt plötzlich das Geld. Warum eigentlich? „Ich habe keine Detailkenntnisse in volkswirtschaftlichen Fragen.“ (Bundeskanzler Gerhard Schröder am 3. Juli 2003). Nach 55 Jahre andauerndem Wirtschaftswachstum verdüstert sich der Horizont erneut mit den klassischen Vorzeichen eines Zusammenbruchs: Auszehrung der privaten und öffentlichen Haushalte, Millionen von Arbeitslosen, zahllose Firmenpleiten und gleichzeitig Riesengewinnen dort, wo nicht Arbeit, sondern der Besitz von Geld selbst die Rendite bringt. Doch während die leitenden Damen und Herren des Landes sich mit beinahe täglich neuen

Reformideen überschlagen, ohne zentrale Probleme auch nur anzutasten, tickt die Zins-Zeitbombe weiter.

Ist die Globalisierung unvermeidlich und unaufhaltsam? - Zwingt unser „entwickeltes“ kapitalistisches System, das sich durch eine immer schlimmer werdende Überschuldung auszeichnet, jede Volkswirtschaft zu fragwürdigem Wachstum der Kapitalerträge durch Kürzungen der Löhne und Arbeitsplatzabbau? - Ist „Regiogeld“ eine Alternative zum bestehenden Geldsystem? - Erleben wir in Wahrheit keine Inflation, sondern eine Deflation, weil steigende Preise auf politische Faktoren wie Ölpreis, Steuererhöhungen oder Euro-Einführung zurück zu führen sind, nicht auf eine Aufblähung der Geldmenge? - Muss es zu einer Krise kommen und bietet dann eine dezentrale Wirtschaft mit umlaufgesichertem Geld eine Alternative zur Globalisierung? Diese Fragen werden Ausgangspunkt der Diskussionen.

An der Tagung wirken unter anderem Prof. Margrit Kennedy und Thomas Seltmann mit.

Buchung und Information: JOHANNITERHOF, Ursel und Wolfgang Maiworm, Stumpfenstr. 1, 78052 VS-Obereschach, Tel. 07721-63315, Fax: 07721-74306, E-Mail: info@johanniterhof.de, Websites: www.johanniterhof.de, www.johanniterhof-akademie.de

DAS RINGEN UM EINE NEUE GELD- UND BODENORDNUNG

Die Arbeitsansätze von Silvio Gesell und Rudolf Steiner vor den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

Freitag, 4. März, 20.00 Uhr 2005, Forum 3, Gymnasiumstrasse 21, Stuttgart
Gespräch mit Thomas Seltmann, Autor und Herausgeber von „Humonde“, Nürnberg, und Christoph Strawe.

Seit Beginn der 90er Jahren hat sich die Finanzspekulation weltweit dramatisch verstärkt, mit schlimmen Rückwirkungen auf die Realwirtschaft. Gleichzeitig wird in immer mehr Bereichen das Geld knapp. Auch die Bodenspekulation grassiert. Die Bodenpreise behindern nicht zuletzt eine nachhaltige Landwirtschaft - und dies, während in den Ländern des Südens Millionen Menschen hungern.

Silvio Gesell und Rudolf Steiner haben schon Anfang des 20. Jahrhunderts den Finger auf die beiden sozialen Wunden „Geld-“ und „Bodenordnung“ gelegt. Vieles klingt ähnlich, es gibt aber auch Unterschiede, vielleicht sogar Gegensätze. Worin liegen sie? Verweisen sie auf Fragestellungen, die für das heutige zivilgesellschaftliche Engagement zentrale Bedeutung haben? Welche Aufgaben stellen sich im Ringen um eine neue Geld- und Bodenordnung? Über solche Fragen möchten die beiden Referenten in einen Dialog miteinander und den ZuhörerInnen treten.

SOZIALKUNDELEHRERTAGUNG AN DER FREIEN WALDORFSCHULE GÖTTINGEN

Vom 18. - 20. 2. 05 wird an der FWS Göttingen wieder die jährliche Sozialkundelehrertagung stattfinden, diesmal mit dem Schwerpunktthema „Rechtsleben“. Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen: FWS Göttingen, Jochen Ketels, Arbecksweg 1, 37120 Göttingen-Weende, Fax: 0551-32239, E-Mail: JKetels@t-online.de

ATTAC-EUROPA KONFERENZ

Stuttgart, 4./5. März 2004

Am 4. und 5. März 2005 findet in Stuttgart, im Gewerkschaftshaus, Willi-Bleicher-Str. 20, eine Attac-Europa-Konferenz statt, bei der es um die Europäische Ver-

fassung, die Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt und die sogenannte Lissabon-Strategie der EU gehen wird. Freitag abend gibt es voraussichtlich eine öffentliche Veranstaltung, die eigentliche Konferenz wird dann am Samstag früh beginnen und am Samstag Abend mit einem Fest ausklingen.

Näheres in Kürze unter www.attac.de, www.attac.de/eu-ag, www.sozialimpulse.de und auf ähnlichen Seiten.

19. MÄRZ: EUROPÄISCHER AKTIONSTAG UND EU-WEITE DEMO IN BRÜSSEL

Näheres ebenfalls unter den angegebenen Internet-Adressen

Aufruf zum Kostenausgleich

Etat 2005 der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Christoph Strawe

Im vergangenen Jahr hat unsere Initiative eine umfangreiche Arbeit geleistet, die auch in dieser Rundbriefausgabe ihren Niederschlag findet. Um mit gleichem Elan weitermachen zu können, sind wieder die entsprechenden Finanzmittel nötig. Daher ergeht wie in jedem Jahr an alle, die in der Initiative etwas Berechtigtes und Förderungswürdiges sehen, der Aufruf, hierzu beizutragen. Allen, die im vergangenen Jahr mitgeholfen haben, sei an dieser Stelle von ganzen Herzen gedankt!

Das Kostenausgleichsverfahren

Das Finanzierungsinstrument, das wir in der Initiative einsetzen, ist das Kostenausgleichsverfahren. Das Netzwerk kennt keine Vereinsmitgliedschaft, also auch keinen verpflichtenden regelmäßigen Beitrag. Der Kostenausgleich ist aber auch keine freie Spende, die - einmal gegeben - schlicht „weg“ ist. Er ist eine Form finanzieller Mitverantwortung auf Zeit und steht damit in der Mitte zwischen Beitrag und freier Spende. Das heißt, dass jährlich ein Budget aufgestellt wird, durch das wir uns bewusst machen, was einerseits notwendig, andererseits aber auch möglich und damit realistischer Weise anpeilbar ist. Finanziert werden müssen die Sachkosten und angemessene Einkommensbeiträge, um die Informations-, Vermittlungs- und sonstigen Arbeiten des Büros, die im gemeinsamen Interesse für notwendig erachtet werden, zu ermöglichen.

Dabei trennen wir die erwarteten für den Rundbrief spezifizierten Kostenbeitragszahlungen zunächst ab und versuchen, das dann noch verbleibende Defizit durch ein

Umlageverfahren zu decken, den allgemeinen „Kostenausgleich“. Auch steuerlich betrachtet handelt es sich dabei nicht um eine Spende. Vielmehr bilden die am Netzwerk beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), die den Charakter einer reinen „Innengesellschaft“ - so der Fachausdruck - hat. Das bedeutet, dass sie nach außen hin (z.B. einem Finanzamt gegenüber) nicht selbständig auftritt. Jeder Gesellschafter kann im Rahmen dieser Innengesellschaft die Verantwortung für einen nach eigenem Ermessen anzusetzenden Kostenbeitrag übernehmen. Die Rechnung geht dann auf, wenn der geringere Beitrag finanziell schlechter gestellter Menschen durch einen höheren Beitrag Bessergestellter ausgeglichen wird.

Nach Jahresablauf legen wir dann gegenüber den Beteiligten Rechenschaft über die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben ab. (Kostenausgleicher des Jahres 2004 erhalten im ersten Quartal die Abrechnung für das vergangene Jahr.)

Generell gilt: Ergibt sich ein Restdefizit, so ist es jedem Einzelnen überlassen, ob er zu dessen Deckung beitragen will. Eine „Nachschusspflicht“ besteht nicht. Ergibt sich - etwa durch höhere Beiträge - ein Überschuss, so entscheidet wiederum letztlich der Einzelne über seinen Anteil. (Er kann ihn z.B. für das nächste Jahr stehen lassen, falls er ihn nicht zurück haben will.) Da ein wirklich relevanter Überschuss bisher nie erzielt wurde, blieb dieser Fall allerdings bis heute hypothetisch.

Für 2004 deutet sich zum Zeitpunkt der Drucklegung des Rundbriefs an, dass die finanziellen Ziele, die wir uns gesetzt haben, im wesentlichen erreicht werden.

Etat 2005

Das Budget für 2005 wurde beim Arbeitstreffen am 28. November in Stuttgart unter Berücksichtigung der Erfahrungen des laufenden Jahres besprochen und gutgeheißen.

Auch für das neue Jahr haben wir wieder die Bitte an Sie, durch Ihren Beitrag bei der Kostendeckung mitzuhelfen! Bei hinreichender Beteiligung wird das auch diesmal wieder gelingen. Überweisungen erbitten wir auf das Treuhandkonto Czesla, Konto Nr. 11 61 625 bei der Landesbank Ba-Wü, BLZ 600 501 01, Kennwort „Kostenausgleich“.

Den Beitrag für den Dreigliederungs-Rundbrief (Richtsatz Euro 20,-, s. weiter unten) können Sie in Ihren Kostenausgleichsbeitrag einkalkulieren. Wir rechnen diese Euro 20,- dann für den Rundbrief an, so dass Sie nicht zwei Überweisungen tätigen müssen. Bezieher in Deutschland können den Betrag auch abbuchen lassen. Das ist aber nur dann sinnvoll, wenn Sie uns über mehrere Jahre immer den gleichen Betrag zuwenden möchten. Die Abbuchungsermächtigung kann durch formlose schriftliche Mitteilung erteilt werden (dabei unbedingt Kontonummer und Bankleitzahl nennen).

Auslandsüberweisungen: Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten zur Vermeidung hoher Überweisungsgebühren. Bewährt hat sich die Übersendung eines Geldscheins. Bei Überweisungen innerhalb der Euro-Zone ist eine andere Möglichkeit die Verwendung der IBAN Nummer des Treuhandkontos Czesla: DE 65 6005 0101 0001 1616 25 (BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Falls Sie über ein Postgirokonto verfügen, ist es in manchen Ländern günstiger, auf das Konto-Nr. 278699-707 (C. Strawe, Sonderkonto Netzwerk) bei der Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70) zu überweisen. Bitte benutzen Sie das Sonderkonto aber nach Möglichkeit nur für solche Auslandsüberweisungen. Dieses Konto hat die IBAN-Nummer: DE30 6001 0070 0278 6997 07 (BIC: PBNKDEFF600).

Zuordnung von Überweisungen: Immer wieder erhalten wir Überweisungen zum Kostenausgleich, deren Text von den Banken so verkürzt wurde, dass eine Zuordnung unmöglich ist. Sollten Sie keine Bestätigung Ihrer Kostenausgleichzahlung erhalten haben, dürfte das der Grund sein. Sprechen Sie uns also an, wenn Sie noch eine solche Bestätigung benötigen.

Steuerliche Behandlung

Die Kostenbeiträge können bzw. sollten bei Menschen, Firmen und Institutionen, für welche die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen bzw. gewerblichen Tätigkeit steht, als Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden.* Auch gemeinnützige Einrichtungen, die sich in dieser oder jener Form Ziele gesetzt haben, bei denen eine Teilnahme am Netzwerk im Zusammenhang mit der

Etat 2005

Kostenblock	Einnahmen	Ausgaben
Rundbrief (incl. „Relaunch“)	11.000 EUR	11.500 EUR
Sach- und Bürokosten, auch für Öffentlichkeitsarbeit		2.250 EUR
Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten		2.250 EUR
Gehaltsanteile und Honorare		20.000 EUR
Zusammen	11.000 EUR	36.000 EUR
Erwartete Unterdeckung		25.000 EUR

Dieser Betrag muss durch das Kostenausgleichsverfahren aufgebracht werden. Bei angenommenen 250 TeilnehmerInnen am Kostenausgleich würde das einen Mittelwert von 100 EUR bedeuten.

Erfüllung der Satzungszwecke steht, können ohne weiteres am allgemeinen Kostenausgleich teilnehmen bzw. sollten den Rundbrief beziehen.

Finanzierung des Rundbriefs

Was den Rundbrief angeht: Denken Sie bitte daran, Ihren Beitrag für den Bezug für das Jahr 2004 zu bezahlen. Bezieher, die für das vergangene Jahr noch nicht bezahlt haben, sind gebeten, dies möglichst umgehend nachzuholen. Wir verzichten wegen des damit verbundenen Aufwands auf Mahnungen gänzlich. Dafür sind wir um so mehr auf das Verständnis und die Mitverantwortlichkeit unserer LeserInnen angewiesen.

Als Orientierungsgröße gilt der Richtsatz von EUR 20,-. Da es jedoch recht viele Bezieher gibt, die aus finanziellen Gründen ihren Beitrag unter dem Richtsatz ansetzen müssen, sind wir natürlich dankbar, wenn Sie Ihren Beitrag höher bemessen können, damit die Rechnung aufgeht. Für Ihre Überweisung benutzen Sie das Kennwort „Rundbrief“.

Zur Entwicklung des Rundbriefs

Auch im vergangenen Jahr überwogen Neubestellungen die Abbestellungen: von 1244 festen Beziehern Ende letzten Jahres ergab sich eine Steigerung auf 1285 gegen Ende dieses Jahres. Die effektivste Werbung für den Rundbrief ist erfahrungsgemäß die Weiterempfehlung durch Leser an andere Interessenten. Für diesen Zweck dürfen Sie auch gerne kostenlose Probehefte anfordern. Das Erscheinungsbild des Rundbriefs wollen wir im kommenden Jahr wenn möglich etwas auffrischen - „Relaunch“ im Fachjargon -, entsprechende Mittel hierfür sind in den Etat eingestellt.

Anmerkung

* Falls Sie sich wegen der steuerlichen Seite unsicher sind, sprechen Sie uns an. Für größere Beträge ist u.U. eine Zuwendung an das Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. eine Alternative zum Kostenausgleich, falls Sie diesen nicht steuerlich geltend machen können.



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus
Fortbildungsseminare für Tätige

Seminarprogramm 2005

Änderungen im Detail vorbehalten

Seminar, Sa/So, 19. - 20. Februar 2005, Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart

Voneinander lernen: der neue Umgang mit der Erfahrung

Grundfragen der Qualitätsentwicklung

Mit Udo Herrmannstorfer, Dr. Michael Ross, Dr. Christoph Strawe u.a.

Samstag, 19. Februar: 9.15: Öffnung des Tagungsbüros // 10.00 - 11.15 Eröffnung und Begrüßung - Der neue Stellenwert der Erfahrung (Referat Udo Herrmannstorfer) // 11.30 - 12.30: Plenum: Erfahrungsaustausch über den Umgang mit dem Erfahrungsproblem in der täglichen Arbeit von Einrichtungen (ältere und jüngere, ausgebildete und unausgebildete Mitarbeiter etc.) // 14.00 - 15.15: Frucht der Vergangenheit - Keim der Zukunft: Die Doppelrolle der Erfahrung (Referat Udo Herrmannstorfer) // 15.45 - 17.15: Übungen in Gruppen zum Umgang mit Erfahrung // 17.45 - 18.45: Methodische Auswertung der Gruppenarbeit im Plenum // 20.00 - 21.30: Forum: Wie erschließt man Erfahrungspotentiale für die Qualitätsentwicklung? (in der Konferenzarbeit, bei der Grundlagenentwicklung, in der Delegation usw.) - Beiträge aus der Arbeit einzelner Einrichtungen

Sonntag, 20. Februar: 09.00 - 10.30: Erfahrungen mit Audits aus der Sicht von Auditoren, Mitarbeitern, Behörden usw. - Beiträge aus der Arbeit von „Wege zur Qualität“ // 10.45 - 12.00: Kann man Erfahrung messen? - Einleitende Beiträge (Michael Ross u.a.) und Plenumsgespräch. Abschluss

Teilnahmegebühr EUR 120,- (ohne Unterbringung und Verpflegung)

Tagesblockseminar, Sa, 23. April 2005, Forum 3, Gymnasiumsstraße 21, 70173 Stuttgart

Notwendigkeiten moderner Sozialgestaltung

Eine Einführung in den Arbeitsansatz der Dreigliederung des sozialen Organismus

Seminar für Einsteiger mit Christoph Strawe. Beginn 10 Uhr, Ende 19 Uhr.

Themen: Der Mündigkeitsimpuls der Moderne und seine Folgen für das soziale Leben // Individualisierung und Globalisierung - Wie kann die Globalisierung gestaltet werden? // Die Frage nach der Freiheit der Kultursphäre, der Vertiefung der Demokratie und der Entwicklung einer solidarischen Ökonomie // Geschichtliches zur Dreigliederung // Individualisierung der globalen Verantwortung: Welche Handlungsansätze gibt es im Großen und im Kleinen?

Tagesgliederung: Erste Runde: 10.00 - 11.30 und 11.45 - 13.00 Uhr // Zweite Runde: 14.30 - 15.30 und 15.45 - 16.45 Uhr // Dritte Runde: 17.00 - 19.00 Uhr // Öffnung des Tagungsbüros 9.30. Die Runden werden jeweils durch Impulsreferate eingeleitet.

Teilnahmegebühr EUR 60,- (ohne Verpflegung)

Seminar, Fr, 24. - So, 26. Juni 2005, Anthroposophisches Zentrum, Wilhelmshöher Allee 261, 34131 Kassel

Geisteswissenschaft und soziale Frage

Rudolf Steiners Aufsätze 1905/06 - Keim für die Zukunft

Mitveranstalter: Kulturinitiative im Anthroposophischen Zentrum Kassel

Mit Udo Herrmannstorfer, Michael Ross, Prof. Harald Spehl und Christoph Strawe

Freitag, 24. Juni: 19.15: Öffnung des Tagungsbüros // 20.00: Die Keimkraft des Sozialimpulses in Rudolf Steiners Aufsätzen „Geisteswissenschaft und soziale Frage“ (Vortrag Udo Herrmannstorfer)

Samstag, 25. Juni: 09.00 - 09.45: Künstlerische Arbeit (N.N.) // 09.45 - 11.00: Soziale Frage und soziale Bewegungen in den letzten 100 Jahren (Vortrag Christoph Strawe) // 11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit // 14.30 - 15.15: Künstlerische Arbeit // 15.15 - 16.30: Die Auseinandersetzung mit dem Egoismus als Prüfstein sozialer

Entwicklung (Vortrag Michael Ross) // 17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit // 20.00 Die Befreiung der Überschusskräfte - das soziale Hauptgesetz und die Trennung von Arbeit und Einkommen (Vortrag Harald Spehl)

Sonntag, 26. Juni: 09.00 - 9.45: Künstlerische Arbeit // 09.45 - 11.00: Gesprächsarbeit: Perspektiven und Handlungsrichtungen // 11.30 - 12.30: Bericht über Fortbildungsprojekte und Abschluss

Teilnahmegebühr EUR 140,- (ohne Unterbringung und Verpflegung. Gemeinschaftsverpflegung zusätzlich EUR 25,-)

Seminar, Fr, 4. - So, 6. November 2005, Rudolf Steiner Haus, Hugelstr. 67, 60433 Frankfurt am Main

Entwicklung verstehen: Schlüssel sozialer Gestaltung

Schillers ästhetische Briefe und die Gegenwart

Mitveranstalter Anthroposophische Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-Zweig

Mit Ulla und Udo Herrmannstorfer, Michael Ross und Christoph Strawe

Die Vorträge werden ergänzt durch Rezitationen (Ulla Herrmannstorfer)

Freitag, 4. November: 19.15: Öffnung des Tagungsbüros // 20.00: Von der Pflicht zur Freiheit - die Bedeutung Kants und Schillers für die Gegenwart (Vortrag Christoph Strawe, mit Aussprache)

Samstag, 5. November: 9.30 - 11.00: Ethischer Individualismus und soziale Dreigliederung. Die Weiterbildung der Ansätze der Schillerzeit durch die Anthroposophie Rudolf Steiners (Vortrag Michael Ross) // 11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit // 15.00 - 16.30: Polarität und Steigerung - die Frage nach der schöpferischen Mitte (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // 17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit // 20.00: Forum: Sozialmodelle ohne Entwicklung: „Neoliberalismus“ und „Teilautonomie“

Sonntag, 6. November: 9.00 - 10.30: Freiheit als Weg zur Selbstverpflichtung (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // 11.00 - 12.30: Abschlussgespräch

Teilnahmegebühr EUR 140,- (ohne Unterbringung und Verpflegung). Verpflegung EUR 20,-.

Arbeitstagung, Fr, 18. - So, 20. November 2005

Universität Trier, Universitätsring 15, D - 54286 Trier, Gebäude A

Konzeptuelle Bausteine für eine menschengerechte Globalisierung

Die Zukunft des öffentlichen Sektors

Der neue Umgang mit den Gemeinschaftsgütern - Alternativen zu Bürokratie und Kommerzialisierung. Mit Udo Herrmannstorfer, Christoph Strawe und Harald Spehl

Detailliertes Programm ab Ende Januar 2005 verfügbar

Organisatorisches

Frühzeitige Anmeldung erleichtert uns die Organisation. Sie erhalten spätestens ca. 3 Wochen vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung eine Teilnahmebestätigung und weitere Informationen. Teilnahmegebühr möglichst jeweils bis 2 Wochen vor Beginn des Seminars überweisen an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Kontonummer 381 18 - 709, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70 (bitte Name und Veranstaltung vermerken). Unterbringung und Verpflegung sind in der Teilnahmegebühr nicht enthalten. Teilnehmer aus dem Ausland können zur Vermeidung hoher uberweisungsgebuhren bei Tagungsbeginn bar bezahlen. Kurzfristige Anmeldung und Zahlung der Teilnahmegebühr bei Tagungsbeginn ansonsten bitte nur im Einzelfall nach Rücksprache. Das Gleiche gilt für Ermäßigungen. Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 20 % des Teilnehmerbeitrags erheben können, wenn Sie später als eine Woche vor Veranstaltungsbeginn von der Teilnahme zurücktreten.

Anmeldung

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart, Haubmannstr. 44a

70188 Stuttgart // Tel. 0711 / 23 68 950, Fax 23 60 218

E-Mail Institut@sozialimpulse.de // Internet: www.sozialimpulse.de